



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Der Demographische Wandel und seine Auswirkungen auf die Planung der sozialen Infrastruktur

Entwicklung und Herausforderungen im Bundesland Niederösterreich

Verfasser

Dominik Karas

angestrebter akademischer Grad

Magister der Naturwissenschaften (Mag.rer.nat.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt.
Studienblatt:

A 454

Studienrichtung lt.
Studienblatt:

Diplomstudium Geographie, Studienzweig
Raumforschung und Raumordnung

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl Husa

Vorwort

Der demographische Wandel ist eine Veränderung für viele Gemeinden in Österreich. Genauso wie diese Diplomarbeit eine entscheidende Veränderung für meine Zukunft bedeutet. Im Laufe dieser Arbeit war ich auf die Unterstützung vieler Menschen angewiesen, für die ich mich herzlich bedanken möchte. Großer Dank gilt vor allem meinem Diplomarbeitsbetreuer, der mir mit viel Engagement, sowie Rat und Tat zur Seite stand. Durch die Möglichkeit eines andauernden Feedbacks wurde das Schreiben der Arbeit erleichtert.

Weiters möchte ich meiner Lebensgefährtin danken, die während des Verfassens dieser Arbeit immer hinter mir stand und mich mit motivierenden Worten unterstützte. Außerdem gebührt meiner Mutter großer Dank, die mir die Chance zum Absolvieren dieses Studiums gab.

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wurden die Akteure rund um das Thema kontaktiert und interviewt. Bei diesen möchte ich mich ebenfalls bedanken. Die rasche Terminfindung und das Antreffen der Bürgermeister, der Angestellten des Bauwesens der beiden Gemeinden und der Vertreter der NAFES ermöglichten einen unproblematischen Ablauf der Analysen.

Für das einfachere Lesen des Textes wurde auf eine gendergerechte Formulierung verzichtet.

Ich habe die Diplomarbeit gemäß den Zitierregeln der Universität Wien verfasst.

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	6
1.1	Problemstellung	6
1.2	Fragestellung	9
1.3	Methodik	11
1.4	Aufbau der Arbeit	12
2	DEMOGRAPHISCHER WANDEL IN ÖSTERREICH	14
2.1	Demographischer Wandel – ein Definitionsversuch	14
2.2	Bevölkerungsentwicklung in Österreich	16
2.2.1	Bevölkerungsstruktur	16
2.2.2	Geburtenhäufigkeit	17
2.2.3	Lebenserwartung	18
2.2.4	Migration	21
2.3	Räumliche Dimension des demographischen Wandels in Österreich	27
2.4	Bevölkerungsentwicklung in Niederösterreich	29
2.4.1	Bevölkerungsstruktur	29
2.5	Rechtliche Kompetenzaufteilung und Bestimmungen der Raumordnung	32
3	AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS AUF DIE PLANUNG DER SOZIALEN INFRASTRUKTUR	34
3.1	Dynamik und Struktur des Erwerbspotenzials	34
3.1.1	Entwicklung der Erwerbspersonenzahl in Österreich	36
3.2	Altersspezifisch genutzte Infrastruktur	39

3.3	Auswirkungen auf das Gesundheits- und Pflegewesen – ein Paradigmenwechsel	41
3.3.1	Schaffung von zusätzlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegewesens	42
3.3.2	Änderung der Erwerbstätigkeit – Arbeit im Gesundheits- und Pflegebereich – Empowerment	43
3.4	Finanzierung des Gesundheits- und Pflegewesens	44
3.5	Veränderungen in der Mobilität	47
3.6	NAFES – Nahversorgung	50
3.6.1	Planung in peripher gelegenen Gemeinden	51
3.6.2	Mikro-ÖV-Systeme als Förderung der öffentlichen Mobilität	54
3.6.4	Das Konsumverhalten der privaten Haushalte – Veränderung in der Nachfrage	56
3.6.5	Umgestaltungsmöglichkeiten der Handelsbetriebe	56
4	FALLBEISPIELE GMÜND UND Waidhofen an der Thaya	58
4.1	Landes- und Gemeindeebene	58
4.2	Projekte im Waldviertel	61
4.2.1	„Wohnen im Waldviertel“	61
4.2.2	„Standort: Aktiv“	62
4.2.3	„QuaLIST“	63
4.3	Fallbeispiel: Gmünd	67
4.3.1	Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur	68
4.3.2	Abwanderungsproblematik in Gmünd	71
4.3.3	Planung der sozialen Infrastruktur	74
4.3.4	Betriebsansiedelung – Eine Chance für Gmünd	76
4.4	Fallbeispiel Waidhofen an der Thaya	80
4.4.1	Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur	81
4.4.2	Ansiedlung von wirtschaftlichen Betrieben	84
4.4.3	Vorsorge der sozialen Infrastruktur	88

5	CONCLUSIO - LÖSUNGEN	92
5.1	Soziale Infrastruktur	92
5.1.1	Soziale Infrastruktur in Gmünd	92
5.1.2	Soziale Infrastruktur in Waidhofen an der Thaya	93
5.2	Wirtschaftliche Infrastruktur	94
5.2.1	Wirtschaftliche Infrastruktur in Gmünd	94
5.2.2	Wirtschaftliche Infrastruktur in Waidhofen an der Thaya	95
6	QUELLENVERZEICHNIS	96
6.1	Literatur	96
6.2	Internetverzeichnis	100
6.3	Abbildungsverzeichnis	102
6.4	Tabellenverzeichnis	104

1 EINLEITUNG

1.1 Problemstellung

Der demographische Wandel bedeutet eine nachhaltige Änderung der Altersstruktur. Der Anstieg der Bevölkerungszahl bei den älteren Menschen steht einem Rückgang des Anteils jüngerer Bevölkerung gegenüber. Die wachsende Zahl bei der älteren Bevölkerung ist auf den „Babyboom“ aus den sechziger Jahren zurückzuführen.¹ Dieses Phänomen der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung ist gegenwärtig neben vielen anderen Ländern in Europa auch in Österreich aktuell. Durch die seit vielen Jahren anhaltende niedrige Fertilitätsrate kommt es zu einer raschen demographischen Alterung in Österreich (Abbildung der Statistik Austria).

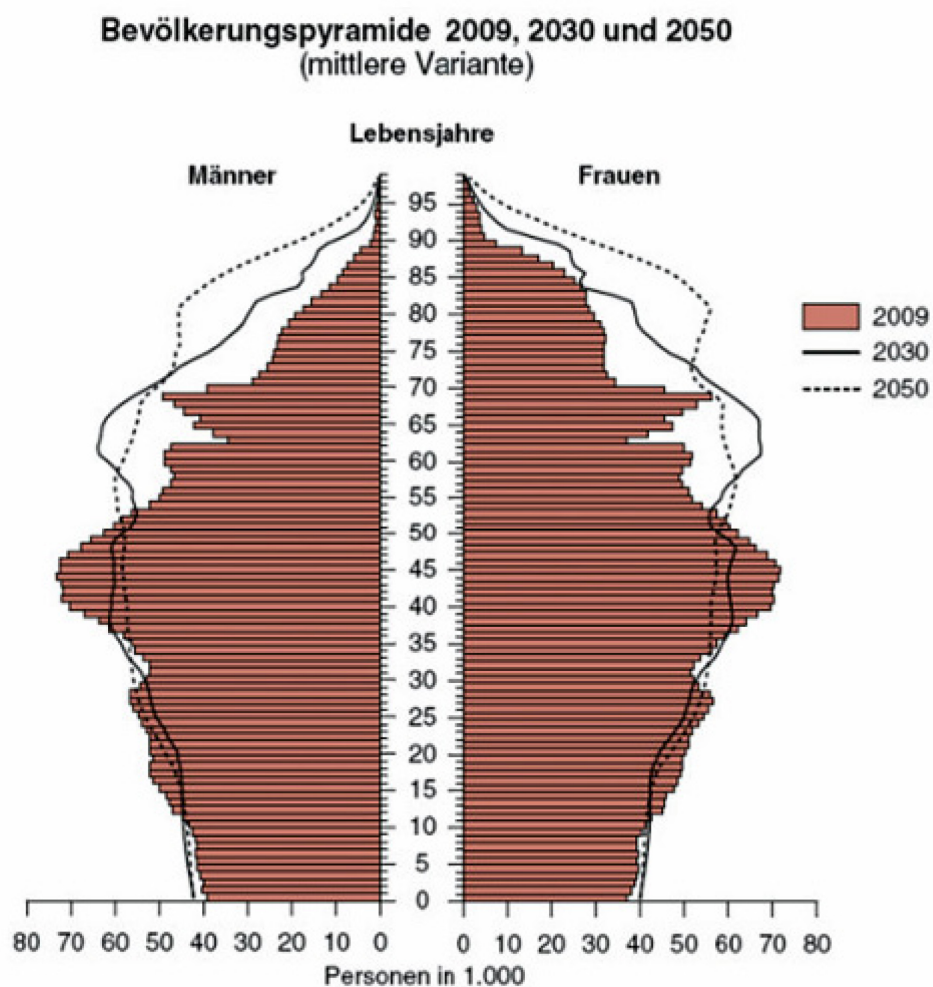


Abb. 1: Bevölkerungspyramide - Prognose, Quelle: Statistik Austria

¹ vgl. Lehart, S.674 in Schipfer Rudolf (2005)

Der Rückgang der Geburtenrate ist aber nur ein Grund für den demographischen Wandel. Weitere Faktoren sind eine höhere Lebenserwartung und die Migration.

Der demographische Wandel stellt hauptsächlich ein Problem für die Pensionssicherung, das Gesundheitssystem und die Altenbetreuung dar.² Diese Veränderung bringt aber noch viel mehr Konsequenzen mit sich, wie aus einschlägigen Bevölkerungsprognosen (z.B.: der Statistik Austria) zu entnehmen ist: demographische Alterung, Anstieg des Migrantenanteils in allen Altersgruppen, mehr Menschen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung, weniger Menschen mit Kindern und die Altersgruppe der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren nimmt langfristig gesehen zahlenmäßig ab. Durch diese Entwicklung (Abb. 1) steigt das Durchschnittsalter der österreichischen Bevölkerung von momentan 40 Jahren bis zum Jahr 2030 auf 48 Jahre.³

Die Herausforderungen durch den demographischen Wandel sind auch räumliche unterschiedlich stark. Regionen mit hohem Bevölkerungswachstum stehen Regionen mit Einwohnerverlusten gegenüber. Diese Verluste bedeuten aber oft nur einen Rückgang der jungen Bevölkerung, die alten Menschen bleiben, was ein weiterer Grund für eine Überalterung in vielen Regionen ist. Daher ist durch den demographischen Wandel nicht nur auf gesamtstaatlicher Ebene zu sprechen, sondern er betrifft auch konkret die einzelnen Gemeinden des Landes. Vor allem der Versorgung mit sozialer Infrastruktur kommt auf der Mikroebene eine entscheidende Rolle zu. Unter solchen Infrastrukturen sind alle Einrichtungen und Dienstleistungen des Gesundheits- und Pflegewesens zu verstehen, die die Basis für die öffentliche Daseinsvorsorge bilden, d.h. für das kommunale und staatliche Angebot an Pflegevorsorge für die Bevölkerung.

Bei der Erhebung der Notwendigkeit sozialer Infrastruktur ist zum einen die Bevölkerungszahl der Region oder Gemeinde essentiell, zum anderen die Altersstruktur. Die Nachfrage an eine altersspezifische Infrastruktur ist regional unterschiedlich anzupassen.

Heute passiert der Großteil der Altenpflege noch im familiären Kreis. In Zukunft wird das familiäre Pflegepotenzial jedoch aufgrund immer kleinerer Haushaltsgrößen

² vgl. Schipfer Rudolf (2005), S.2 f

³ vgl. Hanika (2004), S. 24 f in Schipfer Rudolf (2005), S.4

geringer werden. Die Zahl der Einpersonen- oder Zweipersonenhaushalte steigt, große Familien in einem Haushalt sind seltener. Daher sind viele Personen bereits jetzt auf externe Betreuung und Pflege angewiesen. Aufgrund der demographischen Alterung und des daraus resultierenden steigenden Bedarfs an Pflegediensten in vielen Regionen Österreichs ist der Ausbau von Einrichtungen des Pflege- und Gesundheitswesens notwendig. Es muss zu einer Stärkung der mobilen Pflegedienste und der stationären Dienste kommen. Die Ausgaben pro Kopf für externe Pflegedienste steigen laut Statistik in vielen Gemeinden.

Aufgrund des Nichtvorhandenseins von Flächen ist der eventuelle Rückbau von Einrichtungen für Jugendliche und Kinder (Kindergärten,...) zu erwägen. Auch andere Infrastrukturangebote wie Kultur- oder Freizeiteinrichtungen (Sportstätten, Theater, Veranstaltungssäle,...) müssen wohl einen Rückgang in der Nachfrage erwarten.⁴

⁴ vgl. Mai Ralf u. Frank Swiaczny (2008), S.14

1.2 Fragestellung

Die Kernfrage der Diplomarbeit ist, wie sich der demographische Wandel auf die Planung der sozialen Infrastruktur auf der Mikroebene der Gemeinden auswirkt. Dabei wird die Zahl der gegenwärtigen (potenziellen) Nutzer der sozialen Einrichtungen für ältere Menschen analysiert. Da nicht nur die stationären Dienste in der Vorsorge von Bedeutung sind, werden auch die mobilen Dienste durchleuchtet.

Die Planung der sozialen Infrastrukturen ist mit den raumordnerischen Wirkungsmöglichkeiten der Gemeinden verknüpft. Welche Einschränkungen gibt es z.B. bei der Widmung bzw. Umwidmung von Flächen sozialer Einrichtungen? Denn eine zukünftige Umplanung der Nutzungsflächen zu Gunsten des Pflege- und Gesundheitswesens wird vor allem in den Regionen mit einer hohen demographischen Alterung entscheidend sein.

Zur besseren Verständlichkeit der Ergebnisse in den Fallbeispielen Gmünd und Waidhofen an der Thaya ist eine Hinführung in Form einer allgemeinen Analyse bezüglich des demographischen Wandels und seinen Auswirkungen auf die Planung der sozialen Infrastruktur in Niederösterreich notwendig. Dabei wird die aktuelle Bevölkerungsentwicklung des Bundeslandes im Kontext jener in ganz Österreich betrachtet. Es werden auch die Bevölkerungsprognosen, vor allem bezüglich der Altersstrukturen des Bundes, des Landes Niederösterreichs und der Fallbeispiele dargestellt. Weiters werden die raumordnerischen Kompetenzverteilungen auf Gemeinde und Landesebene näher gebracht.

Von der Betrachtung der Landesebene wird auf die Gemeinden Gmünd und Waidhofen an der Thaya (Fallbeispiele) gezoomt. Die Maßnahmen, die die Gemeinden im Angesicht einer rückgängigen Bevölkerungszahl und einer demographischen Alterung setzen, stehen dabei im Vordergrund. Weiters werden die Organisationen und Institutionen (NAFES, DOERN,...), die in die Planung von sozialer Infrastruktur eingreifen können, vorgestellt und deren Instrumente und Maßnahmen erklärt.

Auch die Frage, ob die Kooperation zwischen dem Land Niederösterreich und den beiden Fallbeispielgemeinden funktioniert, wird beantwortet.

Abschließend wird angeführt, welche Maßnahmen getroffen werden können, um den Auswirkungen des demographischen Wandels entgegenzuwirken.

1.3 Methodik

Zum Herantasten an die grundlegenden Kenntnisse bezüglich des demographischen Wandel und seine Auswirkungen auf die Planung der sozialen Infrastruktur wurde vorerst Fachliteratur (z.B.: von Peter Guggemos 2004,...) herangezogen.

Nach dem Einlesen in die Fachliteratur wurde im Folgenden mittels der demographischen Statistiken der Statistik Austria die Bevölkerungsentwicklung auf der Makroebene (Österreich), auf der Mesoebene (Niederösterreich) und auf der Mikroebene (Fallbeispielgemeinden) dargestellt.

Außerdem wurde Recherchematerial bezüglich der Thematik in den Fallbeispielen gesammelt. Das Hauptaugenmerk ging dabei auf die beiden Homepages der Gemeinden, sowie auf die Internetseiten der verschiedenen Pflegeeinrichtungen.

Im Rahmen des Aufenthaltes in den beiden Fallbeispielgemeinden Gmünd und Waidhofen an der Thaya wurden die beiden Bürgermeister der Bezirkshauptstädte interviewt. (Otto Opelka für Gmünd und Kurt Strohmayer-Dangl für Waidhofen an der Thaya)

Weiters wurde ein Expertengespräch mit Vertreter der Landesregierung und der NAFES durchgeführt. Für das Interview mit Vertretern der Landesregierung wurde die NAFES –Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren kontaktiert. Ansprechpersonen waren Dipl.-Ing. Alexandra Schlichting (Geschäftsführerin) und Mag. Wolfgang Fuchs (Referent der NAFES).

Zur besseren Abwicklung der Interviews wurden Fragebögen verfasst.

1.4 Aufbau der Arbeit

Die Konzeption dieser Diplomarbeit ist top-down, d.h. verläuft vom generellen Überblick hin zum Speziellen. Es wird nicht nur die Makroebene (Republik) Österreich durchleuchtet, sondern diese fungiert gleich einer Initialzündung als Rahmen für die darunter liegenden kleinräumlicheren Ebenen. Ausgehend von der Analyse der bundesstaatlichen Bevölkerungsentwicklung geht es in der Arbeit hin zu kleinräumigeren Analysen, und dabei von der Mesoebene (Bundesland Niederösterreich) hin auf die Mikroebene (Gemeinden). Im Speziellen werden hier zwei Gemeinden als Fallbeispiele für die Auswirkungen des demographischen Wandels und den damit verbundenen Herausforderungen angeführt und detailliert analysiert.

Die Diplomarbeit wird wie bereits erwähnt top-down abgehandelt. Nach der Einleitung, in der kurz die Problemstellung und die methodischen Vorgangsweisen dargelegt werden, folgt in Kapitel 2 eine Beschreibung der Fachterminologie und eine Analyse der Bevölkerungsentwicklung in Österreich. Danach wird die Bedeutung der räumlichen Dimension der Auswirkungen des demographischen Wandels beschrieben. Denn eine demographische Alterung und eine Bevölkerungsabnahme findet regional unterschiedlich stark statt.

Von der demographischen Gesamtsituation in Österreich wird auf das Bundesland Niederösterreich gezoomt. Hier wird zunächst ein kurzer Überblick über die Bevölkerungsentwicklung gegeben. Außerdem werden die rechtlichen Kompetenzverteilungen und Bestimmungen, die im demographischen Wandel für Bund, Land und Gemeinden bedeutsam sind, dargelegt.

In Kapitel 3 werden die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Planung der sozialen Infrastruktur beschrieben. Dabei werden zuerst Dynamik und Struktur des Erwerbspotenzials und dann im Speziellen die Auswirkungen einer demographischen Alterung auf die gesundheitliche und pflegerische Situation der Bevölkerung, die daraus resultierende Veränderung in der Mobilität und im Konsumverhalten in den Privathaushalten dargestellt.

In Kapitel 4 werden die Herausforderungen, die durch den demographischen Wandel entstehen, anhand von ausgewählten Fallbeispielen auf kleinräumiger Ebene (Mikroebene) dargestellt und analysiert. Vor Ort wurden diese mittels Beobachtung, Expertengesprächen und Gesprächen mit der Bevölkerung erhoben. Die detaillierte Analyse der Ergebnisse unter Zuhilfenahme bestehender Statistiken der Gemeinden (Fallbeispiele) runden den praktischen Teil ab.

Abschließend wird im Kapitel 5 versucht, eventuelle Lösungen für die Zukunft zu präsentieren. Wie können die Gemeinden den Auswirkungen des bevorstehenden demographischen Wandels entgegenwirken?

2 DEMOGRAPHISCHER WANDEL IN ÖSTERREICH

2.1 Demographischer Wandel – ein Definitionsversuch

Lebhart versteht unter demographischen Wandel,

„...dass sich die Altersstruktur durch einen steigenden Anteil älterer Menschen und einen sinkenden Anteil jüngerer Menschen nachhaltig verändert. Dieser Prozess tritt mehr oder weniger in allen Industrienationen auf. In Österreich kommen noch einige demographische Besonderheiten der Ausgangsbevölkerung hinzu, die sich wiederum mit früheren historischen Ereignissen (Weltkriege mit Geburtenausfällen, Baby-Boom-Phase) in Verbindung bringen lassen.“ (Lebhart, S.674)

Eine allgemeine Definition aus dem Gabler Wirtschaftslexikon beschreibt den demographischen Wandel bzw. die demographische Alterung wie folgt:

„...ist als Vorgang aufzufassen, der das Durchschnittsalter einer Bevölkerung (Medianalter, in dem sich eine Bevölkerung zwei gleich große Teile Älterer und Jüngerer teilt) ansteigen lässt. In jungen, wachsenden Bevölkerungen kann es bei 20 Jahren liegen, in Europa tendiert es gegen 40. So gesehen altern die Bevölkerungen weltweit, jedoch von unterschiedlichen Altersstufen aus. In Europa und Ostasien ist demografische Alterung am weitesten fortgeschritten: Der Anteil älterer Menschen einer Bevölkerung (60 Jahre und älter) wächst dort vergleichsweise rasch an. Das bewirken zwei Komponenten: (a) ein Jugendrückgang wegen geburtenschwacher Jahrgänge („Alterung vom Fuße“ der Bevölkerungspyramide her), und (b) eine steigende Lebenserwartung in den hohen Altersklassen („Alterung vom Fuße“ her). Der Jugendrückgang (a) ist mit zwei Dritteln an diesem Vorgang beteiligt. Beide Komponenten (a und b) erhöhen das besagte Medianalter mit folgender Wirkung: Bis 2050 wird in den modernen Gesellschaften ein Drittel der Bevölkerung 60 Jahre und älter sein.“

(Quelle: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/demografische-alterung.html>, 7.12.2011)

Aus diesen Definitionen ist herauszulesen, dass zum einen die Menschen immer älter werden und zum anderen die durchschnittliche Geburtenzahl pro Frau seit 1900 mit Ausnahme der „Baby-Boom-Phasen“ deutlich zurückgegangen ist. Beide Faktoren sind also für einen Anstieg des Durchschnittsalters verantwortlich.

Der demographische Wandel, welcher eine Veränderung der Altersstruktur in der Bevölkerung bedeutet, ist in Österreich ein aktuelles Thema. Wie auch in vielen anderen Ländern Europas sind dafür die seit einigen Jahrzehnten anhaltenden niedrigen Geburtenzahlen verantwortlich. Durch die demographische Alterung steigt die Zahl der Bevölkerung mit gesundheitlichen Einschränkungen. Dieses Phänomen bringt in Zukunft Konsequenzen für das gesamte Land und im Speziellen für bestimmte Regionen und deren Gemeinden mit sich. In Österreich wird es somit Probleme im Bereich der Pensionsvorsorge, des Gesundheitswesens und der Altenbetreuung geben. Weiters wird die Anzahl jüngerer Menschen weiter abnehmen, es wird mehr Alleinstehende und so auch mehr Kinderlose geben. Außerdem wird durch steigende Immigration der Anteil an Zuwanderern in allen Altersgruppen zunehmen.⁵ Diese zu bewältigenden Auswirkungen des demographischen Wandels werden zukünftig sowohl in der Wirtschaft, am Wohnungsmarkt, in der Infrastruktur als auch im Finanzwesen und bei der Arbeitsplatzsuche zu spüren sein. Sie stellen die einzelnen Gemeinden und Regionen zukünftig vor zusätzliche Herausforderungen.

⁵ Guggemos, S.257

2.2 Bevölkerungsentwicklung in Österreich

2.2.1 Bevölkerungsstruktur

In den nächsten Jahren wird die Veränderung der Bevölkerungszahl in vielen Ländern der EU stagnieren oder sogar negativ ausfallen. Im Gegensatz dazu geht die Tendenz in Österreich hin zu einer Bevölkerungszunahme.

Laut Prognosen der Statistik Austria wird die Zahl der Einwohner in den nächsten Jahrzehnten weiter ansteigen und zwischen 2030 und 2035 die 9 Millionen überschreiten. Im Jahr 2050 werden demnach 9.360.344 Menschen in Österreich leben.

Jahr	insgesamt	unter 15 Jahre		15 bis unter 60 Jahre		60 Jahre und mehr	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
2010	8.387.742	1.239.538	14,8	5.206.513	62,1	1.941.691	23,1
2011	8.419.776	1.230.744	14,6	5.223.335	62,0	1.965.697	23,3
2015	8.559.728	1.227.892	14,3	5.258.457	61,4	2.073.379	24,2
2020	8.723.754	1.249.136	14,3	5.192.488	59,5	2.282.130	26,2
2025	8.864.392	1.270.676	14,3	5.034.975	56,8	2.558.741	28,9
2030	8.993.464	1.273.737	14,2	4.909.995	54,6	2.809.732	31,2
2035	9.128.514	1.261.362	13,8	4.911.848	53,8	2.955.304	32,4
2040	9.179.159	1.246.285	13,6	4.887.317	53,2	3.045.557	33,2
2045	9.291.337	1.240.075	13,3	4.900.056	52,7	3.151.206	33,9
2050	9.360.344	1.246.043	13,3	4.886.893	52,2	3.227.408	34,5

Tab. 1: Bevölkerungsprognose von Österreich 2005 bis 2050,
eigener Entwurf
Quelle: Statistik Austria Bevölkerungsprognosen 2011

In dieser Bevölkerungsprognose werden die Auswirkungen des demographischen Übergangs deutlich sichtbar. Im Jahr 2010 war der Anteil der 15 bis 60 Jährigen noch bei 62,1 Prozent und jener der Menschen ab 60 Jahre bei 23,1 Prozent. Voraussichtlich ist im Jahr 2050 aber mit einem Anteil der 60 und Mehrjährigen von 34,5 % zu rechnen, wohingegen nur mehr 52,2 Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 60 Jahren alt sein werden. Das heißt, dass in Zukunft nur mehr die Hälfte der österreichischen Einwohner im erwerbstätigen Alter sein wird und diese einem Anteil von über 30 Prozent älteren Menschen gegenüberstehen. Bezieht man zudem die Arbeitslosenquote mit ein, muss es von großem Interesse sein, eine nachhaltige

Planung in vielen Bereichen wie z.B. der Wirtschaft, aber auch der sozialen Infrastruktur und dem Gesundheitswesen anzusteuern.⁶

Damit verbunden ist ein langfristiger Anstieg des Durchschnittsalters. 2010 lag das durchschnittliche Alter der österreichischen Bevölkerung noch bei knapp 42 Jahren, seitdem wird es sich parallel zu den Entwicklungen der einzelnen Alterskohorten auf über 48 Jahre im Jahr 2030 steigern.⁷

2.2.2 Geburtenhäufigkeit

Die Fertilitätsrate oder auch Geburtenhäufigkeit ist in Österreich eine der drei wichtigen Faktoren bezüglich des demographischen Wandels. Damit werden die Lebendgeborenen je Frau errechnet. Diese Zahl ist wie in den meisten europäischen Ländern rückgängig.

Gesamtfertilitätsrate 1961 bis 2030 nach Bundesländern

	1961	1975	1990	2008	2030
Wien	1,83	1,40	1,39	1,39	1,49
Niederösterreich	2,94	1,86	1,48	1,46	1,53
Burgenland	2,83	1,91	1,33	1,31	1,41
Steiermark	2,98	1,90	1,42	1,32	1,44
Kärnten	3,22	1,90	1,45	1,40	1,48
Oberösterreich	3,11	1,97	1,53	1,51	1,56
Salzburg	3,01	1,92	1,43	1,43	1,52
Tirol	3,24	2,06	1,52	1,39	1,50
Vorarlberg	3,30	2,24	1,65	1,51	1,58
Österreich	2,78	1,83	1,46	1,41	1,50

Tab. 2: Gesamtfertilitätsrate 1961 bis 2030 nach Bundesländern,
eigener Entwurf
Quelle: Statistik Austria: Bevölkerungsprognosen 2009

⁶ vgl. Statistik Austria: Bevölkerungsprognosen 2011

⁷ Hanika(2004), S.24f

Wie Tabelle 2 zeigt, ist die Fertilitätsrate in Österreich, sowie in den einzelnen Bundesländern seit der Nachkriegszeit stark rückläufig. Die durchschnittliche Zahl der lebendgeborenen Kinder je Frau lag 1961 im gesamten Staat noch bei 2,78, ging von da an stetig zurück und erreicht bis zum Jahr 2008 nur mehr einen Wert von 1,41. Da zukünftig die Gesamtbevölkerung des Landes wieder steigen wird, ist parallel dazu mit einem möglichen Anstieg der Fertilitätsrate bis 2030 auf wieder 1,5 Kinder pro Frau zu rechnen.⁸

In den einzelnen Bundesländern ist die Gesamtfertilitätsrate, wie die Gesamttendenz in Österreich bereits vermuten lässt, ebenfalls stark zurückgegangen. Vor allem in den westlichen Bundesländern ist die Fertilitätsrate mit über drei Kindern pro Frau in der Nachkriegszeit noch sehr hoch gewesen. Diese hat bis 2008 auf rund 1,5 Kinder abgenommen. Den stärksten Rückgang verzeichnet Tirol mit einer Abnahme von 3,24 auf 1,39 Kinder pro Frau. Die geringste Veränderung gab es in Wien. Hier betrug die Fertilitätsrate bereits 1961 1,83 und ging 2010 auf 1,39 Kinder je Frau zurück.

Generell lässt die Tabelle 2 ein West-Ost-Gefälle bei der Geburtenhäufigkeit erkennen. Außer in Niederösterreich sind die Werte im Osten durchwegs niedriger als jene im Westen des Landes.

In Zukunft ist laut Bevölkerungsprognose der Statistik Austria wie in Gesamtösterreich auch in den Bundesländern ein kleiner Anstieg der Fertilitätsrate zu erwarten. 2030 wird Vorarlberg wie auch schon gegenwärtig die höchste Geburtenhäufigkeit aufweisen und das Burgenland die niedrigste.

2.2.3 Lebenserwartung

Die höhere Lebenserwartung ist neben der sinkenden Geburtenhäufigkeit ein weiterer Hauptfaktor des demographischen Übergangs. Sie ist in den letzten Jahrzehnten in Österreich sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen stark

⁸ Statistik Austria, Bevölkerungsprognosen 2009

angestiegen und wird langfristig, wenn auch nicht mehr so stark, steigen. Dies ist auf eine bessere medizinische Versorgung und das Forcieren des Pflege- und Gesundheitswesens seit der Nachkriegszeit zurückzuführen. Das Ausbleiben von Kriegen und die besser werdenden Arbeitsverhältnisse im Laufe der letzten Jahrzehnte haben dazu beigetragen, dass die durchschnittliche Lebenserwartung um knapp 10 bis 15 Jahre gestiegen ist (vgl. Tabelle 3).

Lebenserwartung bei der Geburt

	1961	1975	1990	2008	2030
	Jahre				
<i>Männer</i>					
Wien	66,7	67,7	71,5	77,0	81,9
Niederösterreich	66,3	67,1	71,8	77,0	82,1
Burgenland	65,4	65,9	71,8	76,6	81,8
Steiermark	66,6	67,0	72,3	77,3	82,4
Kärnten	66,1	67,3	72,4	77,6	82,7
Oberösterreich	66,9	67,9	72,8	78,2	82,9
Salzburg	66,6	68,6	73,3	79,2	83,7
Tirol	67,1	69,7	73,2	79,3	83,7
Vorarlberg	66,3	70,3	73,3	78,3	83,5
Österreich	66,5	67,7	72,2	77,6	82,5
<i>Frauen</i>					
Wien	73,3	74,3	78,1	82,1	86,0
Niederösterreich	73,0	74,2	78,7	82,5	86,5
Burgenland	72,4	74,8	79,2	83,0	87,0
Steiermark	72,0	74,2	79,1	83,4	87,2
Kärnten	72,4	75,1	79,2	83,7	87,6
Oberösterreich	73,0	74,9	79,1	83,0	87,0
Salzburg	72,5	75,4	79,3	83,9	87,5
Tirol	73,1	76,1	79,5	84,0	87,8
Vorarlberg	73,4	76,9	79,9	84,1	88,0
Österreich	72,8	74,7	78,9	83,0	86,8

Tab. 3: Lebenserwartung, Bevölkerungsprognose bis 2030; eigener Entwurf
 Quelle: UN, Statistik Austria, WIFO - Berechnungen. – Bevölkerungsprognosen 2009

1961 lag die Lebenserwartung der Männer in Österreich noch bei 66 Jahren und ist aufgrund der genannten positiven Einflüsse bis 2008 auf über 77 Jahre gestiegen. Bei den Frauen ist ein Anstieg von ca. 73 Jahren 1961 auf 83 Jahre 2008 zu verzeichnen. Die Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2030 sagt sowohl bei den Männern als bei den Frauen eine zukünftige Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung voraus. Während dann die der Männer in Österreich bei 82 Jahren liegen soll, ist jene der Frauen mit 86,8 Jahren noch um einiges höher.

Die Lebenserwartung der Frauen ist nicht nur in gesamt Österreich sondern auch auf Regionalebene in der Vergangenheit und auch in Zukunft höher.

Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen liegen die Werte regional mit Abweichungen von maximal zwei Jahren beträchtlich auseinander. 1961 hatte Niederösterreich und Wien noch eine höhere durchschnittliche Lebenserwartung als Österreich gesamt. Im Jahr 2008 aber wiesen diese beiden Bundesländer bei den Männern und vor allem bei den Frauen die niedrigsten Werte auf. Die höchste durchschnittliche Lebenserwartung verzeichnen mittlerweile die westlichen Bundesländer Tirol und Vorarlberg, was vermutlich auf die bessere Lebensqualität (weniger Industrie, Erholungsfaktor) in den Alpenregionen des Landes zurückzuführen ist.

Mit Blick auf die momentane Entwicklung und die Bevölkerungsprognose 2030 ist sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen ein West – Ost – Gefälle zu erkennen. Während die durchschnittliche Lebenserwartung im Burgenland, in Niederösterreich und Wien unter den Werten von Österreich liegt bzw. auch in Zukunft liegen wird, verzeichnen die westlichen Bundesländer eine höhere.

Jedoch ist generell für Österreich anzumerken, dass die durchschnittliche Lebenserwartung im internationalen Vergleich durchaus hoch ist, wodurch die Auswirkungen des demographischen Altersprozesses auf die soziale Infrastruktur stärker hervortreten. Ein Anstieg der Lebenserwartung von 15 Jahren seit der Nachkriegszeit in den meisten Regionen des Landes bedeutet so eine gehörige Veränderung in vielen Bereichen (Wirtschaft, Gesundheits- und Pflegewesen,...), die sowohl gesamtstaatlich, als auch regional eine durchdachte Planung der sozialen Infrastruktur voraussetzt.

2.2.4 Migration

Die im Folgenden zu analysierende Wanderungsstatistik beinhaltet *„die Wanderungsbewegungen aller Gemeinden Österreichs mit dem Ausland (internationale Wanderung) sowie innerhalb der Gemeinden und mit allen anderen Gemeinden Österreichs.“*⁹

Sie (Abbildung 2) zeigt die historische Entwicklung des Wanderungssaldos seit 1961 bis 2011. Seit den 1960er Jahren spielt die Einwanderung eine wichtige Rolle in der Bevölkerungsentwicklung Österreichs. Bis Mitte der 1970er Jahre war die Zahl der Einwanderer (v.a. Gastarbeiter) höher als die Zahl der Auswanderer und war für die Bevölkerungszunahme verantwortlich. Bis 1980 wanderten viele dieser „Gastarbeiter“ in die Heimat zurück und daher wurde der Saldo kurzfristig negativ.

Anfang der 1990er Jahre stieg der Wanderungssaldo stark an, da viele Arbeiter aus Osteuropa (z.B. Polen,...) nach Österreich kamen. Grund dafür waren politische Veränderungen in den osteuropäischen Staaten. 1991 erreichte der Wanderungssaldo einen Höchstwert von beinahe 80.000 Personen. Insgesamt stieg zwischen 1989 und 1993 die Bevölkerung Österreichs durch die Zahl der internationalen Migration um knapp 300.000 Menschen an. Danach sank der Wert zunehmend und pendelte sich zwischen 1994 und 1998 auf unter 10.000 Personen ein, wurde jedoch nicht negativ. Ab dem Jahr 2000 nahm der Anteil der Einwanderer abzüglich der Auswanderer zu und erreichte im Jahr 2004 einen Anstieg der Bevölkerungszahl in Österreich von knapp 50.000 Personen. Diese Zahl wurde hauptsächlich durch Personen aus den „Drittstaaten“ (also Personen, die nicht der EU bzw. EWR oder der Schweiz angehören) erlangt. Durch eine strengere Regelung der Einwanderung aus „Drittländern“ war der Wanderungssaldo in Österreich nach 2005 zunehmend rückläufig. Aktuell schwanken die Werte zwischen +20.000 und +40.000 Personen. Dabei handelt es sich vorwiegend um Zuwanderer aus den EU-Ländern.¹⁰

⁹ aus Wanderungsstatistik 2010, Statistik Austria, S. 9

¹⁰ vgl. Wanderungsstatistik 2010, Statistik Austria, S.14

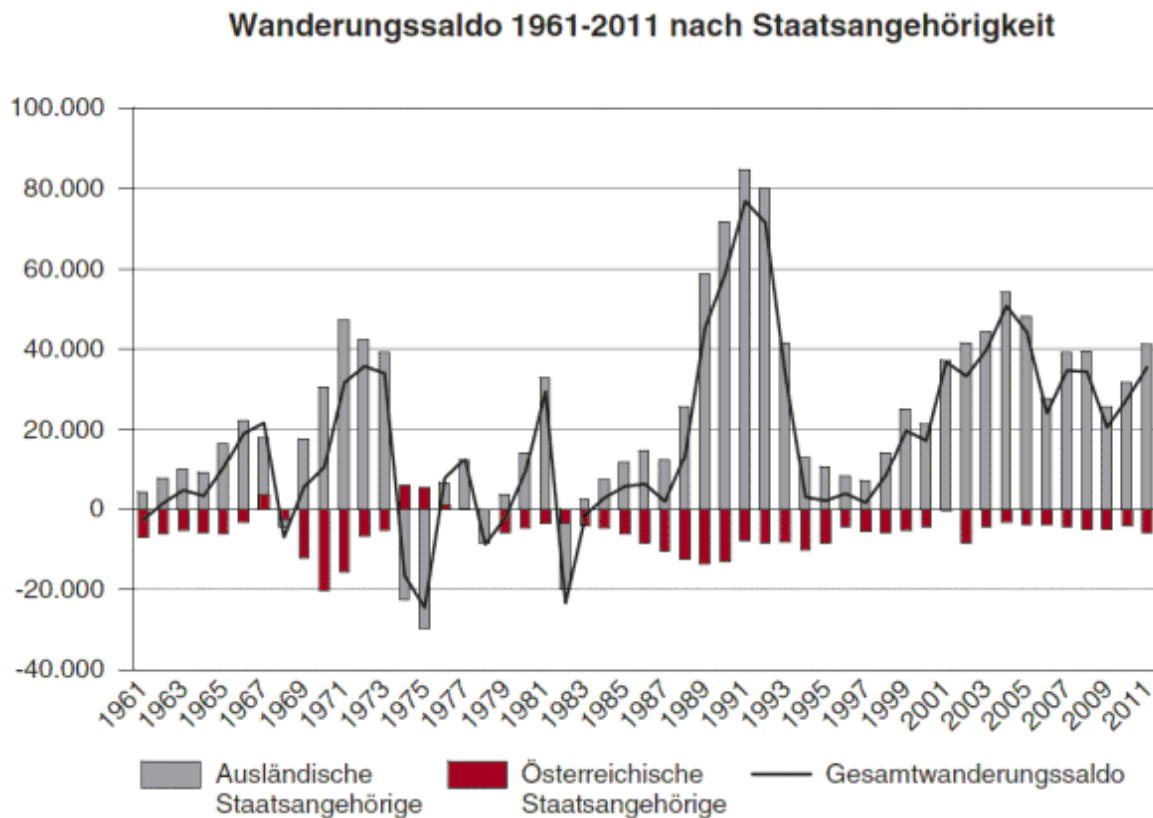


Abb.2: Wanderungssaldo 1961-2011 nach Staatsangehörigkeit
 Quelle: Statistik Austria, 1961-1995: Bevölkerungsfortschreibung; ab 1996:
 Wanderungsstatistik. Erstellt am: 14.5.2012.

Abbildung 3 stellt den Wanderungssaldo (Binnen- und Außenwanderung) je 1.000 der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt nach politischen Bezirken dar. Dabei ist auf den ersten Blick zu erkennen, dass die Wanderung rund um Städte am höchsten ist. Rund um Wien ist die Zuwanderung am höchsten und umfasst Gebiete des nördlichen Burgenlands, südlichen Niederösterreichs sowie dessen nördlichen Regionen und die nordwestlichen bis ins Waldviertel. In Wien sind beinahe alle Bezirke von Zuwanderung gekennzeichnet. Der Anteil der Einwanderer abzüglich der Auswanderer ist weiters im Umland von Linz, Graz, Klagenfurt und Innsbruck sehr hoch.

Einen negativen Wanderungssaldo weisen die peripheren Alpenregionen auf. Bezogen auf die beiden Fallbeispiele Gmünd und Waidhofen an der Thaya im Waldviertel ist ebenfalls ein negativer Saldo zu vermerken. Daraus ergibt sich auch

eine Bevölkerungsabnahme in diesen beiden Bezirken, da mehr Personen auswandern als zuwandern.

Wanderungen 2011 nach Politischen Bezirken

Wanderungssaldo (Binnen- und Außenwanderung)
je 1.000 der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt

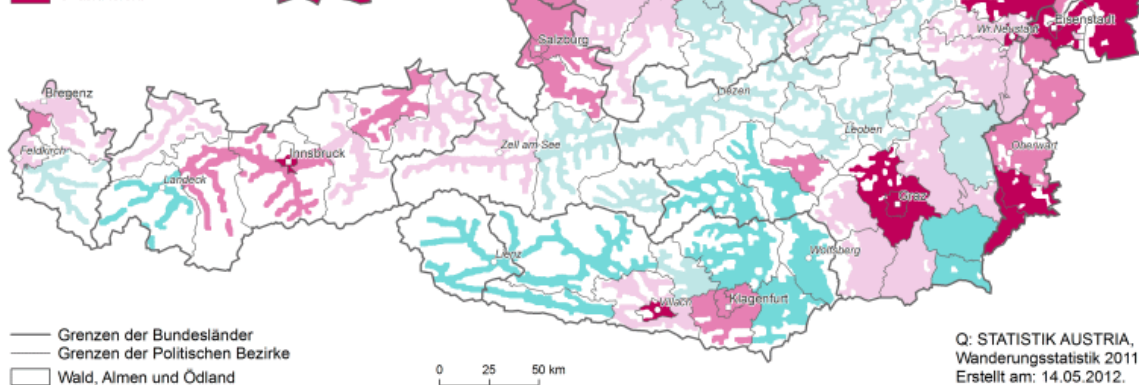


Abb.3: Wanderungen 2011 nach Politischen Bezirken
Quelle: Statistik Austria

Die Tabellen 4 und 5 schlüsseln die absoluten Zahlen und den Saldo der Binnenwanderung und der internationalen Wanderung auf.

In Tabelle 4 ist die Binnenwanderung zwischen und innerhalb der Bundesländer 1996, 2001 und 2011 dargestellt. In Österreich stieg die Zahl der Umzüge von 1996 bis 2011 von knapp 71.576 auf 99.957 Personen.

Auf der Länderebene ist ein Anstieg der Zuzüge in allen Bundesländern zu vermerken. Parallel dazu steigen auch die Wegzüge, da es rein zu einer Umverteilung der Einwohner in Österreich kommt. Daher geben die Wanderungssalden der einzelnen Bundesländer mehr Aufschluss. Niederösterreich erlangte 2001 die höchste Bevölkerungszunahme durch Zuzüge mit 7.357 Personen. 2011 erreichte das Bundesland nochmals einen positiven Saldowert von 2.250 Personen. Niederösterreich und das Burgenland sind die einzigen Bundesländer mit positiven Wanderungssalden in den drei dargestellten Jahren. Im Burgenland stieg der Anteil der Zuzüge abzüglich der Wegzüge von einer Bevölkerungszunahme von 345 Personen im Jahr 1996 auf 954 Personen im Jahr 2011. Aktuell erlangt auch

Wien einen positiven Saldo von 1.461 Personen und die Steiermark mit 226 Personen.

Die anderen Bundesländer verzeichnen durchwegs negative Werte. Am höchsten ist die Abwanderung gemessen an der Zuwanderung in Oberösterreich und Kärnten. Oberösterreich verzeichnete im Jahr 2011 einen negativen Saldo von 2.561 Personen. Die Bevölkerung in Kärnten nahm seit 1996 stetig ab und erreichte im Jahr 2011 einen negativen Wert von 1.326 Menschen.

In Salzburg, Tirol, Vorarlberg sind ebenfalls Bevölkerungsabnahmen herauszulesen. Diese nicht sehr bedeutende Zahl an Auswanderern siedelt sich in den östlichen Bundesländern Österreichs an.

Binnenwanderungen zwischen und innerhalb der Bundesländer 1996, 2001 und 2011

Jahr	Zuzüge			Wegzüge			Saldo		
	1996	2001 1*	2011	1996	2001 1*	2011	1996	2001 1*	2011
Österreich	71.576	83.352	99.957	71.576	83.352	99.957	-	-	-
Burgenland	3.779	5.010	5.729	3.434	4.119	4.775	345	891	954
Kärnten	3.366	3.536	4.522	4.028	4.783	5.848	-662	-1.247	-1.326
Niederösterreich	20.688	25.736	25.616	16.709	18.379	23.066	3.979	7.357	2.550
Oberösterreich	6.544	7.632	9.848	8.064	8.768	12.409	-1.520	-1.136	-2.561
Salzburg	4.956	4.813	5.707	5.063	5.527	6.368	-107	-714	-661
Steiermark	5.536	7.312	10.175	6.912	7.850	9.949	-1.376	-538	226
Tirol	3.212	3.373	4.647	3.410	3.700	4.794	-198	-327	-147
Vorarlberg	1.462	1.714	2.110	1.763	1.830	2.606	-301	-116	-496
Wien	22.033	24.226	31.603	22.193	28.396	30.142	-160	-4.170	1.461

Tab.4: Binnenwanderungen zwischen und innerhalb der Bundesländer 1996, 2001 und 2011, eigener Entwurf

Quelle: Statistik Austria, Wanderungsstatistik 2010

*Geschätzte und am 01.10.2010 revidierte Ergebnisse für 2001

Aufgrund der negativen Wanderungssalden in Oberösterreich ist anzunehmen, dass die Bevölkerung in das benachbarte Niederösterreich umzieht. Auch Wien profitiert 2011 von Zuzügen aus Oberösterreich. Da der positive Saldo von Niederösterreich zwischen 2001 und 2011 ebenfalls von 7.357 auf 2.550 Personen gesunken ist,

kommt es hier zu einer Umverteilung aus den umliegenden Bundesländern in die Bundeshauptstadt.

Internationale Zu- und Wegzüge der Bundesländer 1996, 2001 und 2011

Jahr	Zuzüge			Wegzüge			Saldo		
	1996	2001*	2011	1996	2001*	2011	1996	2001*	2011
Österreich	69.930	111.219	130.208	66.050	74.363	94.604	3.880	36.856	35.604
Burgenland	1.392	2.699	3.385	1.316	1.981	2.194	76	718	1.191
Kärnten	3.008	4.651	5.092	3.506	3.727	3.394	-498	924	1.698
Niederösterreich	10.953	13.505	15.150	12.914	11.344	10.651	-1.961	2.161	4.499
Oberösterreich	10.342	16.227	15.162	11.122	9.856	9.855	-780	6.371	5.307
Salzburg	4.876	8.520	8.549	5.072	6.578	6.273	-196	1.942	2.276
Steiermark	6.542	10.495	13.622	6.475	7.463	9.939	67	3.032	3.683
Tirol	7.542	13.300	11.942	6.145	9.075	9.005	1.397	4.225	2.937
Vorarlberg	3.771	5.903	5.389	4.449	4.800	4.330	-678	1.103	1.059
Wien	21.504	35.919	51.917	15.051	19.539	38.963	6.453	16.380	12.954

Tab.5: Internationale Zu- und Wegzüge der Bundesländer 1996, 2001 und 2011, eigener Entwurf

Quelle: Statistik Austria, Wanderungsstatistik 2010

*Geschätzte und am 01.10.2010 revidierte Ergebnisse für 2001

Die Tabelle 5 stellt die internationalen Zu- und Wegzüge der Bundesländer 1996, 2001 und 2011 dar.

Wie das Wanderungssaldo von Österreich zeigt, gab es in allen drei Jahren mehr Zuzüge aus dem Ausland als Wegzüge. Die jährliche Bevölkerungszunahme Österreichs durch internationale Migration stieg bis 2001 auf 36.856 Personen. Auch im Jahr 2011 gab es einen positiven Wanderungssaldo von 35.604 Personen. Bei Betrachten der Verteilung auf die einzelnen Bundesländer ist ein Anstieg bei den Zuzügen in beinahe allen Bundesländer zu verzeichnen. Nur in Tirol und Vorarlberg gab es einen leichten Rückgang der Zuzüge zwischen 2001 und 2011. Wien erreichte in den letzten Jahren sowohl deutlich mehr Zuzüge als auch Wegzüge. Eine bessere Veranschaulichung der internationalen Wanderung bietet abermals der Wanderungssaldo auf Länderebene (siehe Tabelle 5). Ab dem Jahr 2001 erlangten alle Bundesländer einen positiven Wert. Im Jahr 2001 nahm die Bevölkerung durch

internationale Migration in Wien, Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark am Meisten zu. Wien ist in diesem Jahr in einer gewissen Sonderstellung, da die Stadt gegenüber dem Jahr 1996 (+6.453 Personen) eine Zunahme durch Migration von + 10.000 Personen erfuhr. Auch Oberösterreich erlangte mit einem positiven Wanderungssaldo von 6.371 Personen (gegenüber einem negativen Wert von 780 Personen im Jahr 1996) eine deutliche Steigerung. Aktuell liegen die Salden in allen Bundesländern im positiven Bereich. Wien hat gegenüber dem Jahr 2001 etwas abgenommen. Niederösterreich und das Burgenland nehmen hingegen weiter zu und erreichen jährlich höhere Bevölkerungszunahmen durch internationale Migration.

2.3 Räumliche Dimension des demographischen Wandels in Österreich

Die drei Hauptfaktoren (Fertilitätsrate, Lebenserwartung und Migration) des demographischen Wandels treten regional unterschiedlich auf. So stehen Gebiete mit einer hohen Bevölkerungszunahme Gebieten mit starken Schrumpfungsprozessen gegenüber. Wie schon in der Vergangenheit diagnostiziert, wird sich diese Tendenz laut Bevölkerungsprognosen auch in Zukunft fortsetzen.¹¹

Regionale Bevölkerungsentwicklung 2001-2031

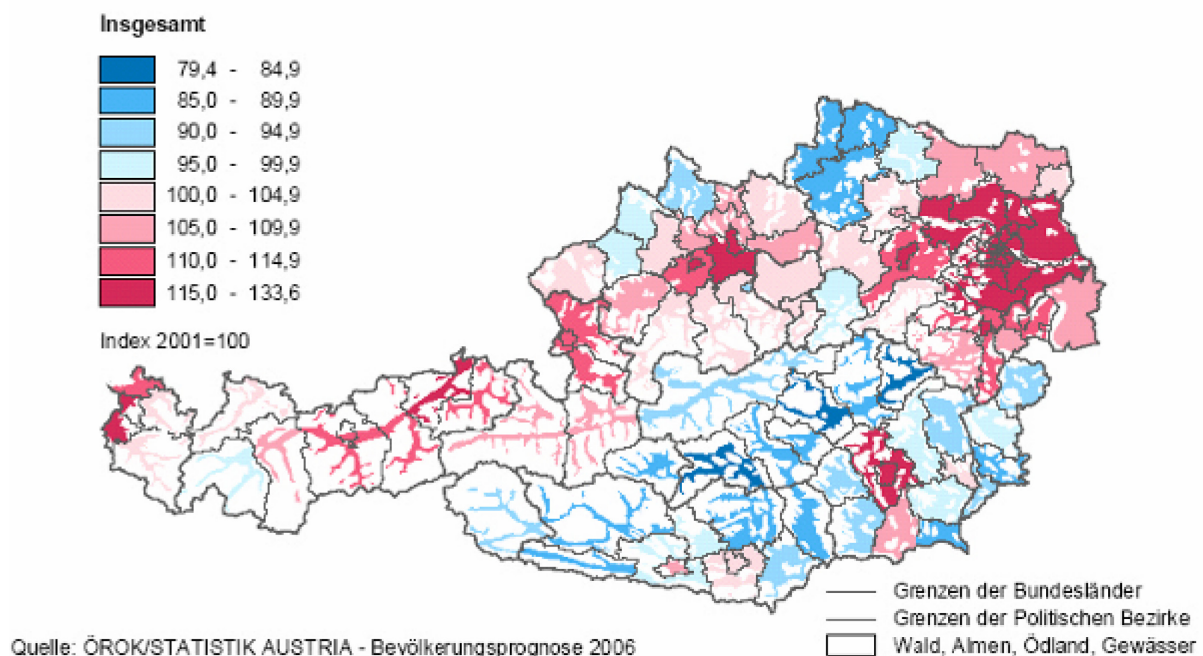


Abb.4: Regionale Bevölkerungsentwicklung 2001-2031
aus Mitterer, Karoline (2006): Demographischer Wandel in Österreich, S.6

Eine solche regional unterschiedliche Entwicklung ist aus der Abbildung 4 zu entnehmen. Generell ist eine Zunahme der Bevölkerung in den Städten zu erkennen. Sowohl in Wien und dessen Umland als auch in Graz, in Linz und in Salzburg sind starke Bevölkerungszunahmen zu erwarten. Ebenso das Inntal von Kufstein bis Innsbruck und die Bodenseegegend verzeichnen ein langfristiges Bevölkerungswachstum. Im Gegensatz dazu stehen diesen Wachstumsgebieten

¹¹ vgl. Mitterer, Karoline (2006): Demographischer Wandel in Österreich, S. 6

Regionen in der Peripherie gegenüber, welche starken Schrumpfungsprozessen ausgesetzt sind. Vor allem sind davon die peripheren Alpenregionen ohne gute infrastrukturelle Anbindung in zentral gelegene Orte betroffen. Auch im niederösterreichischen Waldviertel gibt es Bevölkerungsabnahmen.

Die drei Hauptfaktoren, die den demographischen Wandel bewirken, treten regional sehr differenziert auf. Das Waldviertel ist aufgrund eines Bevölkerungsrückgangs und einer hohen demographischen Alterung als Fallbeispiel für die Auswirkungen auf die Planung der sozialen Infrastruktur prädestiniert.

2.4 Bevölkerungsentwicklung in Niederösterreich

Das nordöstliche, größte Bundesland Österreichs zählt rund 1,6 Millionen Einwohner und ist in 573, oft sehr kleine (rund 100 haben weniger als 1000 Einwohner), Gemeinden eingeteilt.¹²

2.4.1 Bevölkerungsstruktur

Niederösterreich hatte 2011 eine Bevölkerungszahl von 1.616.398 Einwohnern. Diese wird laut Bevölkerungsprognose der Statistik Austria in den nächsten Jahrzehnten ansteigen. Bis 2075 wird demnach die Bevölkerungsentwicklung Niederösterreichs ihren Höchststand von 1.984.726 Einwohnern erreichen.

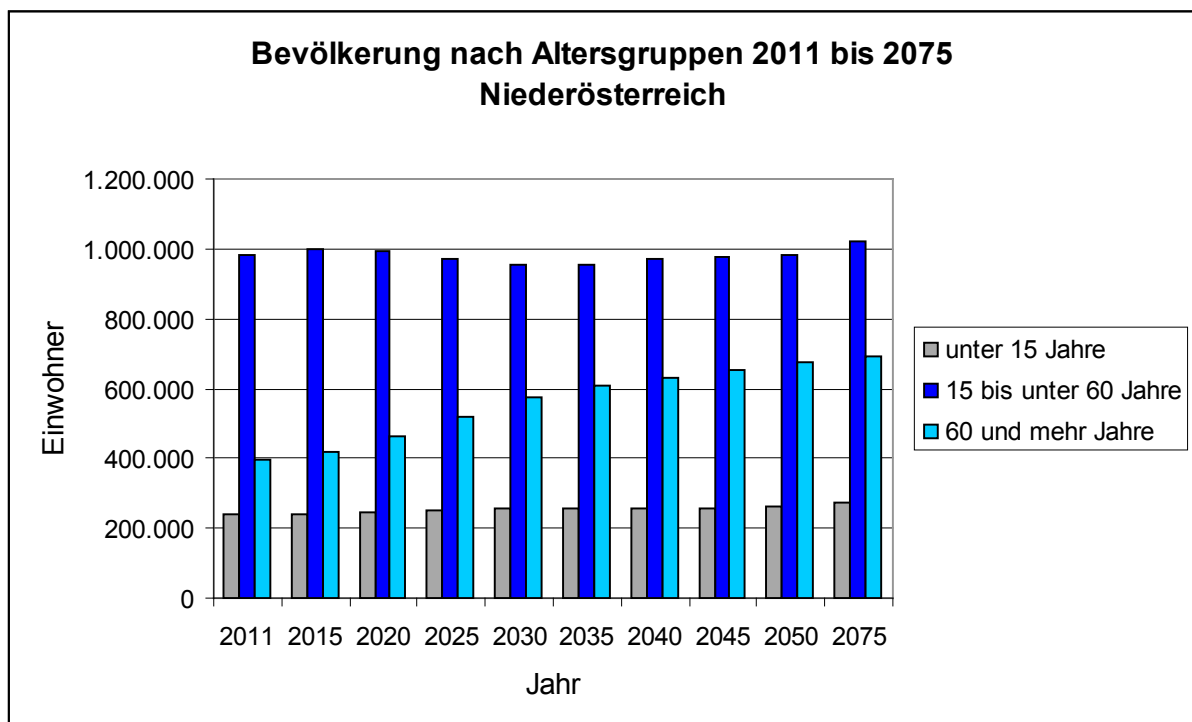


Abb. 5: Bevölkerung nach Altersgruppen 2011 bis 2075 – Niederösterreich, eigener Entwurf
Quelle: STATISTIK AUSTRIA - Bevölkerungsprognose 2011. Erstellt am 23. August 2011.

¹² Quelle: Statistik Austria

Auf Abbildung 5 ist die Bevölkerungszahl nach Altersgruppen im Zeitraum von 2011 bis 2075 dargestellt. Diese zeigt, dass der Anteil der Bewohner mit 60 und mehr Jahren in den nächsten Jahrzehnten stetig steigen wird. Die Zahl der unter 15 Jährigen wird hingegen stagnieren. Aufgrund der angesprochenen Bevölkerungszunahme bis 2075 wird die absolute Zahl der 15 bis unter 60 Jährigen bis 2075 steigen, jedoch nicht prozentuell. (vgl. Tabelle 6)

**Bevölkerungsanteil in Prozent nach Altersgruppen 2011 bis 2075 –
Niederösterreich**

Jahr	unter 15 Jahre	15 bis unter 60 Jahre	60 und mehr Jahre
2011	14,73	60,74	24,53
2015	14,41	60,27	25,32
2020	14,43	58,48	27,09
2025	14,56	55,67	29,76
2030	14,49	53,37	32,14
2035	14,21	52,48	33,31
2040	13,88	52,32	33,80
2045	13,68	51,76	34,56
2050	13,64	51,20	35,16
2075	13,73	51,33	34,94

Tab. 6: Bevölkerungsanteil in Prozent nach Altersgruppen 2011 bis 2075 –
Niederösterreich, eigener Entwurf

Quelle: STATISTIK AUSTRIA - Bevölkerungsprognose 2011. Erstellt am 23. August 2011.

Prognostiziert wird von Statistik Austria eine Abnahme der niederösterreichischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 60 Jahren. Dem steht bei einer ebenfalls abnehmenden Jugendlichen- und Kinderzahl ein starker Anstieg der Bevölkerung mit 60 und mehr Jahren gegenüber. Diese oft nicht mehr allzu mobile Altersgruppe wird die Gemeinden vor große Herausforderungen stellen. Generell nimmt in Niederösterreich auch die Anzahl der Einpersonenhaushalte zu. In den peripheren Gebieten mit hohem Anteil an betagten und hochbetagten Menschen ist

anzunehmen, dass es sich dabei oft um alleinstehende Einwohner über 60 Jahre handelt.¹³

„...Allein diese Tatsache ist Anlass zur Besorgnis, handelt es sich dabei doch um wenig mobile Bevölkerungsschichten, für die eine ausreichende Versorgung mit den erforderlichen Dienstleistungen in unmittelbarer Umgebung besondere Bedeutung hat. Hier ist insbesondere die Landesplanung gefordert entsprechende Strategien zur Gewährleistung dieser Versorgungsansprüche zu entwickeln und umzusetzen“¹⁴

¹³ vgl. Stadt-Umland-Management: Demographischer Wandel am Beispiel Südost-Oberbayern (2004) S. 24 f.

¹⁴ aus Impulsreferat: Der demographische Wandel im Land Niederösterreich von Dipl. Ing. Ilse Wollansky, in Stadt-Umland-Management: Demographischer Wandel am Beispiel Südost-Oberbayern. Dokumentation der 3. Rosenheimer Stadt-Umland-Gespräche. Hrsg: Bayrisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. – Rosenheim (2004), S.27

2.5 Rechtliche Kompetenzaufteilung und Bestimmungen der Raumordnung

Die Kompetenzen liegen in der österreichischen Raumordnung bei den Bundesländern. Laut der Generalklausel des Art.15 im Bundesverfassungsgesetz sind die einzelnen Länder für die Gesetzgebung und die Vollziehung in der Raumordnung verantwortlich. Somit hat jedes der neun Bundesländer ein eigenes Raumordnungsgesetz. Es ergibt sich weiters das verpflichtende Verfassen eines Raumordnungsprogramms, welches die Maßnahmen und Ziele der jeweiligen Länder definiert. Da aber die Raumordnung in Österreich eine Querschnittsmaterie¹⁵ ist, regelt der Bund z.B. die Straßenplanung und diverse Fachmaterien (z.B. Forstrecht oder Wasserrecht). Auf der Ebene des Bundes gibt es keine verpflichtenden Raumordnungsprogramme. Die österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK), verfasst aber laufend aktualisierte Versionen eines österreichischen Raumordnungskonzeptes (ÖREK).

Gemäß Art.118 Abs.2 des Bundesverfassungsgesetzes obliegt die örtliche Raumplanung dem Wirkungsbereich der Gemeinden. Diese sind für die Erstellung eines örtlichen Entwicklungskonzeptes, das Verfassen und Aktualisieren der Flächenwidmungspläne und der Bebauungspläne verantwortlich. Die Pläne und das Konzept der Gemeinden dürfen den Raumordnungsgesetzen des Bundeslandes nicht widersprechen. Die Länder nehmen gegenüber den Gemeinden aber eine beratende Rolle ein.¹⁶

Im Bezug auf die Planung einer nachhaltigen sozialen Infrastruktur ergeben sich daraus folgende rechtliche Rahmenbedingungen: Diese liegt vor allem in peripheren Gebieten wie dem Waldviertel (Fallbeispiele), im Wirkungsbereich der Gemeinde. Jedoch werden die Veränderungen durch das Land rechtlich gesteuert und dürfen dessen Raumordnungsgesetzen nicht widersprechen. Eine nachhaltige Entwicklung in der Gemeinde und das frühe Befassen mit der Situation des demographischen

¹⁵ Querschnittsmaterie: Die Raumordnungszuständigkeit ist generell auf Länderebene, jedoch gibt es bedeutende Fachmaterien auf Bundesebene (Wasserrecht, Forstrecht,...) – Daher haben die Länder keine Vollkompetenz.

¹⁶ vgl. Kanonier, Arthur (2009): VO Raumordnungs-, Boden- und Baurecht

Wandels gewährleistet ein langfristiges Erreichen der Ziele, bei ständigem Bedacht auf strategisches Handeln und Planen.¹⁷

Für die Bewältigung der Auswirkungen des demographischen Wandels ist neben der nachhaltigen Planung der sozialen Infrastruktur eine gute Zusammenarbeit der Kommunen und dem Land Voraussetzung. Dabei sind Schlagworte wie Planungsstrategien, Koordination und Kooperation zu nennen. Die ländlichen Gemeinden (vor allem jene in der Peripherie) nutzen hierbei die Synergieeffekte, wenn solche vorhanden sind.¹⁸

Weiters werden die Bürger stets über die aktuellen Entwicklungen und Vorhaben der betroffenen Gemeinde informiert. Der Bevölkerung werden die Veränderungen durch den demographischen Wandel vermittelt werden. Nur durch eine kommunale Zusammenarbeit mit den Bürgern in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld kann eine positive Entwicklung gesichert werden.¹⁹

¹⁷ Schipfer, Rudolf (2005), S.19

¹⁸ vgl. Schipfer, Rudolf (2005), S.18

¹⁹ vgl. Guggemos, Peter, S.258

3 AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS AUF DIE PLANUNG DER SOZIALEN INFRASTRUKTUR

3.1 Dynamik und Struktur des Erwerbspotenzials

Die folgenden drei Faktoren tragen zukünftig zur Entwicklung am Arbeitsmarkt bei. Durch eine entscheidende Veränderung in nur einem dieser drei Parameter ist eine Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen möglich.

Generell wird die Zahl der Erwerbstätigen in Österreich trotz einer demographischen Alterung der Bevölkerung nicht sinken, da der Anteil der erwerbstätigen Frauen steigen wird. Weiters ist ein zahlenmäßiger Anstieg an Zuwanderern im erwerbsfähigen Alter zu erwarten und auch die Erwerbsquote bei den Älteren wird langfristig steigen. Daher kann der zahlenmäßige Rückgang in der derzeit erwerbstätigen Bevölkerung durch die Steigerung der Erwerbsquoten in den genannten Gruppen kompensiert werden.²⁰

Laut Bevölkerungsprognose dürfte der Anteil der erwerbstätigen Ausländer in den nächsten Jahrzehnten deutlich steigen. Dies ist auf einen generellen Anstieg der Zahl der Migranten²¹ und der Personen mit Migrationshintergrund²² zurückzuführen. Bei einem sofortigen Ausbleiben des Nettoimmigrantengewinns würde die Zahl der Erwerbstätigen in den nächsten beiden Jahrzehnten rapide absinken. 2030 wäre im Vergleich zu heute mit einem Verlust von bereits über 10 Prozent der Erwerbspersonen zu rechnen. Hierbei sind jedoch wieder die regionalen Unterschiede zu beachten. Die Regionen im Osten Österreichs und in Wien würden von dieser Entwicklung weit schwerer getroffen werden als die westlichen Bundesländer, was auf die generell höheren Zuwanderungszahlen im Osten zurückzuführen ist.²³

²⁰ vgl. Mayerhofer, Peter (2010): Teilbericht 2

²¹ Migranten: in Österreich wohnhaft, jedoch im Ausland geboren

²² Personen mit Migrationshintergrund = Einwohner mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die entweder im Ausland geboren sind oder die in Österreich geboren sind und mindestens ein Elternteil im Ausland geboren ist

²³ vgl. Mayerhofer, Peter (2010): Teilbericht 2

Es ist weiters eine Veränderung bei den Anteilen der erwerbstätigen Frauen zu erwarten. Ein erhöhter prozentueller Anteil der Frauen gemessen an den Erwerbspersonen lässt nicht nur jenen der Männer zukünftig sinken, sondern muss auch Veränderungen in der Arbeitswelt hervorrufen. Eine solche hohe Frauenzahl unter den Erwerbstätigen ist vor allem in den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland zu verzeichnen.²⁴

In der Erwerbstätigenentwicklung ist ein vermehrter Anteil an älteren Personen auszumachen. Dem gegenüber steht eine ständig sinkende Anzahl junger Erwerbstätiger, welche durch den Rückgang der Fertilitätsrate in den letzten beiden Jahrzehnten bedingt ist. Der Vorteil an dieser Entwicklung ist der zu erwartende Rückgang in der Arbeitslosenquote, da diese aktuell signifikant von der jungen erwerbstätigen Bevölkerung angetrieben wird. Die Arbeitslosigkeit unter alten, erfahrenen und ausgebildeten Personen ist dem gegenüber sehr gering. Aufgrund des Sinkens der jüngeren Alterskohorten wird zukünftig die Bedeutung der „...*Weiterbildung des Erneuerungspotenzials der Wirtschaft*“²⁵ in den Hintergrund treten. Eine Weiterbildung der Fachkräfte und eine fundierte Ausbildung bei den Erwerbstätigen aus dem Ausland wird entscheidend sein.²⁶

²⁴ vgl. Mayerhofer, Peter (2010): Teilbericht 2, S.2

²⁵ aus Schmid, Kurt (2007): in Wirtschaftspolitische Blätter 4, S. 8

²⁶ vgl. Schmid, Kurt (2007): in Wirtschaftspolitische Blätter 4, S. 8

3.1.1 Entwicklung der Erwerbspersonenzahl in Österreich

Die Entwicklung der Erwerbspersonen in Österreich ist regional sehr unterschiedlich. Während in den Bundesländern Wien, Niederösterreich, Burgenland, Vorarlberg und Tirol die Erwerbstätigenzahl zukünftig steigen wird, liegen die Werte in den restlichen Bundesländern teils sogar erheblich unter dem durchschnittlichen Österreichniveau. Vor allem Kärnten wird bereits in der nächsten Dekade einen negativen Wert verzeichnen, während in der Steiermark, Oberösterreich und Salzburg zumindest noch mit einem Anstieg bis 2020 zu rechnen ist. Trotz einer aktuell steigenden Zahl der Erwerbspersonen ist in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg ab 2020 eine rückläufige Entwicklung zu erwarten, jedoch nicht unter das Österreichniveau. Wien dürfte somit laut Prognose das einzige Bundesland mit einem stetigen Anstieg der Erwerbspersonen bis 2030 und darüber hinaus sein.

Der Vergleich verschiedener Regionstypen zeigt noch stärkere Unterschiede in der Entwicklung der Erwerbspersonenzahl als auf Bundesländerebene, wie aus Abbildung 6 zu entnehmen ist.

Hier sind vor allem Rückgänge in den geographisch peripher gelegenen Gebieten bis 2030 zu erwarten. In den peripheren industrialisierten Regionen ist anfangs noch mit einem kleinen Anstieg bei der Zahl der Erwerbspersonen zu rechnen, aber auch dieser Wert wird langfristig negativ ausfallen. In den touristischen Regionen in der Peripherie ist hingegen ab sofort ein Rückgang der Erwerbstätigen zu erwarten.

Diesen Randregionen stehen die städtischen Gebiete samt ihren Umlandsgebieten gegenüber. Dort ist die Entwicklung der Erwerbspersonen über die nächsten Jahre hinaus positiv, da dort mehr Arbeitsmöglichkeiten angeboten werden. Die Mittelstädte und die intensiv genutzten Industrieregionen verzeichnen positive Werte, wobei jene der Industriegebiete laut Prognose bis 2030 etwas rückläufig sein werden.

Zahl der Erwerbspersonen nach Regionstypen und Prognosejahren von 2010 bis 2030

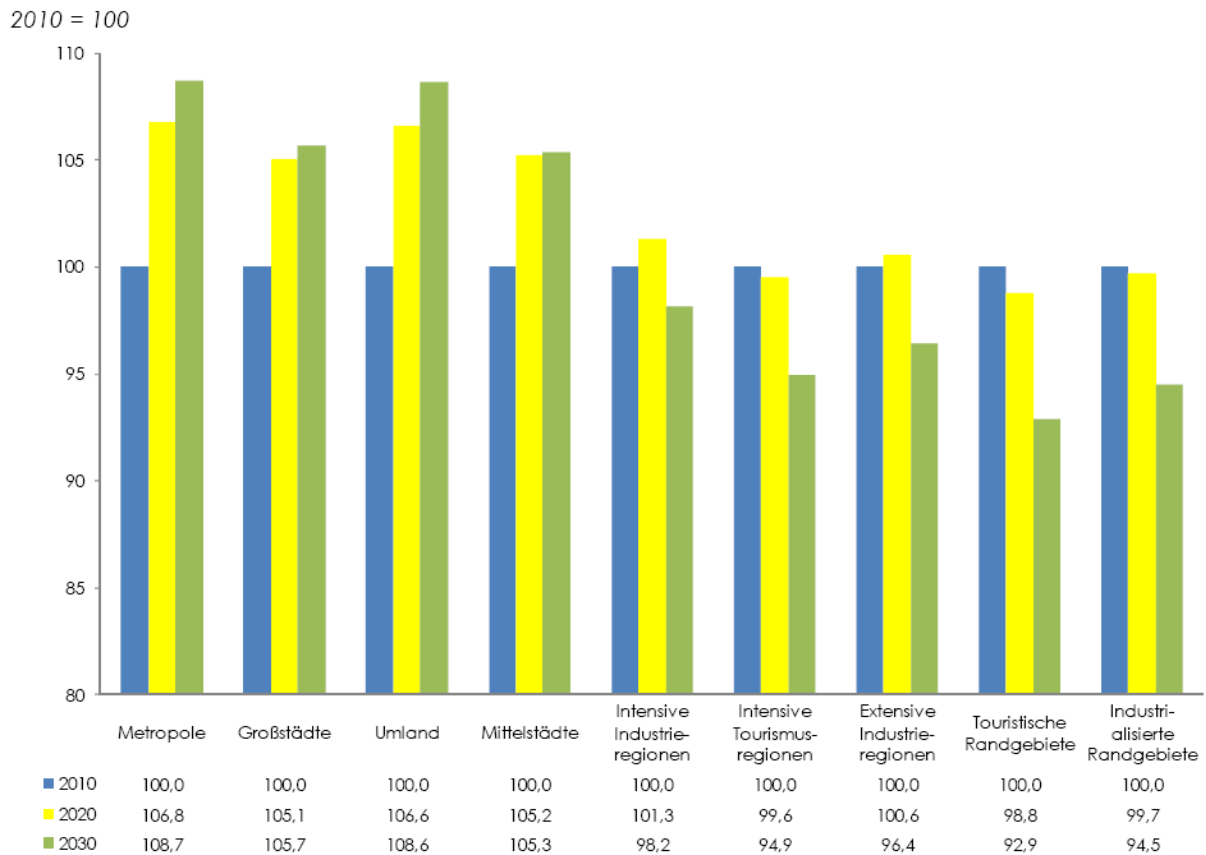


Abb.6: Zahl der Erwerbspersonen nach Regionstypen und Prognosejahren
 Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO – Berechnungen
 aus Mayerhofer, Peter (2010): Teilbericht 2, S.11

Generell gesehen wird die Zahl der Erwerbspersonen in vielen Regionen sinken. Diese Situation ist nicht nur auf Bundesländerebene zu sehen, sondern auch auf kleinräumiger Ebene. Die Erwerbsquote (Anteil der Erwerbstätigen gemessen an der Gesamtbevölkerung) wird jedoch trotzdem steigen (vor allem in den Bereichen Frauenerwerbszahl, Nettoimmigrantenzahl und Erwerbszahl der Älteren).

In Abbildung 7 ist die Erwerbsquote der einzelnen Regionstypen abgebildet. Nach Regionen würde laut Prognose im Jahr 2030 die Stadt Wien die höchste Erwerbsquote aufweisen. Und auch in den Randgebieten, die zwar einen Rückgang der Erwerbspersonen verzeichneten, steigt jedoch die Erwerbsquote. Bis 2030 wird

der Anteil der Erwerbstätigen gemessen an der Gesamtbevölkerung in allen Regionstypen steigen.

Erwerbsquote nach Regionstypen und Prognosejahren von 2010 bis 2030

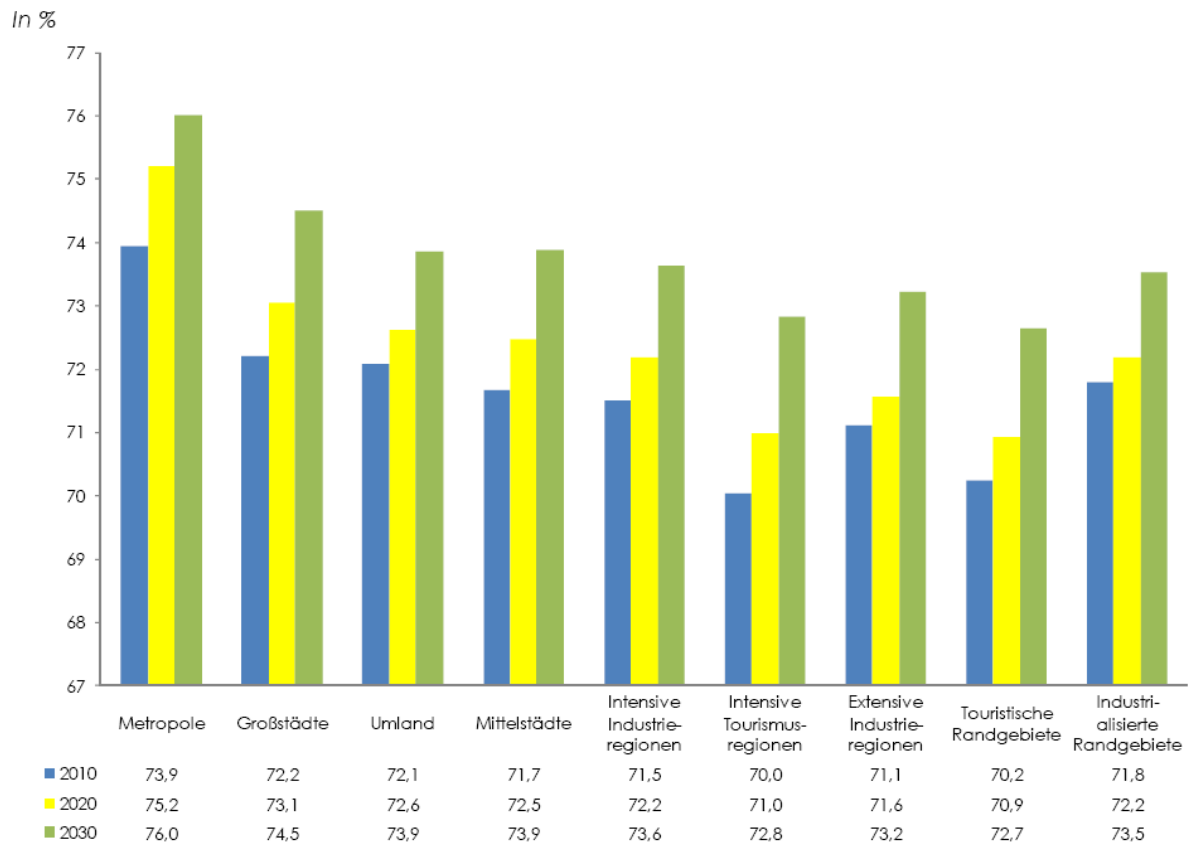


Abb.7: Zahl der Erwerbsquote nach Regionstypen und Prognosejahren
 Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO – Berechnungen
 aus Mayerhofer, Peter (2010): Teilbericht 2, S.12

3.2 Altersspezifisch genutzte Infrastruktur

Wenn von demographischen Wandel gesprochen wird, bedeutet dies Überalterung der Bevölkerung, mehr Singles (auch im betagten Alter) und damit verbunden mehr Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Diese Entwicklung in der Altersstruktur sollte ein verstärktes Vorhandensein von Pflegeeinrichtungen erwarten lassen. Es ergeben sich in manchen Regionen Österreichs auf kommunaler Ebene paradoxe Situationen. So kommt es an bestimmten Standorten trotz einer Alterung der Bevölkerung und einem damit verbundenen geringen Anteil an Kindern dazu, dass sich die Anmeldungen in den Kindergärten häufen und es zur Errichtung von Containern kommt. In vielen Gemeinden fehlt es an Pflegedienstleistungen trotz einer hohen Nachfrage aufgrund eines hohen Anteils an betagten und hochbetagten Menschen.²⁷

Es soll in Zukunft zu einer nachhaltigen Gewährleistung von Dienstleistungseinrichtungen und Institutionen für Senioren kommen. Sei dies in Form von mobilen Diensten oder von stationären Einrichtungen. Das Anbieten von verbesserten Gesundheitsleistungen (ärztliche Dienste, Rehabilitation,...) soll es den älteren Menschen in Österreich ermöglichen, einen angenehmen Lebensabend zu verbringen. Dabei stehen Gedanken des selbstständigen Wohnens und die Kommunikationsmöglichkeit mit Gleichgesinnten im Vordergrund.²⁸

Die folgenden Maßnahmen werden in den nächsten Jahren eine Verbesserung in der altersspezifisch genutzten Infrastruktur mit sich bringen. Bei der Errichtung oder dem Ausbau von Kindergärten muss regional unterschiedlich auf die Entwicklung der Altersstruktur geachtet werden, damit die (oft begrenzten) Flächen in den Gemeinden optimal genutzt werden. Ein ausgewogener Mix aus Dienstleistungseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und alte Menschen ist notwendig und muss Ziel der kommunalen Ebene sein. Vor allem in Regionen, wo die finanziellen Mittel gering sind, sei es durch mangelnde Förderung vom Land oder durch wenig Spielraum in

²⁷ vgl. Guggemos, Peter (2004) in Bernard Frevel (Hrsg.): Herausforderung Demographischer Wandel; S.257 f.

²⁸ vgl. Guggemos, Peter (2004) in Bernard Frevel (Hrsg.): Herausforderung Demographischer Wandel; S.266

der Selbstfinanzierung, muss auf eine optimierte Versorgung aller Bevölkerungsschichten Wert gelegt werden.

3.3 Auswirkungen auf das Gesundheits- und Pflegewesen – ein Paradigmenwechsel

Laut Peter Guggemos kam es in den letzten Jahrzehnten zu einem Paradigmenwechsel. Die Lebenssituationen und die Attitüden der Bevölkerung haben sich geändert. Die Menschen sind heute flexibler und vielfältiger in ihrer Lebensgestaltung. Der frühere Ansatz, dass die alten Leute einer Gruppe angehören, die laufend unterstützt werden muss, und dass es nur ein Pflegeheim (d.h. keine mobilen Dienste, keine 24-Stunden-Dienste, etc.) für die Versorgung dieser gibt, ist heute weder finanziell durchführbar noch für die Bevölkerung attraktiv. Heute tendiert die Entwicklung des Gesundheits- und Pflegewesens in Richtung einer optimalen Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure, um eine bessere Kommunikation und Kooperationsbereitschaft in den Gemeinden und zwischen den Gemeinden und dem Land zu erlangen. Anhand des aktuellen Paradigmas soll eine ressourcenorientierte Entwicklung zu Gunsten der Bevölkerung der Gemeinden gewährleistet werden. Die Kommunen vermerken in ihren Planungen, welche Institutionen notwendig erscheinen und diese werden dann mit der finanziellen Unterstützung des Landes errichtet.²⁹

Das neue Paradigma appelliert an die Kooperationsbereitschaft in den Gemeinden und verlangt, dass sich Einwohner aus allen Altersgruppen und Bevölkerungsschichten am Pflegewesen beteiligen, sei es durch Freiwilligenarbeit oder Mithilfe an der Planung der sozialen Infrastruktur. *Wurden im alten Paradigma Menschen mit Handicap tendenziell defizitorientiert wahrgenommen, so gelten sie im neuen Paradigma als Koproduzenten mit eigenen Ressourcen, die sie einbringen können und sollen und die sich im Zeitverlauf weiter entwickeln lassen. Hinter diesem Paradigma steht eine Philosophie des Förderns und des Forderns mit einem vorsichtig optimistischen Menschenbild, einem gewissen Zutrauen in die Selbstregulierungsfähigkeit der Menschen und einem nur mehr gewissen Misstrauen gegenüber dem Nutzen institutionell-bezahlter Bearbeitung sozialer Probleme.*³⁰

²⁹ vgl. Guggemos, Peter (2004) in Bernhard Frevel (Hrsg.): Herausforderung Demographischer Wandel; S.257 f.

³⁰ Guggemos, Peter (2004) in Bernhard Frevel (Hrsg.): Herausforderung Demographischer Wandel; S.259

In den Köpfen der Bevölkerung soll die Kommunikation eine wichtige Rolle spielen. Durch das Einbinden in gesellschaftliche Institutionen sollen vor allem die Singles und Kinderlosen unter den alten Menschen wieder zu einem neuen Lebenssinn finden, indem sie ein Gefühl des Miteinanders kennenlernen.

3.3.1 Schaffung von zusätzlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegewesens

Da die Gemeinden in Österreich durch die Raumordnungsgesetze des Landes in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt sind, müssen sie mit den häufig geringen finanziellen Mitteln bestmöglich in jene Richtung planen und operieren. Dabei bewirkt der Umbau von bestehenden Ressourcen und das Engagement von Freiwilligen aus dem eigenen Ort oft Einsparungen. Das Anschaffen von neuen Nutzungsflächen ist in Österreich oft mit Konflikten bei der Umwidmung verbunden.

Bevor eine Gemeinde um die Genehmigung eines Neubaus einer Pflegeeinrichtung anfragt, ist also das Umbauen von bestehenden Einrichtungen der einfachere Weg und bringt eine Reduktion der Ausgaben mit sich.

Peter Guggemos spricht in seinem Aufsatz von einer „*Entgrenzung von Institutionen*“. Damit ist gemeint, dass die Einrichtung nicht nur eine Kernfunktion übernehmen soll, sondern erweiterte Angebote beinhalten kann. Ein Pflegeheim soll somit nicht nur Pflegedienstleistungen anbieten, sondern gleichzeitig ein Kommunikationszentrum sein.³¹ Multifunktionalität ist hier ein treffendes Schlagwort.

³¹ Guggemos, Peter (2004) in Bernhard Frevel (Hrsg.): Herausforderung Demographischer Wandel; S.261

3.3.2 Änderung der Erwerbstätigkeit – Arbeit im Gesundheits- und Pflegebereich – Empowerment

*Empowerment*³² ist für viele Betriebe ein wichtiger Begriff. Die Institutionen und Firmen im Gesundheits- und Pflegebereich erfordern qualifizierte Menschen, die Entscheidungsträger sein sollen. Bei Nichtvorhandensein müssen diese ausgebildet werden.

Die Motivation der Mitbürger und deren Mithilfe in Pflegeeinrichtungen sind für die Gemeinden von Vorteil. Ehrenamtlichkeit geht aber einher mit der Frage: Wie viel freiwillige Arbeit ist in einer Gemeinde möglich, bis von einem Ausnutzen der Mitmenschen zu Gunsten einer finanziellen Ersparnis gesprochen werden muss?³³

Eine große Chance, um in der Arbeitswelt Fuß zu fassen, bietet das Gesundheits- und Pflegewesen unter anderem für Migranten in Österreich. Vor allem Grenzregionen (z.B. Gmünd) profitieren von Arbeitskräften aus dem Osten. Hier besteht für die Gemeinden eine Möglichkeit, Einsparungen zu erreichen, jedoch ist für die Zukunft eine verbesserte Ausbildung der Gruppe von Pflegebediensteten unausweichlich, um eine optimale Versorgung der alten Bevölkerung zu gewährleisten. Das Einsetzen von Migranten als Pflegebedienstete bringt neben der finanziellen Entlastung noch einen weiteren Vorteil: Da die Zahl der Migranten in den hohen Altersgruppen, die Pflegeeinrichtungen in Anspruch nehmen, aufgrund eines in Gesamtösterreich ansteigenden Migrantenanteils ebenfalls aktuell steigt und in Zukunft steigen wird, kann es zu Sprachbarrieren kommen. Hier sind Pflegebedienstete mit gleicher Herkunft und gleicher Sprache sicher kein Nachteil.

³² **Empowerment:** engl. für *Bevollmächtigung*; in den USA gebräuchliche Bezeichnung für vom Management initiierte Maßnahmen, die die Autonomie und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Mitarbeitern rund um ihren Arbeitsplatz erweitern. Empowerment bezeichnet somit die Weitergabe von Entscheidungsbefugnissen und Verantwortung durch Vorgesetzte an Mitarbeiter. Empowerment konkretisiert sich u.a. in einer (weitgehend) selbstbestimmten Gestaltung des Arbeitsablaufs, dem Zugang zu gewünschten Informationen und intensiver (aufgabenbezogener) Kommunikation mit Kollegen und Vorgesetzten.

(Quelle: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/empowerment.html>, 25.2.2012)

³³ vgl. Guggemos, Peter (2004) in Bernhard Frevel (Hrsg.): Herausforderung Demographischer Wandel; S.259

3.4 Finanzierung des Gesundheits- und Pflegewesens

In Österreich geschieht die Finanzierung der Gesundheitsvorsorge und der Pflegedienstleistungen primär durch den Staat. *„Die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsleistungen und die Steuerung des Gesundheitswesens werden in Österreich überwiegend als öffentliche Aufgabe betrachtet.“*³⁴ Dies bedeutet, dass die Institutionen des Gesundheitswesens dem Staat unterstehen und dieser somit die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung gewährleisten muss.

In Österreich ist eine Krankenversicherung gesetzlich vorgeschrieben und an Erwerbstätigkeit gekoppelt. Wer nicht erwerbstätig ist, muss zumindest im Familienverbund eine arbeitende Person haben, wo eine Mitversicherung möglich ist. Auch Bezieher von Arbeitslosengeldern, Arbeitsunfähige und Pensionisten sind versichert. Es sind in Österreich rund 98 Prozent der Bevölkerung krankenversichert.³⁵

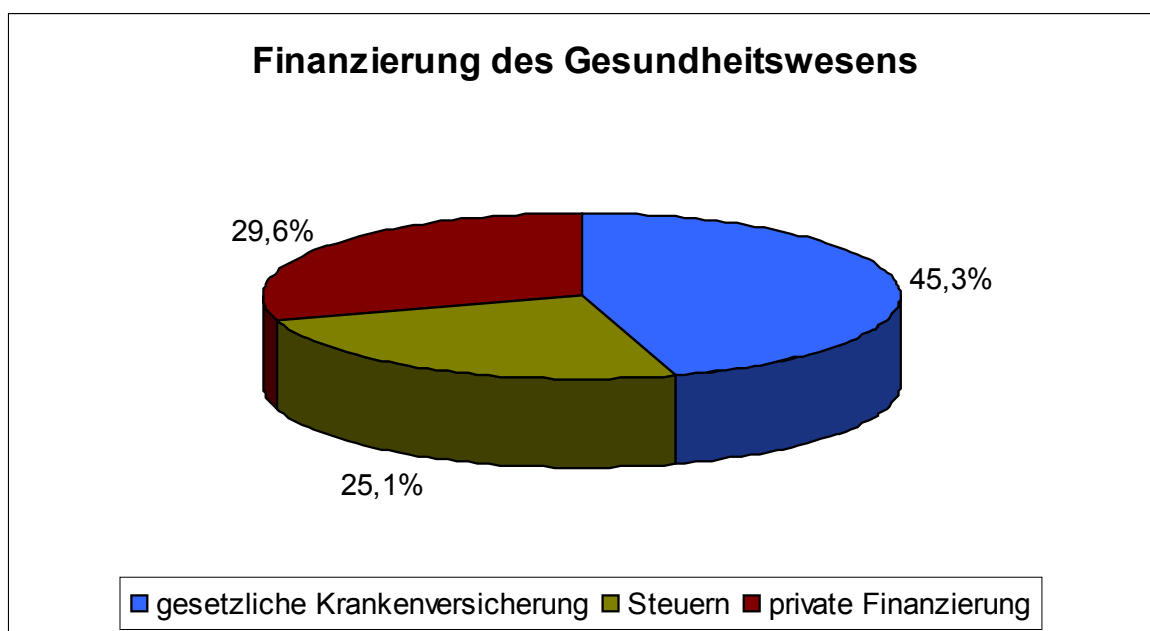


Abbildung 8: Finanzierung des Gesundheits- und Pflegewesens, eigener Entwurf
Quelle: Hofmarcher/Rack (2006): S.76

³⁴ Hofmarcher, Maria M. und Herta M. Rack (2006): S.34

³⁵ vgl. Hofmarcher, Maria M. und Herta M. Rack (2005): S. 105

Die hohen Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung ein wichtiges Standbein der Finanzierung des Gesundheits- und Pflegewesens. Abbildung 8 zeigt die gesamte Aufteilung der Finanzierungsgelder.

Mit über 45 Prozent ist die gesetzlich vorgeschriebene Krankenversicherung für die Gesamtfinanzierung des Gesundheitssystems entscheidend. 25 % der Leistungen werden aus Steuereinnahmen und die restlichen 30 Prozent privat finanziert. Von diesen rund 30 % werden laut Hofmarcher/Rack jedoch 5 Prozent von öffentlichen Haushalten geleistet.

Durch die Einnahmen der Krankenversicherungen wird die Finanzierung von Krankenhäusern, Medikamenten und Ärztegehältern gewährleistet.³⁶ Die durch die Steuern generierten Gelder werden größtenteils für die stationäre Versorgung in den Krankenhäusern der Länder verwendet.³⁷ Die privaten Ausgaben betreffen schließlich diverse Gebühren, wie z.B. E-Card- oder Rezeptgebühren. Aber auch Leistungen wie z.B. Privatordinationen oder Sonderklasseleistungen in Spitälern etc. werden privat bezahlt. Laut einer Studie des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen gab es in den letzten Jahren eine deutliche Erhöhung des Anteils der privaten Finanzierungen.³⁸ Die Einnahmen aus der Krankenversicherung stellen mit 45 Prozent den Hauptteil der Finanzierung des Gesundheitssystems.

Gegenwärtig sind Einnahmen und Ausgaben durch die Versicherung relativ gleich. In den letzten Jahren wurde allerdings die Beitragsgrundlage der Krankenversicherung öfters erhöht, damit die Finanzierung der Ausgaben gewährleistet wird.

Die Prognose für die nächsten Jahre verheißt aber nichts Gutes. Die rapide Alterung der Bevölkerung bedeutet mehr Menschen, die auf Gesundheits- und Pflegedienste angewiesen sein werden und lässt die Ausgaben der Krankenversicherung stark steigen. In diesem Fall wird eine reine Erhöhung der Beiträge nicht genug sein, um positiv zu bilanzieren. Diese Defizite gilt es in den nächsten Jahren auszugleichen, um eine Grundversorgung für die krankenversicherte Bevölkerung sicherzustellen.³⁹

Für die Zukunft müssen also alternative Finanzierungsmodelle entstehen, da sonst die Ausgaben im Gesundheitswesen rein durch die Mittel der Krankenversicherung nicht mehr getragen werden können. Guger et al sind zum Beispiel der Meinung:

³⁶ vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (2005): S.110

³⁷ vgl. Hofmarcher/Rack (2006): S.93

³⁸ vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (2005): S.111

³⁹ vgl. Staud, Peter (2007): S.50 f.

„Durch eine Aufhebung oder zumindest eine Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage und die Verbreiterung der Beitragsbasis auf Vermögenseinkünfte könnte sowohl die Ergiebigkeit der öffentlichen Krankenversicherungssysteme auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet und/oder eine gerechtere, stärker an der Leistungsfähigkeit orientierte Finanzierung erzielt werden.“⁴⁰

⁴⁰ Guger et al (2006): S.30; in Staud, Peter (2007): S.72

3.5 Veränderungen in der Mobilität

Im Jahr 2030 wird laut Prognosen der Statistik Austria knapp ein Drittel aller Menschen über 60 Jahre und somit im Pensionsalter sein. Durch den raschen Alterungsprozess der österreichischen Bevölkerung ist mit erheblichen Auswirkungen auf die Mobilität und Verkehr zu rechnen.

Im derzeitigen Mobilitätsverhalten der Bevölkerung ist eine starke Abhängigkeit vom Auto bemerkbar. Vor allem in Regionen, die nur wenig an das öffentliche System angeschlossen sind, ist das Erreichen von Zentralorten oder der Arbeitsstelle nur mit dem PKW möglich. Da der Anteil an mobilem Individualverkehr auch in Zukunft hoch bleiben wird, kommt es durch die Überalterung zu einem höheren Wert an älteren Menschen. In den nächsten Jahren gehören jene Generationen zur älteren Bevölkerung, die bereits seit langer Zeit Auto gefahren sind oder zumindest einen Führerschein besitzen. Jene Gruppe empfindet das Vorhandensein eines Autos als eine alltägliche Situation und ist aus oben genannten Gründen zu einem Großteil sogar davon abhängig.

Da die Zahl der Singlehaushalte zunehmen wird, ist auch eine weitere Erhöhung des Individualverkehrs zu erwarten, weil viele Erledigungen im Haushalt mit der Benützung eines Autos zusammenhängen. Das Benutzen eines PKWs wird in den nächsten Jahren auch für ältere Menschen möglich sein, da sich diese länger einer besseren Gesundheit erfreuen.⁴¹

Nichtsdestotrotz ist ein Hauptaugenmerk auf den öffentlichen Verkehr zu legen. Denn obwohl die Zahl der Autobesitzer, vor allem jener im hohen Alter, steigen wird, gibt es trotzdem auch eine wachsende Anzahl an älteren Menschen in Österreich, die mehr zu Fuß gehen oder den öffentlichen Verkehr nutzen wollen. Dies wird in erster Linie eine große Herausforderung für die Regionen, die nicht optimal an öffentliche Verkehrsträger angebunden sind. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur wären für die peripheren Lagen aber oft von Vorteil, da die Bevölkerung an sich gerne auf

⁴¹ vgl. VCÖ (1/2007): Mobilität und Verkehr im demographischen Wandel

die Abhängigkeit eines Autos verzichten würde.⁴² In diesen Bereichen müssten das Land und die Gemeinden ansetzen, um die steigende Zahl an mobilem Individualverkehr stagnieren zu lassen oder gar zu reduzieren. Außerdem muss die öffentliche Mobilität optimiert werden, damit für die Situation in 20 Jahren ausreichend öffentliche Verkehrsmittel für die überalterte Bevölkerung bestehen. *Das wird nur durch ein Bündel von Maßnahmen zu erreichen sein, einer Kombination von Regelverkehr, Bedarfsverkehren und Taxis in der Region sowie leistungsfähigen Verkehrsmitteln in den Ballungsräumen. Ergänzt durch Multimodalität, die älteren Menschen die Entscheidungsfreiheit erhält, für den jeweiligen Weg das bestgeeignete Verkehrsmittel zu wählen – sei es zu gehen, das Fahrrad, den öffentlichen Verkehr oder das Auto zu nutzen.*⁴³

Weiters muss für die Zukunft die Sicherheit der älteren Menschen gewährleistet sein. Diese bleiben zwar länger gesund, jedoch sind Probleme wie schlechter sehen oder weniger hören miteinzuberechnen. Daher muss sich die Verkehrssituation in den nächsten Jahren an diese Bevölkerungsgruppe anpassen, sei es durch längere Ampelphasen oder barrierefreie Zugänge, wie tiefere Einstiege in die öffentlichen Verkehrsmittel oder abgeflachte Bordsteine. Mit Hilfe dieser Entwicklungen soll es zukünftig auch den älteren Menschen möglich gemacht werden, dass diese sowohl zu Fuß als auch beim Benutzen von Verkehrsmittel mehr Barrierefreiheit erfahren.⁴⁴

Mobilität und Verkehr wirken sich im demographischen Wandel regional sehr unterschiedlich aus. Gemeinden, wie die beiden Fallbeispiele Gmünd und Waidhofen an der Thaya, die sich geographisch in einer peripheren Lage befinden, zeigen, dass die Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel oft nur unzureichend gegeben ist. Trotz der steigenden Lebenserwartung und der längeren Gesundheit der alten Bevölkerung kann es im hochbetagten Alter dazu kommen, dass das Lenken eines PKWs nicht mehr möglich ist. Die öffentlichen Verkehrsmöglichkeiten sind nicht ausreichend vorhanden, um die ältere Bevölkerung oft nur von der eigenen Gemeinde in die nächste größere Gemeinde zu befördern. Dieses Dilemma verwehrt den Menschen dann die Erreichbarkeit von Lebensmittelläden oder Standorten mit wichtigen Dienstleistungen. Bei dieser Problematik sollte daher rasch und effizient

⁴² vgl. VCÖ (1/2007): Mobilität und Verkehr im demographischen Wandel, S. 9,10

⁴³ aus VCÖ (1/2007): Mobilität und Verkehr im demographischen Wandel, S. 9,10

⁴⁴ vgl. VCÖ (1/2007): Mobilität und Verkehr im demographischen Wandel

angesetzt werden, damit auch 2030, wenn die demographische Alterung ihren Höhepunkt erreichen wird, genug Möglichkeiten der Fortbewegung vorhanden sind, sei es durch öffentliche Anbindungen oder andere Hilfen wie mobile Lebensmittelhändler oder mobile Dienste.

Die Abhängigkeit vom Auto kann von Seiten der Raumplanung reduziert werden, indem fortschreitende Zersiedelung unterbunden wird. Das Schaffen der wichtigsten Nahversorgung kann in peripheren Gemeinden positives bewirken. In Regionen, die aus vielen kleinen zersiedelten Gemeinden bestehen, ist ein öffentliches Verkehrsnetz für die Zukunft zu planen, das z.B. durch geringere Intervallzeiten der Busse vielen Menschen der Gemeinden das Erreichen des nächsten zentralen Ortes ermöglicht.

Laut einer Studie des VCÖ⁴⁵ ist auch auf das Mobilitätsverhalten der Jugendlichen zu achten. Viele Kinder, die nur mit dem Vorhandensein eines Autos aufwachsen und von ihren Eltern täglich gefahren werden, wollen weder öffentliche Verkehrsmitteln nutzen noch Gehen oder Radfahren. Wenn diesen bereits im Kindesalter ein hoher Anteil an selbstständiger Mobilität oder dem Benützen von öffentlichen Verkehrsmitteln vermittelt wird, kann dadurch die zukünftige Anzahl an Autofahrern gesenkt werden.⁴⁶

Für die Zukunft ist es wichtig, dass vor allem die Regionen mit einer schlechten Infrastruktur an ein optimales Mobilitätsnetz angebunden werden. Dies soll jedoch nicht nur durch die Abhängigkeit eines PKWs geschehen, sondern auch durch die Anbindung an ein zureichendes öffentliches Netz. Die Bevölkerung soll zu selbstständiger Mobilität wie Gehen oder Radfahren angehalten werden, was eine Verbesserung der Nahversorgung voraussetzt.

Diese Veränderungen müssen von den Ziviltechnikern in Zusammenarbeit mit der Politik gesteuert werden. Die örtliche Planung der betroffenen Gemeinden muss dabei Hand in Hand mit der überörtlichen des jeweiligen Bundeslandes gehen. Weiters kann eine positive Entwicklung durch das Aneinanderknüpfen von Wohnbauförderung und die schnelle Erreichbarkeit eines Lebensmittelladens gewährleistet werden. Durch die daraus entstehenden geringeren Distanzen sind die Menschen sogar auf kein Verkehrsmittel angewiesen.

⁴⁵ Verkehrsclub Österreich

⁴⁶ vgl. VCÖ (1/2007): S.11

3.6 NAFES – Nahversorgung

Die NAFES ist die niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren. Sie hat ihren Hauptsitz im Regierungsviertel St. Pölten und ist somit der Ebene des Bundeslandes zuzuordnen. Liegt der Hauptaufgabenbereich dieser Organisation zuerst in der Nahversorgung und der Ausstattung der Zentren mit Einkaufsmöglichkeiten, so ist sie sekundär auch für die Bewältigung der Auswirkungen des demographischen Wandels zuständig. Die Nahversorgung soll in Zukunft in allen Gemeinden optimiert und vor allem auch für alte Menschen erreichbar gemacht werden.

Vorerst aber zu den vier Förderschwerpunkten der NAFES:

- Infrastrukturelle Investitionen in Orts- und Stadtzentren wie z.B. Parkplätze, Verkehrsleitsysteme, Parkleitsysteme, Wochenmärkte etc.
- Erhaltung der Nahversorgung in den Gemeinden und die Infrastrukturinvestitionen wie Neuerrichtung oder Umbau eines Geschäftslokals oder Investitionen in die Geschäftsausstattung.
- Marketingmaßnahmen wie z.B. Einkaufszeitungen, gemeinschaftliche Maßnahmen der örtlichen Wirtschaftsvereinigungen,...
- Pilotprojekte an innerörtlichen Handels- & Dienstleistungsstandorte und infrastrukturelle Investitionen⁴⁷

Die NAFES subventioniert Förderprojekte für alle Gemeinden in Niederösterreich, aber auch Wirtschafts- und Werbegemeinschaften, insbesondere Vereine und private Errichtungsgesellschaften bei Pilotprojekten, sofern die Projekte einem oder mehreren ihrer Förderschwerpunkte entsprechen.

Die Finanzierung von Seiten der NAFES beträgt im Regelfall 30 % der gesamten nachgewiesenen Investition, jedoch maximal 100.000 €. Außerdem darf mit dem Projekt bis zum Ansuchen der Förderung noch nicht begonnen worden sein.⁴⁸

⁴⁷ aus www.nafes.at, Zugriff am 10.3.2012

⁴⁸ vgl. NAFES-Förderrichtlinien: www.nafes.at, Zugriff am 10.3.2012

Eben weil die NAFES für die Sicherstellung und die Förderung der Nahversorgung mitverantwortlich ist, spielt sie bei raumplanerischen Vorhaben zur Bewältigung der Auswirkungen des demographischen Wandels eine gewichtige Rolle.

Im Hinblick darauf fand ein Interview mit der Geschäftsführerin DI Alexandra Schlichting und dem Referenten der NAFES, Mag. Wolfgang Fuchs von der Wirtschaftskammer NÖ, statt.

Dabei wurden die raumplanerischen und wirtschaftlichen Aufgabenbereiche der NAFES diskutiert und in Bezug mit der aktuellen Situation in den Gemeinden Gmünd und Waidhofen an der Thaya gestellt.

3.6.1 Planung in peripher gelegenen Gemeinden

Die Planung der Infrastruktur in der Peripherie ist für die betroffenen Gemeinden eine schwierige Aufgabe. Die Erreichbarkeit des nächsten zentralen Ortes ist meist nur mit dem Auto zu bewerkstelligen und mit großer Distanzen verbunden. Die Städte in den abgelegenen Regionen Niederösterreichs, wie Gmünd oder Waidhofen an der Thaya, haben zwar in den letzten Jahrzehnten die Ansiedelung zahlreicher Betriebe jeglicher Art erfahren, jedoch sind diese meist an den Stadträndern errichtet worden. Dies ist für die umliegenden Gemeinden aufgrund der raschen Erreichbarkeit sehr positiv, jedoch wurde darauf vergessen, auch nachhaltig in die Stadtzentren zu investieren. Daher fehlt oft die Innenstadtbelebung, die in Zukunft vor allem für die ältere Bevölkerung der Städte von großem Interesse sein wird. Da die Zentren aber kein Problem mit der allgemeinen Nahversorgung haben, kann die NAFES hier keine Förderungen finanzieren. Daher liegt es in den der Peripherie an den Gemeinden selbst, zu handeln. Gerade dies stellt die nicht so zentral gelegenen Gebiete Niederösterreichs oft vor Probleme und Gemeinden, wie zum Beispiel Waidhofen an der Thaya, können sich solche Investitionen zur Belebung der Innenstadt kaum leisten. Folge einer solchen Entwicklung sind ein höherer Anteil an Leerständen, welche das Stadtbild durchaus beeinträchtigen. Bei solchen Leerständen hat die NAFES jedoch keine Einflussmöglichkeit, weil eine Wiederbelebung der betreffenden Immobilien davon abhängt, wer die Eigentümer sind und was sie damit vorhaben. Hier bestünde die Möglichkeit für die Gemeinden, einzugreifen, z.B. durch Kontaktaufnahme mit den Eigentümern der Immobilien.

Die Bevölkerung präferiert Betriebe am Stadtrand, da in den Innenstädten die Parkplatznot aufgrund des wachsenden KFZ-Bestandes so groß ist wie nie zuvor. Daher bleiben viele Menschen dem Zentrum fern. Die NAFES verbessert laufend die Mobilitätsmöglichkeiten, indem sie die Parkraumschaffung durch Förderung von Freiluftstellplätzen oder Parkhäusern unterstützt. Auch Fahrradabstellplätze werden subventioniert.

Weiters könnte in Zukunft die Innenstadt mit der Errichtung von Seniorenwohnheimen wieder belebt werden, da die alten Menschen diese zu Fuß erreichen können.

Viele Städte beleben die Zentren, weil die Flächen für eine Errichtung von Einkaufszentren oder Wohnungen gewidmet sind. Hier gelingt es sukzessive, bestehende Leerstände wieder aufzufüllen. Dies ist auch in manchen peripher gelegenen Städten in Niederösterreich der Fall. Warum in solchen Regionen die Innenstadtbelebung unterschiedlich erreicht wird, hat verschiedene Gründe. In Gemeinden, wo eine Flächenumwidmung zu Gunsten von ortsbelebenden Maßnahmen nicht durchführbar ist, sei es durch Denkmalschutz oder durch Konflikte mit den Eigentümern, ist es eine Belebung oft schwer möglich. Ein weiterer hindernder Grund kann die nicht funktionierende Zusammenarbeit der Stadt mit den Unternehmen und zwischen der Gemeinde und dem Land sein. Wenn nicht mit gewissem Nachdruck versucht wird, das Zentrumsbild positiver zu gestalten, kann nur schwer eine Verbesserung erreicht werden.

Laut Geschäftsführerin DI Alexandra Schlichting bedarf die Durchführung eines solchen Projekts zur Aufwertung der Innenstadt enorme Kraftanstrengungen und „... *es liegt an den Playern, wenn hier nicht die Kraft quasi aus der Gemeinde entstehen kann, wird es schwierig sein. Es gibt zwar die Stadterneuerung, die hier positiv mitwirken kann, aber letztendlich muss es aus der Gemeinde kommen.*“⁴⁹

NAFES Referent Mag. Wolfgang Fuchs von der Wirtschaftskammer fügte hinzu, dass die Innenstädte mit positiven Events, wie z.B. Wochenmärkte ausgestattet werden müssen, weil diese eine höhere Frequenz an Menschen mit sich bringen.⁵⁰ Solche Veranstaltungen können die Gemeinden in der Peripherie, die ein weniger belebtes

⁴⁹ aus Interview mit NAFES Geschäftsführerin DI Alexandra Schlichting am 17.2.2012 in der Landesregierung in St. Pölten

⁵⁰ Interview mit NAFES Geschäftsführerin DI Alexandra Schlichting und NAFES Referent Mag. Wolfgang Fuchs von der Wirtschaftskammer Niederösterreich am 17.2.2012 in der Landesregierung in St. Pölten

Ortszentrum haben, aufwerten und ihnen somit ein besseres Image verschaffen. Waidhofen an der Ybbs ist zum Beispiel eine Aufwertung des Zentrums gelungen. Dort konnten die Leerstände durch viele Impulse der Gemeinde aufgefüllt werden. Durch das Veranstellen eines Wochenmarktes konnte das Ortszentrum ebenfalls belebt werden.

Bei einer eventuellen Aufwertung der Leerstände im Ortszentrum ist die Art der wirtschaftlichen Aktivität von großer Bedeutung. Oft stellt sich die NAFES die Frage, ob es überhaupt Sinn macht, dort Handel zu betreiben oder ob es nicht besser ist, in eine andere Richtung zu gehen, wie zum Beispiel dem Quartiersmanagement. In vielen Städten reicht die Konzentrierung des Handels in einem Kernbereich vollkommen aus und die Seitenstraßen bleiben dementsprechend als Handelsstandorte unberücksichtigt. Sie können aber durch andere Bereiche genutzt werden, wie z.B. für die Ansiedelung von Ärztezentren oder von Gastronomie etc.

Generell bewirken bestimmten Nische oft einen Aufschwung für den Ort. Viele Städte erlangen durch neue Ideen eine Steigerung der Besucher in der Innenstadt. Diese Nischen sind vor allem in Städten ein gelungener Ansatz, wo das Zentrum an sich ausgestorben ist und keine reelle Chance auf eine Aufbesserung durch das Betreiben von wirtschaftlichem Handeln besteht.

Nun zu der Situation in den umliegenden Gemeinden der beiden Fallbeispiele Waidhofen an der Thaya und Gmünd: Die NAFES engagiert sich hier primär bei der Erhaltung des letzten Nahversorgers. Wenn solch ein Projekt durchgeführt wird, ist die finanzielle Unterstützung von Seiten des Landes sehr gut gegeben. Da die Finanzierung zum Teil bei der Gemeinde selbst liegt, ist die Umsetzung trotz der Fördergelder schwierig. Oft kann kein Betreiber für die Nahversorgungseinrichtung gefunden werden.

Laut DI Alexandra Schlichting liegt das Bestreben kleiner Gemeinden darin, auf die Errichtung eines multifunktionalen Zentrums zu achten. Dies muss nicht unbedingt ein Einkaufszentrum, sondern kann eine Kombination aus Gemeindehaus, Nahversorger und Poststelle und eventuell einem Friseur, einer Trafik, einem Blumengeschäft und einer gastronomischen Einrichtung (Kaffeehaus,...) sein. Es ist der Bevölkerung nicht wichtig, ein Großbauprojekt zu starten, sondern das primäre

Interesse liegt im Vorhandensein eines Kommunikationszentrums.⁵¹ Dies ist ein wichtiger Ansatzpunkt für zukünftige Vorhaben. Im Vordergrund soll nicht nur eine bestehende (Grund-)Nahversorgung stehen, sondern auch das gemeinsame Zeitverbringen an einem öffentlichen Platz. Die Bevölkerung soll in der Gemeinde bleiben, Mitbürger treffen und miteinander kommunizieren. Dieser Kontakt zwischen den Menschen ist der NAFES ein großes Anliegen. Die Tendenz, solche Projekte in den ländlichen Kleingemeinden zu initiieren, war in den letzten Jahren steigend, einige Gemeinden können sich dieses Vorhaben aber nicht leisten. Die NAFES greift hier ein und unterstützt neben der Neuerrichtung eines gesamten multifunktionalen Zentrums schon jetzt kleinere Projekte, die durch geringen finanziellen Aufwand leistbar sind. Diese reichen von Renovierungsarbeiten, wie dem Ausmalen einer Geschäftsfläche oder Elektroinstallationen bis hin zu Anschaffungen von Kleinigkeiten wie einer Kühlvitrine.

3.6.2 Mikro-ÖV-Systeme als Förderung der öffentlichen Mobilität

Hinsichtlich der Erreichbarkeit der nächstgelegenen Zentren entstehen in Niederösterreich seit kurzem Mikro-ÖV-Systeme. In Gebieten, wo das öffentliche Verkehrsnetz nur unzureichend gegeben ist, versuchen die Gemeinden und die NAFES laut DI Alexandra Schlichting „unkonventioneller“ Mobilitätsangebote zu schaffen, die in Zukunft auch vom Land unterstützt werden sollen. Es wird z.B. ein Fahrzeug von der Gemeinde angekauft und ehrenamtliche Mitarbeiter chauffieren die interessierte Bevölkerung zu einem geringen, fairen Preis. Damit sollen die Lücken bei Nichtvorhandensein einer Busverbindung geschlossen werden oder der Transport von körperlich beeinträchtigten Mitbürgern bewerkstelligt werden. Jedoch gibt es vor allem im Waldviertel sehr viele Orte, die ein solches Mikro-ÖV-System benötigen würden, sodass die Umsetzung eines solchen Projektes aufgrund der Fülle der Anfragen aus den ländlichen Gemeinden rund um die Städte eine Vielzahl an Transportmittel und Fahrern erfordern würde. Die Initiative ist aber ein guter Ansatz für die Zukunft, der noch verfeinert werden muss, sei es bei der Wahl der

⁵¹ aus Interview mit NAFES Geschäftsführerin DI Alexandra Schlichting am 17.2.2012 in der Landesregierung in St. Pölten

Zielgruppe oder der Bewerbung der neuen Mobilität. Solange die Menschen noch die Möglichkeit haben, ein Auto zu benutzen, wird niemand freiwillig auf eine andere Variante umsteigen. Außerdem ist der familiäre Zusammenhalt noch so stark gegeben, dass die älteren, mobil eingeschränkten Personen von ihren Nachkommen von A nach B gebracht werden, sofern diese noch in ihrem Heimatort wohnen.

3.6.3 “Rollende Läden“: der mobile Nahversorger

Die Nahversorger gewisse Dienste wie Hauszustellungen an, um vor allem den älteren Menschen den Kauf von Lebensmitteln zu ermöglichen. In den kleinen Gemeinden gibt es noch oft Nachbarschaftshilfe, da die Anonymität wie in den Städten noch nicht gegeben ist.

Die NAFES förderte in der Vergangenheit mobile Händler, die zu den älteren Menschen fahren, um diese mit den wichtigsten Lebensmitteln zu versorgen. Die Finanzierung solcher Dienste ist jedoch mit einer breiten Nachfrage verbunden. Bei alten Menschen, die solche Möglichkeiten nutzen, hat es in den letzten Jahren eine deutliche Verschiebung gegeben. Früher wurde noch die Generation 60+ als alt und als nicht mobil angesehen, heute entspricht die Bevölkerung über 80 jener Zielaltersgruppe, welche eingeschränkt ist und solche Angebote, wie den fahrenden Lebensmittelhändler in Anspruch nimmt. Durch die bessere gesundheitliche Verfassung sind immer häufiger auch Menschen im höheren Alter im Stande, mit dem Auto zum nächsten Geschäft zu fahren. Projekte, die Serviceleistungen wie Hauszustellungen durch Unternehmen (Nahversorger,...) beinhalten, werden von der NAFES nicht direkt gefördert.

Trotzdem könnten zukünftig die Dienstleistungen der mobilen Händler einen Aufschwung erleben. Ein hoher Anteil an Hochbetagten über 85 werden die mobilen Dienste in Anspruch nehmen.

Die NAFES steht der Einrichtung von „rollenden Läden“ skeptisch gegenüber, da die Kommunikationsmöglichkeit zwischen den Bürgern nicht so gut gegeben ist wie in den multifunktionalen Gemeindezentren. Die Grundversorgung sollte laut DI Alexandra Schlichting für die gesamte Bevölkerung anders sichergestellt werden. Die einzigen mobilen Dienste, die sich bewähren, sind die „fahrenden Bäcker“, die wiederum ältere Menschen in den Morgenstunden mit Backwaren versorgen. Diese

planen wie die anderen mobilen Dienste ihre Routen nach den Wohnstandorten der Personen im höheren Alter. Diese werden von der NAFES nicht subventioniert, sind aber aktuell für viele Menschen attraktiv, daher wirtschaftlich konkurrenzfähig und können somit überleben.

3.6.4 Das Konsumverhalten der privaten Haushalte – Veränderung in der Nachfrage

Eine Kategorisierung des Einkaufsverhaltens der Konsumenten ist schwierig vorzunehmen. Einer bestimmte Ware kann keiner bestimmten Konsumentengruppe zugewiesen werden.

Im Waldviertel ist die Nachfrage an Produkten oft noch traditionell geleitet. Die Waren werden nach den Interessen der verschiedenen Altersgruppen von den Großkonzernen ausgesucht und angeboten. Einerseits handelt es sich dabei um die junge Singlebevölkerung, für die bestimmte Verpackungsgrößen der Lebensmittel angeboten werden. Andererseits richtet sich der Markt mit bestimmten Produkten auch nach den Bedürfnissen der älteren Menschen (teils Alleinstehende). Jedoch haben hier einschlägige Produktbezeichnungen (Seniorenhandy, Seniorenbrot,...) oft eine negative Konnotation.

Nahversorgung ist laut Mag. Wolfgang Fuchs mit Öffnungszeiten verbunden, die einen großen zeitlichen Aufwand für die Betreiber bedeuten. Die Nachkommen der Inhaber von Nahversorgungsbetrieben wollen die Geschäfte nicht übernehmen. Daher ist der Erhalt des letzten Nahversorgers in den kleinen Gemeinden im Waldviertel mit vielen Problemen verbunden. NAFES verlangt bei der Förderung von Handelsbetrieben, dass der Erhalt des Geschäfts über eine längere Zeit gewährleistet werden kann.

3.6.5 Umgestaltungsmöglichkeiten der Handelsbetriebe

Die grundlegende Veränderung, die in den Projekten der NAFES vorgesehen ist, ist das Schaffen eines barrierefreien Zugangs für die ältere Bevölkerung in den Geschäften. Dies kann speziell in kleineren Gemeinden, aber auch in den Städten,

eine Herausforderung darstellen, da solche Adaptionen in den Lebensmittelläden aufgrund der baulichen Gegebenheiten oft schwer durchzuführen sind. So sind z.B. manche Häuser in der Innenstadt historisch bedeutsam und dementsprechend denkmalgeschützt. Die Finanzierung von Umbaumaßnahmen wird dann sehr bald zum Problem, im Angesicht einer dünnen Kapitaldecke der Betreiber. Obwohl es laut Vorschrift der neuen Bauordnung vorgesehen ist, ist das Errichten einer Rollstuhlrampe oder ähnlichen barrierefreien Vorhaben eine Herausforderung für den Betreiber.⁵²

Die NAFES hat keinen bestimmten Förderschwerpunkt in Bezug auf die Barrierefreiheit. Die Umbaumaßnahmen (Rollstuhlrampe,...) werden von der NAFES unterstützt, sofern diese im Projektplan des Gesamtvorhabens vor der Umsetzung niedergeschrieben worden sind.

Das Bundesland Niederösterreich hat überdimensional viele Handelsflächen. Die nächstgelegene Stadt ist Sitz vieler Handelsbetriebe. Jedoch gibt es auch im Waldviertel im Verhältnis zu der Zahl der bestehenden Konsumenten laut Mag. Wolfgang Fuchs zu viele Städte, die die Rolle eines zentralen Ortes einnehmen wollen. *„Mittel- oder langfristig werden sich gewisse Handelszentren etablieren... möglicherweise gibt es andere Städte, die eine Bezirksstadt ersetzen und beim Beispiel Waidhofen an der Thaya ergibt sich die Frage, in welcher Kategorie sie als Handelsstandort mitspielt. Ob dann nicht vielleicht Zwettl dieses Handelszentrum im Waldviertel wird und somit nicht jede Bezirksstadt im Waldviertel ein Top-Handelszentrum ist.“*⁵³

⁵² Interview mit Mag. Wolfgang Fuchs von der Wirtschaftskammer NÖ, 17.2.2012 in der Landesregierung in St. Pölten

⁵³ aus Interview mit Mag. Wolfgang Fuchs von der Wirtschaftskammer NÖ, 17.2.2012 in der Landesregierung in St. Pölten

4 FALLBEISPIELE GMÜND UND WAIDHOFEN AN DER THAYA

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den Herausforderungen durch den demographischen Wandel auf der Mikroebene. In einem empirischen Arbeitsteil werden die beiden Gemeinden Gmünd und Waidhofen an der Thaya präsentiert und analysiert, da diese ein gutes Fallbeispiel für den demographischen Wandel und seine Auswirkungen auf die Planung der sozialen Infrastruktur bilden. Es werden die Planungen und die Vorhaben in diesen Gemeinden und dem damit verbundenen Konfliktpotenzial aufgezeigt. Zuerst werden in Kapitel 4.1 die Akteure auf der Gemeindeebene und seitens der Landesplanung und deren Aufgaben vorgestellt. Weiters werden laufende Projekte in der Region „Nördliches Waldviertel“ und die Organisationen dahinter genannt.

Im Rahmen dieser empirischen Analyse wurden die beiden Gemeinden am 16.2.2012 und zweimal im Juli besucht. Außerdem wurden vor Ort vier Experten zur aktuellen Situation in den Gemeinden durch die Herausforderungen des demographischen Wandels befragt: zum einen der Bürgermeister von Gmünd, Otto Opelka, und der Leiter des Bauwesens Ing. Franz Höllrigl, zum anderen der Bürgermeister von Waidhofen an der Thaya, Kurt Strohmayer-Dangl und der Leiter des Bauwesens Gerhard Streicher.

4.1 Landes- und Gemeindeebene

Die Veränderung durch den demographischen Wandel bedeutet für viele Gemeinden in Zukunft eine noch stärkere Zusammenarbeit zwischen allen Betroffenen. Nur eine Kompromissbereitschaft und ein aktives gemeinsames Handeln der verschiedenen Akteure ermöglichen ein Bewältigen der Herausforderungen. Hier ist oft die Crux an der Sache, dass viele Beteiligte sich missverstanden oder gar benachteiligt fühlen. Dadurch entstehen Konflikte, die ein optimales Erreichen der vorgegebenen Ziele oft zu einem Ding der Unmöglichkeit machen.

Zu den betroffenen Akteuren zählen die Gemeinden (Gemeinderat, Bürgermeister,...), diverse Organisationen (Stadt- und Dorferneuerung, NAFES,

Bürgerinitiativen...) und natürlich das Bundesland mit der Gesetzgebung wieder. Ziel ist es, in einer gut funktionierenden Zusammenarbeit zwischen diesen Beteiligten, nachhaltig für die Region zu planen. Hierbei ist vor allem im ländlichen, peripheren Raum der Einbezug der Bevölkerung vorausgesetzt, da durch deren Einbringen von Ideen oft bessere Lösungsansätze entstehen.

Die Landesplanung nimmt einen entscheidenden Part in der Raumplanung ein. Das Land Niederösterreich steuert die Vorhaben der Gemeinden und finanziert diese mit, wenn auch oft sehr unterschiedlich. Neben der Steuerung der Projekte durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen ist es ebenso Aufgabe der Landesplanung, eine beratende Rolle für die Gemeinden auszuüben.

Die kommunale Ebene spielt in Österreich eine wichtige Rolle in der Planung von Projekten und bei der Umwidmung von Nutzungsflächen. Die Gemeinden haben gemeinsam mit den Ziviltechnikern den Auftrag, die Flächen in Zukunft nachhaltig so zu widmen, dass der optimale Gebrauch für jeden Einzelnen der Bevölkerung gegeben ist. Der Bürgermeister und der Gemeinderat beschließen die Vorhaben und versuchen diese unter Einhalten der gesetzlichen Rahmenbedingungen umzusetzen. Bei der Planung von Projekten und der Umwidmung von Flächen ist die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung wichtig. Die Gemeinden sind die Schnittstellen und die offene Tür für innovative Ideen und Meinungen, die von Seiten der Mitbürger eingebracht werden. Die Angestellten des Rathauses sind die ersten Ansprechpartner für die Einwohner.

Eine noch bedeutsamere Wirkung kommt den Bürgermeistern und Gemeindebediensteten der Bezirkshauptstädte zu, weil diese, neben der eigenen Stadt, das Verwalten der gesamten Gemeinden des Bezirks auf einer regionalen Ebene innehaben.

Es handelt sich bei beiden Fallbeispielen um Bezirkshauptstädte. Somit sind die Gemeinden bei der Raumplanung nicht nur Anlaufstellen für die Bevölkerung, sondern es muss auch eine optimale Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich aufgrund der Vorgabe durch das Raumordnungsgesetz und das Raumordnungskonzept bestehen.

In den Bezirksrathäusern gibt es neben dem Bürgermeister, der für allgemeine Entscheidungen der Raumplanung zuständig ist, auch Beschäftigte im Bereich der

Raumplanung und des Bauwesens. Diese fungieren als Berater und Unterstützer für den Bürgermeister, sind aber auch Anlaufstellen für Fragen aus der Bevölkerung.

4.2 Projekte im Waldviertel

Im Waldviertel gibt es aktuell einige Projekte, die den Rückgang der Bevölkerung stoppen sollen. Die Schaffung von neuen Wohnmöglichkeiten und die Ansiedelung neuer Betriebe stehen dabei im Vordergrund. Diese Vorhaben sollen für die beiden Bezirke Gmünd und Waidhofen an der Thaya Vorteile mit sich bringen.

4.2.1 „Wohnen im Waldviertel“

„Wohnen im Waldviertel“ ist eine Plattform im Internet, die die aktuellen Wohnprojekte auflistet und Wohnungen für Interessenten anbietet. Die Suche nach einem neuen Eigenheim, sei es ein Haus im Grünen oder eine attraktive Wohnung in einer der Städte, soll damit erleichtert werden. Auch Bauernhäuser können über diese Organisation angekauft oder gemietet werden.

Weiters hilft die Internetplattform beim Finden eines freien Jobs in der Region.

Nach dem Slogan: „Wohnen im Waldviertel – Wo das Leben neu beginnt“ sollen die Menschen in Zukunft nicht nur an Ferien und Freizeitangebote im Waldviertel denken, sondern an die Möglichkeit, dort eine Arbeit und ein neues Leben zu finden und die Lebensräume und die Lebensqualität zu genießen.⁵⁴

Aktuell umfasst die Initiative 51 Gemeinden, darunter auch Waidhofen an der Thaya. Der Projektstart war im Jahr 2009 und es konnten bisher einige Erfolge erreicht werden. *„Selbstverständlich lassen sich nicht alle Erfolgsmeldungen hinsichtlich positiver Bevölkerungsentwicklung und Wohnbau- bzw. Sanierungstätigkeiten 100% dem Projekt zuordnen. Aber sicher ist, dass sich die Imagepflege durch das Projekt bereits positiv auf die Region ausgewirkt hat“*, so Mag. Nina Sillipp (Wallenberger & Linhard Regionalberatung).⁵⁵

Durch dieses Angebot, bei dem die Zusammenarbeit der Mitglieder groß geschrieben wird, sollen zukünftig mehr Menschen für die Region gewonnen und zu Zuzügen bewegt werden.

⁵⁴ vgl. <http://www.wohnen-im-waldviertel.at>, Zugriff am 8.8.2012

⁵⁵ aus <http://www.wohnen-im-waldviertel.at/die-initiative/aktivitaeten-der-initiative.html>, Zugriff am 8.8.2012

4.2.2 „Standort: Aktiv“

„Standort: Aktiv interregional“ ist eine Initiative, die die Gemeinden des Waldviertels bei der gemeinsamen Vermarktung freier Gewerbeflächen unterstützt. Dabei versucht die Initiative, eine Fläche in guter Lage mit optimalen Voraussetzungen für Betriebsansiedelung oder Neugründung anzubieten. Die beiden Fallbeispielgemeinden Gmünd und Waidhofen an der Thaya sind ebenfalls in dieser Initiative als Wirtschaftsstandort aufgestellt.

Gmünd wirbt mit dem Slogan „Grenzenlose Vielfalt“ für seinen Industrie- und Gewerbepark, der grenzüberschreitend mit der tschechischen Republik errichtet wurde und viele freie Flächen für neue Betriebe anbietet.

Waidhofen an der Thaya versucht als „Einkaufsstadt – Wohnstadt – Bildungsstadt“ seine Wirtschaftsstandorte für die Errichtung von neuen Betrieben interessant zu machen.

Das Projekt wird von der Europäischen Union aus dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung, dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, ecoplus – der NÖ Wirtschaftagentur und dem Land Niederösterreich kofinanziert.⁵⁶

⁵⁶ <http://www.standort-aktiv.at>, Zugriff am 8.8.2012

4.2.3 „QuaLIST“

Die „QuaLIST“ ist eine Organisation, die versucht, kleine Orte in der Peripherie wiederzubeleben und zu stärken. Der Slogan dazu lautet „improving quality of life in small towns“. Die Projekte erstrecken sich über Gebiete in Tschechien, Deutschland und Österreich. Ansprechpartner für das nördliche Viertel Niederösterreichs ist der Verein Interkomm, der 2011 zu den Vorhaben den Bericht „Waldviertel Reloaded – Revitalisierungskonzept Waldviertel“ verfasste. Dabei soll es zu einer demographieorientierten Revitalisierung der Zentren von Kleinstädten kommen, wodurch in Zukunft Schrumpfungsprozesse in den Gemeinden verhindert werden sollen. Ziele der Organisation sind die Stärkung der Zentren und eine Funktionsteilung zwischen den Bezirksstädten und den Kleinstädten. Außerdem werden im Bereich der touristischen Angebote die Städte als bestimmte Themenorte präsentiert (z.B. Handwerksstadt, Kräuterdorf,...), um wieder mehr Menschen für die Region zu gewinnen. Hauptaugenmerk wird auf die Siedlungsprojekte gelegt. Es werden attraktive Projekte gestartet, wie die Verbindung von Wohnen & Arbeiten, Generationenwohnen oder Wohnen mit Betreuung. Es wird weiters mehr Wert auf die Wohnbauförderungsprogramme gelegt. Durch diese Angebote sollen mehr Menschen dazu bewogen werden, ihren Hauptwohnsitz künftig im Waldviertel zu haben. Die Interkomm verfolgt auch das Ziel, mehr Nähe zu den Bürgern zu erlangen.⁵⁷

„Im Rahmen des EU-kofinanzierten Projektes „QuaLIST“ beabsichtigt der Verein Interkomm Waldviertel, seine Mitgliedsgemeinden und damit das Waldviertel durch gezielte und professionelle Zusammenarbeit als Wohnstandort zu positionieren. Es geht demnach nicht um den interregionalen Wettbewerb, sondern um Zuzug von Außen und ein Verringern der Abwanderung und der durch die demografische Entwicklung verursachten Problemstellung.“⁵⁸

Die Miet- und Grundstückspreise im Waldviertel sind weit billiger als im Ballungsraum Wien und es gibt noch genug Möglichkeiten zum Wohnen. Sowohl kulturell, als auch mit den erholsamen Naturräumen will das Waldviertel punkten und mehr Menschen in die Region bringen. Der Slogan aus dem regionalen Leitbild Waldviertel lautet:

⁵⁷ vgl. Interkomm Waldviertel: „Waldviertel Reloaded“, S.9 ff.

⁵⁸ aus Interkomm Waldviertel: „Waldviertel Reloaded“, S.11

„Genügend Abstand zu den Großstädten, jedoch nah genug, um sie zu nutzen!“⁵⁹

Damit sollen die Wohnmöglichkeiten im Waldviertel besser positioniert werden.

Die Interkomm und die Projekte „QualIST“ arbeiten eng mit der Initiative „Wohnen im Waldviertel“ zusammen.

Die Projektthemen des Revitalisierungskonzepts sind eine demographieorientierte Innenstadtbelebung und Standortinformation bzw. -präsentation. Diese Vorhaben werden von CENTRAL EUROPE gefördert.

Eine wichtige Rolle spielt die Verkehrssituation im Waldviertel. Durch die oft großen Pendelstrecken der arbeitenden Bevölkerung ist eine Anbindung der Gemeinden an ein gut funktionierendes Verkehrsnetz Voraussetzung. Damit können die Menschen von einer Abwanderung aus der Region abgehalten werden. Folgende Strategien des Landesentwicklungskonzeptes Niederösterreich für die Hauptregion Waldviertel sollen die Gemeinden des nördlichen Waldviertels für die Zukunft in Punkto infrastrukturelle Anbindung verbessern⁶⁰:

⁵⁹ aus Amt der NÖ Landesregierung, w.i.N: Strategie Niederösterreich, Perspektiven für die Hauptregionen, S.43

⁶⁰ vgl. Projekt w.i.N – Strategie Niederösterreich, Perspektiven für die Hauptregion, St. Pölten 2005, S.45-46

Die beiden regionalen Entwicklungsachsen entlang der B4/B2 (Horner und Waldviertler Straße) und B37/B38 (Kremser und Böhmerwald Straße) sollen als Rückrat für das Waldviertel fungieren und als Verbindungsachsen zu den nahe gelegenen Großstädten Budweis, Wien und Linz und in den niederösterreichischen Zentralraum Krems - St.Pölten ausgebaut werden.

Die Erreichbarkeiten in den tschechischen Raum sollen grenzüberschreitend verbessert werden.

Weiters ist der Ausbau der Verbindungsstraße Zwettl-Vitis (B36 - Zwettler Straße) für den Raum Gmünd und Waidhofen an der Thaya von großer Bedeutung, weil somit der Anschluss nach Zwettl und in den Donauraum verbessert wird.

Außerdem sollen im Bereich des öffentlichen Verkehrs die bestehenden Busverbindungen im Raum nördliches Waldviertel aufrechterhalten und womöglich ausgebaut werden.

Überregional ist die Funktionalität der Franz-Josefs-Bahn zu erweitern, damit ein geringerer Zeitaufwand für die Fahrt in die Ballungszentren aufgewendet werden muss.⁶¹

„Die Versorgung mit bedarfsorientierten öffentlichen Verkehrsmitteln soll sichergestellt werden. Vor allem in den besonders dünn besiedelten und abgelegenen Gebieten des Waldviertels sind kostengünstige und attraktive Angebote an öffentlichen Verkehr (Busse, Anrufsammeltaxis etc.) sowie alternative Lösungen (Fahrgemeinschaften) zu entwickeln.

Durch den Ausbau bzw. die Wiedererrichtung von Verkehrslinien nach Engerwitzdorf – Freistadt – Wulowitz) in Richtung Linz sind längerfristige Verbesserungen für das nördliche Waldviertel zu erwarten.“⁶²

Für Waidhofen an der Thaya bringt die B2-Umfahrung Stögersbach und der Ausbau der Straßenverbindungen nach Tschechien in den Norden eine infrastrukturelle Verbesserung.

⁶¹ vgl. Interkomm Waldviertel: „Waldviertel Reloaded“, S.60

⁶² aus Interkomm Waldviertel: „Waldviertel Reloaded“, S.60

4.3 Fallbeispiel: Gmünd

Gmünd ist der nordwestlichste Bezirk in Niederösterreich. Er hat eine Gesamteinwohnerzahl von 37939 Einwohnern⁶³ und eine Fläche von 786,24 km².⁶⁴

Der Bezirk hat 21 Gemeinden (Amaliendorf-Aalfang, Brand-Nagelberg, Eggern, Eisgarn, Gmünd, Großdietmanns, Bad Großpertholz, Großschönau, Moorbad Harbach, Haugschlag, Heidenreichstein, Hirschbach, Hoheneich, Kirchberg am Walde, Litschau, Reingers, Sankt Martin, Schrems, Unserfrau-Altweitra, Waldenstein, Weitra). Die geographische Länge der zentral gelegenen Bezirkshauptstadt Gmünd ist 48° 46' N und die geographische Breite ist 14° 59' O.

Die Stadt Gmünd hat 5469 Einwohner.⁶⁵

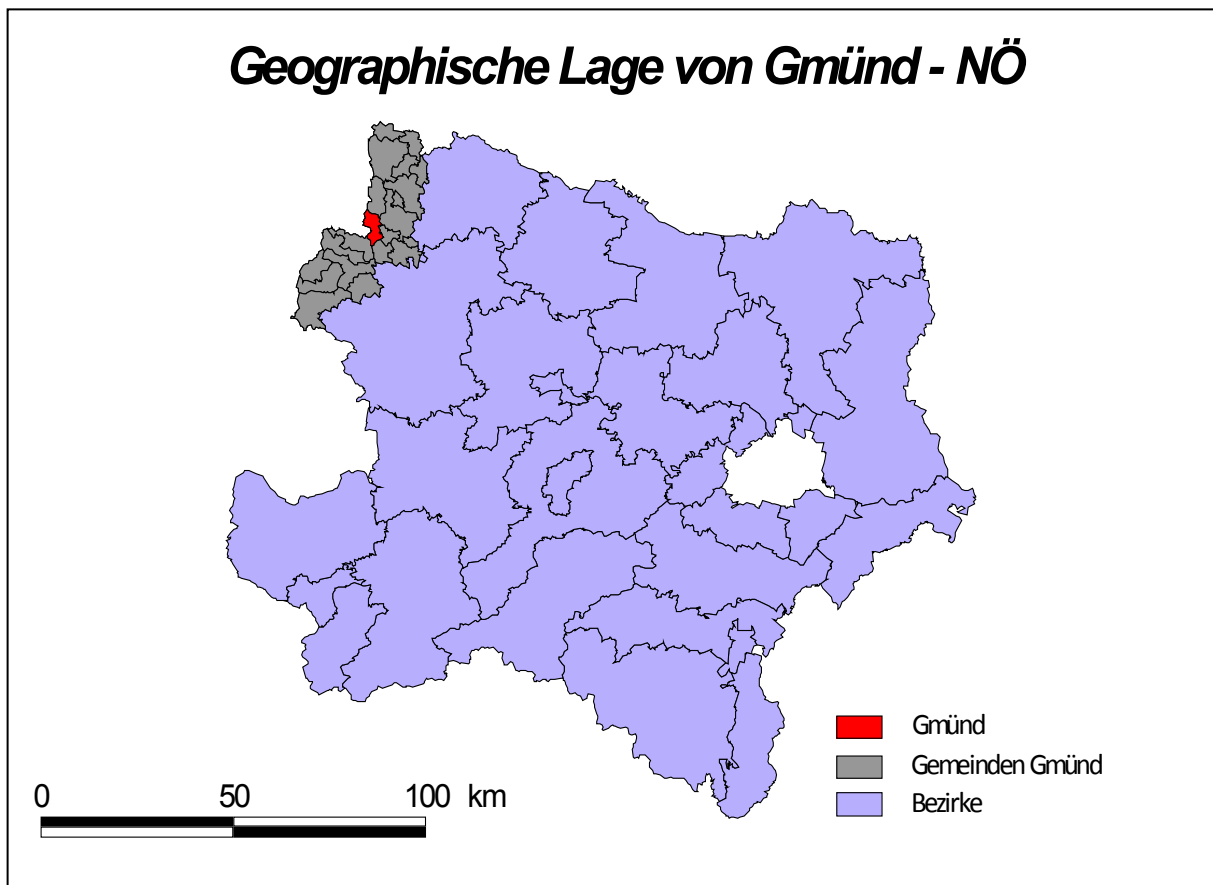


Abb. 10: Geographische Lage von Gmünd – NÖ,
eigener Entwurf

⁶³ laut Statistik Austria: Wohnbevölkerung 2011

⁶⁴ aus http://de.wikipedia.org/wiki/Bezirk_Gmünd, Zugriff am 10.5.2012

⁶⁵ laut Statistik Austria: Wohnbevölkerung 2011

4.3.1 Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur

Die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre bringt für die Gemeinde einiges an Herausforderungen mit sich. Wie im gesamten Waldviertel ist ein stetiger Rückgang der Bevölkerung zu verzeichnen. Abbildung 10 zeigt die Veränderungen von 1890 bis heute. Dazu wurde eine Indexberechnung der Einwohner des Bezirkes Gmünd vorgenommen. Ausgangspunkt ist das Jahr 1890 mit einem Indexwert von 100. Damals lebten 49004 Einwohner im nordwestlichsten Bezirk des Landes Niederösterreich. Die Bevölkerungszahl erreichte 1910 ihren Höhepunkt mit einem Index von 108. Danach ging die Einwohnerzahl mit Ausnahme eines kurzen Anstieges (Baby-Boom) im Jahr 1951 konstant zurück.

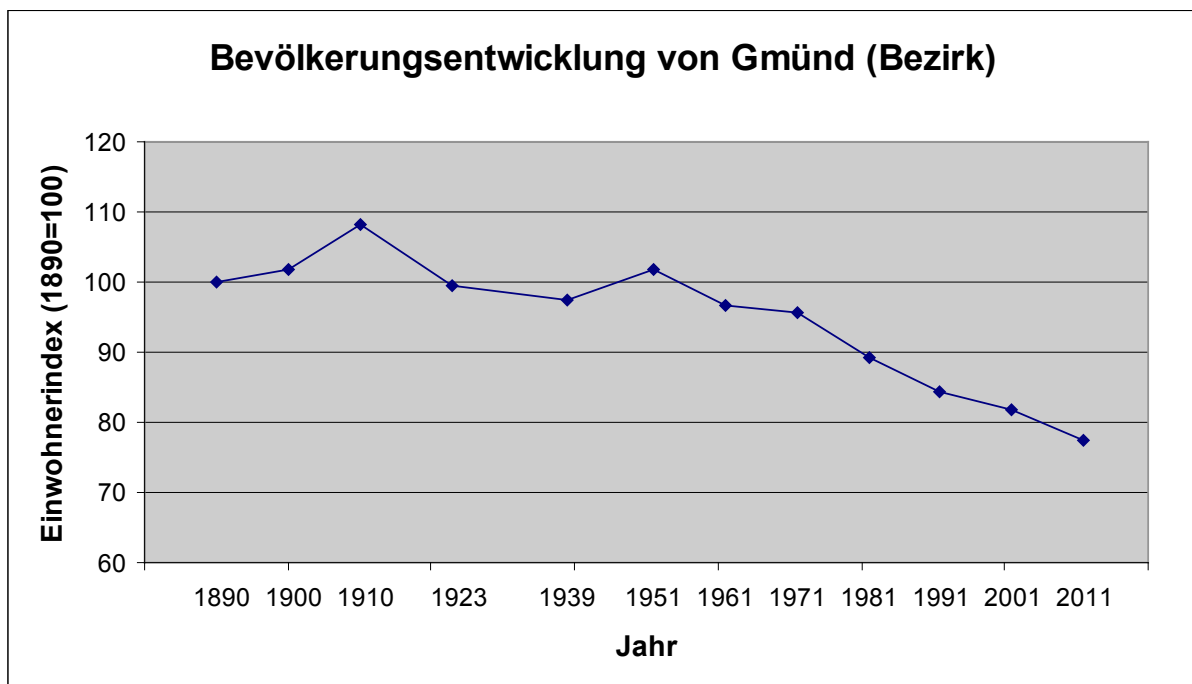


Abb. 11: Bevölkerungsentwicklung von Gmünd (Bezirk) von 1890 bis 2011, eigener Entwurf
Quelle Statistik Austria

Dies bedeutet für die Gemeinde aufgrund der demographischen Alterung der Bevölkerung einige Veränderungen in der Altersstruktur, die in Zukunft nachhaltig gesteuert werden müssen. Ein entscheidender Ansatz könnte der Versuch, die Einwohner in der Region zu halten, sein. Viele, vor allem arbeitende Menschen pendeln aktuell aus der Gemeinde in die Ballungsräume.

Momentan ist der Indexwert, gemessen am Grundwert von 1890, auf 78 gefallen und es ist für die Zukunft ein weiteres Sinken zu befürchten, da die Bevölkerungsentwicklungen seit 1971 dies erwarten lassen.

Alterstruktur der Gemeinden des Bezirkes Gmünd 2011 (in Prozent)

Gemeinden	Jahre		
	0 bis 14	15 bis 64	65+
Amaliendorf-Aalfang	13,0	63,9	23,1
Brand-Nagelberg	10,8	62,5	26,7
Eggern	16,7	61,6	21,6
Eisgarn	14,5	61,3	24,1
Gmünd	11,5	64,2	24,3
Großdietmanns	12,7	68,7	18,6
Bad Großpertholz	11,8	64,9	23,4
Großschönau	16,2	66,6	17,2
Moorbad Harbach	16,8	64,5	18,7
Haugschlag	14,7	61,1	24,2
Heidenreichstein	11,2	61,9	26,9
Hirschbach	13,8	67,1	19,1
Hoheneich	13,1	65,4	21,4
Kirchberg am Walde	14,6	64,2	21,2
Litschau	10,1	64,0	25,9
Reingers	14,4	66,0	19,5
Sankt Martin	13,2	65,6	21,3
Schrems	13,2	64,7	22,0
Unserfrau-Altweitra	15,8	65,7	18,5
Waldenstein	16,8	66,8	16,4
Weitra	13,9	60,6	25,5

Tab. 7: Altersstruktur der Gemeinden des Bezirkes
Gmünd 2011 in Prozent, eigener Berechnung
Quelle: Statistik Austria

Tabelle 7 zeigt die Altersstruktur in den Gemeinden des Bezirkes Gmünd. Allgemein ist zu erkennen, dass die Anteile der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren Werte zwischen 60 und 70 Prozent einnehmen.

Der Anteil der betagten Menschen über 65 Jahre wird in den nächsten Jahrzehnten über 30 Prozent ausmachen. Gemeinsam mit den unter 15 Jährigen ist bei der

Abhängigkeitsquote⁶⁶ mit einem Indexwert von fast 50 zu rechnen. D.h., dass rund 50 Prozent der Gesamtbevölkerung im nicht erwerbsfähigen Alter ist.

Räumlich betrachtet ist keine Tendenz zu erkennen, da sich die Anteile weder in den Städten, noch in den Kleingemeinden deutlich vom Durchschnitt abheben. Es sind regionale Unterschiede beim Vergleich mit den Zahlen der Ballungsräume zu erkennen, da dort die Überalterung zumeist nicht so fortgeschritten ist.

⁶⁶ Index bezieht die noch nicht (unter 15-Jährige) bzw. die nicht mehr erwerbsfähige Bevölkerung (über 65-Jährige) auf die erwerbsfähige Bevölkerung (15-64-Jährige); aus Grundzüge der Bevölkerungsgeographie, S. 46

4.3.2 Abwanderungsproblematik in Gmünd

Die Gemeinde Gmünd ist vom demographischen Wandel insofern betroffen, als dass es zu einer stetigen Abwanderung aus der gesamten Region in die großen Städte wie Wien oder Linz kommt. Der Bezirk ist keine Hauptdestination des Tagespendelns und daher siedelt sich die arbeitende Bevölkerung zumeist in den Städten der Ballungsräume an. Diese Abwanderungsproblematik hängt mit der Infrastruktur zusammen. Die Distanzen bedeuten hier bis zu zwei Stunden Pendeln, was für einen Erwerbstätigen zumeist uninteressant ist.

Vor allem die jungen Menschen gehen in die größeren Städte, um ihre Ausbildung dort zu genießen. Nach Beendigung der Lehre oder des Studiums bleiben diese oft am Ausbildungsstandort und verweigern eine Rückkehr in das periphere Gmünd, aufgrund der Arbeitsplatzvielfalt in den Ballungsräumen. In Verbindung mit der Abwanderung der Erwerbstätigen und der fehlenden Arbeitsplätze vor Ort mit der damit einhergehenden Pendlerproblematik hat Gmünd gemeinsam mit den anderen Städten im Waldviertel eine der höchsten Arbeitslosigkeitsquoten.

Gmünd ist als Stadt wirtschaftlich stark, auf Bezirksebene aufgrund der peripheren Lage zu den Ballungsräumen Niederösterreichs, eher schwach, da weder das Kaufkraftpotenzial sehr hoch ist, noch Agglomerationsvorteile bestehen. Die Gemeinden des Bezirkes Gmünd bieten, abgesehen von der Stadtgemeinde Gmünd und Schrems, bis auf kleine Handelsbetriebe wirtschaftlich sehr wenig und konzentrieren sich primär auf landwirtschaftliche Tätigkeiten.

Die Nachbargemeinden naschen alle am „Speckgürtel“ der Stadt Gmünd mit, dies durch Anfragen um Finanzierungen von Seiten der Stadt bei Wohnförderungsprojekten oder beim Pendeln, da sich die Arbeitsplätze hauptsächlich in Gmünd befinden. Die Bevölkerung in den angrenzenden Kommunen nutzt die gesamten Vorteile am Land (billigere Baugründe, Erholung,...) und genießt trotzdem die Möglichkeiten einer Stadt. Dies ist aber bei den fehlenden Arbeitsplätzen und der teils schlechten Anbindung an die Stadtgemeinde nicht für jeden auf Dauer die optimale Lösung.

The map illustrates the spatial organization of the Gmund area, highlighting various land use zones and infrastructure. Key features include:

- Residential Areas:** Gmund, Tschachen, and Ehrendorf.
- Industrial Areas:** ACCESS Industrial Park Austria GmbH Gmund.
- Environmental Features:** Natura 2000 sites, various reserves (e.g., Baulandreserven, Grünlandreserven), and green spaces.
- Infrastructure:** Roads, railways, and water bodies.
- Planning Annotations:** Numerous text boxes and lines pointing to specific locations, providing a comprehensive overview of the urban landscape and its planning considerations.

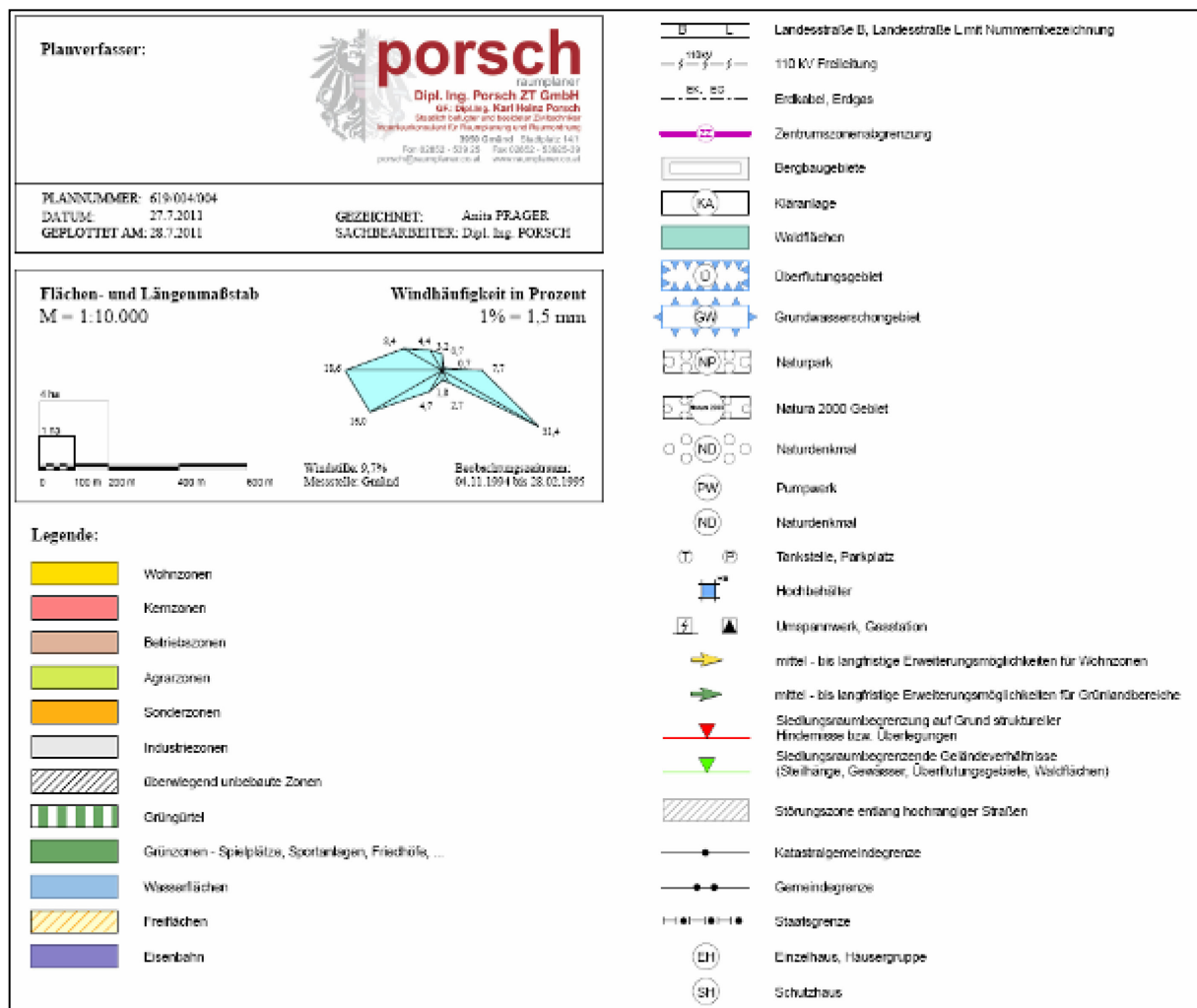


Abb.12: Ausschnitt aus dem örtlichen Entwicklungskonzept der Stadtgemeinde Gmünd und Legende 2011, wirtschaftliche Betriebsansiedlung und soziale Infrastruktur
Quelle: Dipl. Ing. Porsch ZT GmbH;
bearbeitet von Dominik Karas

4.3.3 Planung der sozialen Infrastruktur

Bei der Planung der sozialen Infrastruktur aufgrund der Auswirkungen des demographischen Wandels ist das nachhaltige Vorhandensein von Pflegeeinrichtungen und Wohneinrichtungen für die ältere Bevölkerung vorausgesetzt. Aktuell befinden sich in Weitra und Schrems, den zwei größeren Nachbargemeinden der Bezirkshauptstadt, Altersheime und in Gmünd direkt gibt es Betreutes Wohnen. Diese Form des Wohnens soll in den nächsten Jahrzehnten weiter ausgebaut werden, da dieses Angebot immer stärker genutzt wird. Beim Erweitern der Möglichkeiten des Betreuten Wohnens setzen sich neben der Stadt Organisationen wie die Caritas oder die Volkshilfe ein, um diese Altersgruppe optimal zu unterstützen.

Betreutes Wohnen in der Stadtgemeinde Gmünd:

Wie aus Abbildung 12 zu entnehmen ist, gibt es in Gmünd ein betreutes Seniorenwohnhaus, das sich direkt neben dem Krankenhaus befindet. Diese Einrichtung ist ausschließlich für die ältere Bevölkerung vorgesehen und ist aufgrund der unmittelbaren Nähe zum Spital der optimale Standort für eine, falls notwendig, rasche Versorgung der Bewohner. Die Wohnungen sind jedoch verhältnismäßig teuer und aufgrund ihrer Größe von durchschnittlich 45 m² eher für Einpersonenhaushalte geeignet, vermitteln aber der alten Generation eine gewisse Selbständigkeit und Unabhängigkeit.⁶⁷

Landespflegeheim Schrems und Weitra:

Das **LPH Schrems** wurde im Jahr 2000 an den aktuellen Standort übersiedelt und befindet sich in der Nähe des Hauptplatzes. Träger des Projektes ist das Land Niederösterreich. Nicht weit entfernt vom „Moorbadheim – Haus der Bewegung“, wie

⁶⁷ vgl.

<http://gmuend.riskommunal.net/system/web/sonderseite.aspx?menuonr=219264934&detailonr=219264934>, Zugriff am 5.9.2012

es noch genannt wird, befindet sich ein Naherholungsgebiet, das oft für Ausflüge genutzt wird.

Das Haus beinhaltet zwei Stationen mit je 14 Einzelbettzimmern und 13 Zweibettzimmern, was in Summe eine Anzahl von 80 Betten bedeutet. Das Landespflegeheim ist für die Besucher alters- und behindertengerecht ausgestattet und bietet mit all seinen Angeboten einen wohnlichen und angenehmen Ersatz für das eigentliche Zuhause.

Das Angebot umfasst neben den Pflegediensten auch eine Kapelle und das Moorbad-Cafe, welches als Kommunikationszentrum für die Gäste dienen soll.

Das Landespflegeheim stellt sich aktiv auf die demographische Veränderungen durch eine rasche Zunahme der ältere Bevölkerung ein, indem ein neues Leistungsangebot innovativ und ressourcengerecht für die Zukunft eingesetzt wird.⁶⁸

„Unser Haus ist ein Ort der Begegnung für Jung und Alt, an dem wir Menschen mit Respekt und Aufrichtigkeit unabhängig von Herkunft Weltanschauung und sozialem Status begegnen.“⁶⁹

Das **LPH Weitra** wurde im Jahr 1993 errichtet und es liegt in der Nähe des Bahnhofes. Es bietet die Möglichkeit für schöne Spaziergänge und Rollstuhlausfahrten. Das Heim hat in Summe drei Pflegestationen, was eine Gesamtbettenzahl von 109 bedeutet (47 Einzelbettzimmer, 22 Zweibettzimmer, 6 Dreibettzimmer). Diese sind in drei Stockwerke aufgeteilt.

Für die Bewohner des Heimes gibt es ein vielfältiges Pflegeangebot. Weiters gibt es in jeder Station einen größeren Aufenthaltsraum. Außerdem besteht im Wintergarten die Möglichkeit zur Kommunikation.

Finanziert wurde dieses Projekt wiederum vom Land Niederösterreich.⁷⁰

Der Slogan des Landespflegeheims lautet: *„Dem Leben nicht nur Jahre hinzufügen, sondern diese Jahre auch mit Leben zu erfüllen!“⁷¹*

⁶⁸ vgl. <http://www.lph-schrems.at/>, Zugriff am 4.9.2012

⁶⁹ aus <http://www.lph-schrems.at/>, Zugriff am 4.9.2012

⁷⁰ vgl. <http://www.lph-weitra.at/>, Zugriff am 4.9.2012

⁷¹ aus <http://www.lph-weitra.at/>, Zugriff am 4.9.2012

4.3.4 Betriebsansiedelung – Eine Chance für Gmünd

Die großen Betriebe werden eher in den Ballungsräumen errichtet, da hier Agglomerationsvorteile erzielt werden. Trotzdem versucht die Stadtgemeinde Gmünd mittels neuer Projekte wie dem ACCESS Industrial Park, eine wirtschaftliche Stärkung zu erzielen. Jedoch ist die fehlende Infrastruktur oft ein Problem.

Die Möglichkeiten eines Vertriebes durch die Bahn sind als gering anzusehen. Daher appelliert Bürgermeister Opelka an die Politik, die Franz-Josefs-Bahn mit einem zweiten Gleis auszustatten um aus betrieblicher Sicht eine bessere Erreichbarkeit der Stadt zu sichern.

„Irgendwo wird ein Gut produziert und irgendwo in Europa kommt es zum Konsumenten, dazwischen ist der Umschlag. Ist das nicht egal, ob das im Ballungsraum Wien steht oder in Gmünd. Da wird das Gut einmal auf die Schiene umgeladen und verführt. Wo ist da der Nachteil. Aber das Land Niederösterreich und die Politik will das nicht und daher wird es auch nicht so durchgeführt. Der Mensch muss pendeln, anstatt dass das Gut auf der Schiene diesen Weg zurücklegt. Warum wird der Mensch nicht zuhause gelassen und ihm somit eine Existenzmöglichkeit für seine Familie gegeben. Die Gemeinde kann dieses Problem jedoch nicht aus eigener Kraft lösen.“⁷² So die Kritik von Bürgermeister Opelka an die Politik, die er in seinem Interview ganz klar anbrachte.

Die Betriebsgebiete in Gmünd müssen daher in Zukunft an ein hochrangiges Verkehrsnetz angebunden werden, bzw. von der bestehenden Bahnverbindung zumindest erreicht werden.

ACCESS Industrial Park:

Mit dem ACCESS Industrial Park wurde ein großes Projekt gestartet, das sowohl neue, wichtige Arbeitsplätze bringt, als auch die Stadtgemeinde Gmünd wirtschaftlich stärkt.

⁷² Otto Opelka aus dem Interview in Gmünd am 16.2.2012

Diese Betriebsansiedelung ist der erste Wirtschaftsstandort in Europa, der sich sowohl räumlich als auch organisatorisch über zwei Länder (Österreich und Tschechien) erstreckt.

Die geographische Lage des Industrieparks ist als Mittelpunkt zwischen den Ballungszentren Wien, Linz und Budweis anzusehen.

Das Konzept des Wirtschaftsparks „...ermöglicht erstmals die Verbindung spezifischer Vorteile unterschiedlicher Wirtschaftsregionen an einem Standort. Der Wirtschaftspark vereint niedrige Lohnkosten, eine moderne Infrastruktur westlichen Standards, ein umfassendes Angebot an Service- und Beratungsleistungen sowie Rechtssicherheit, politische und soziale Stabilität. Durch das einzigartige Konzept bietet dieser Standort neben anderen Vorteilen, die Möglichkeit einer grenzüberschreitenden Ansiedlung über die EU-Außengrenze hinaus (vereinfachtes Zollverfahren sowie Gütertransporte und Personenverkehr über einen Zollnebenweg außerhalb des öffentlichen Grenzüberganges). Hierfür sind angrenzende Grundstücke auf österreichischer und tschechischer Seite reserviert.“⁷³

Das gesamte Betriebsgelände umfasst eine Fläche von 83 ha (Österreich: 33 ha und Tschechien: 50 ha). Es umfasst qualitative Grundstücke für eine optimale Betriebsansiedelung und ein integriertes Gründer- und Beratungszentrum, welches Informationen und Betreuungsleistungen anbietet.

Die Vorteile eines solchen grenzüberschreitenden Konzepts sind der Zugang zu zwei Beschaffungs- und Absatzmärkten und eine Vielzahl an qualifizierten Arbeitskräften, die noch dazu sehr kostengünstig sind. Weiters besteht die Möglichkeit des Grenzübertrittes am eigenen Gelände, der das Hin- und Herbefördern der Waren problemlos und „grenzenlos“ ermöglicht.

Eine Betriebsansiedelung im österreichischen Teil des Wirtschaftsparks bringt für den Erwerber einen kostengünstigen Standort, der wirtschaftlich stabil ist.

Für die Ansiedler im tschechischen Teil des Industrial Parks ergibt sich ein unproblematischer, rascher Erwerb einer Betriebsfläche mit einer sehr guten Beratung in Fragen bezüglich der Rechtsicherheit und der Wirtschaft.⁷⁴

⁷³ aus <http://gmuend.riskommunal.net>, Zugriff am 4.9.2012

⁷⁴ vgl. <http://www.access.co.at>, Zugriff am 5.9.2012

Es gibt im ACCESS Industrial Park Betriebe, die beiderseits der Staatsgrenzen angesiedelt sind. Diese arbeitsteilige Form einer Betriebsführung bringt viele Vorteile für beide Österreich und Tschechien.⁷⁵

Betriebe im ACCESS INDUSTRIAL PARK Gmünd/ České Velenice



Abb. 13: Plan der Betriebsansiedlung im ACCESS INDUSTRIAL PARK Gmünd
Quelle: <http://www.access.co.at/businesspark.php>, Zugriff am 3.9.2012

In Abbildung 13 ist die genaue Aufteilung der Betriebe im ACCESS Wirtschaftspark zu sehen. Im nördlichen Teil befinden sich die Wirtschaftsstandorte der Stadtgemeinde Gmünd und im südlichen, größeren Teil sind die Betriebsflächen von České Velenice. Die wichtigsten Betriebe des Industrieparks sind Bioma Energie AG (1), das Fahrsicherheitszentrum GmbH (2) und euromicron NBG Fiber Optics GmbH (3) auf der Seite der Stadt Gmünd. Auf der tschechischen Seite sind Magna Cartech

⁷⁵ vgl. <http://www.access.co.at/ueberuns.php>, Zugriff am 5.9.2012

s.r.o. (4), Linasa Bohemia s.r.o. (5) zu nennen. Mit MARS Greiftechnik GmbH (6) und Strojirensky podnik MARS k.s. (7) arbeitet eine Firma bereits grenzüberschreitend.⁷⁶

Durch die neuen Möglichkeiten der Betriebsansiedelung im ACCESS Industrial Park bekommt die Stadtgemeinde Gmünd mehr Arbeitsplätze. Somit erhofft man sich mehr Einwohner in der Region. Die Betriebe können vor allem die junge Bevölkerung ausbilden. Mit einer Vielzahl an neuen jungen qualifizierten Mitarbeitern könnte die demographische Alterung zumindest gestoppt werden, da es zu einer prozentuellen Umverteilung der Altersgruppen kommt.

IG Gmünd

Auf der kommunalen Ebene gibt es weitere Organisationen, meist Bürgerinitiativen, die sich für die Wünsche der Einwohner einsetzen. Diese versuchen mit dem Bürgermeister und den Gemeindebediensteten zu kooperieren.

In Gmünd gibt es beispielsweise die IG Gmünd. Die Interessensgemeinschaft ist eine Vereinigung von Gewerbebetreibenden, die sich im Jahr 1995 in der Bezirkshauptstadt zusammenschloss. Damals traten fast alle Betriebe dieser Organisation bei. Aktuell hat die Gemeinschaft 70 Mitglieder.

Das Ziel der IG ist es, die Interessen der Händler zu vertreten und gemeinsame Marketingstrategien zu verfolgen. Dies soll anhand von Veranstaltungen erreicht werden.

„Somit kann man ohne weiteres behaupten, dass die Einkaufsstadt Gmünd mit ihren zahlreichen Fachgeschäften den Slogan "Die grenzenlose Vielfalt" verdient. Die Stärke der Einkaufsstadt liegt darin, ein breitgefächertes Sortiment anbieten zu können und durch die kleinen Strukturen die vielgeschätzte Nähe zum Kunden zu bewahren, ohne in die Anonymität einer Großstadt zu fallen.“⁷⁷

⁷⁶ vgl. <http://www.access.co.at/businesspark.php>, Zugriff am 5.9.2012

⁷⁷ aus Homepage von Gmünd:

<http://www.gmuend.at/system/web/sonderseite.aspx?menuonr=219353908&detailonr=219353908>,
Zugriff am 18.3.2012

4.4 Fallbeispiel Waidhofen an der Thaya

Waidhofen an der Thaya ist eine Bezirkshauptstadt im Nordwesten von Niederösterreich. Der Bezirk umfasst 15 Gemeinden (Dietmanns, Doberberg, Gastern, Groß-Siegharts, Karlstein an der Thaya, Kautzen, Ludweis-Aigen, Pfaffenschlag bei Waidhofen an der Thaya, Raabs an der Thaya, Thaya, Vitis, Waidhofen an der Thaya, Waidhofen an der Thaya-Land, Waldkirchen an der Thaya und Windigsteig). Der Bezirk hat 26.917 Einwohner ⁷⁸ und hat eine Gesamtfläche von 669,14 km². ⁷⁹ Die geographische Länge der Bezirkshauptstadt ist 48° 49' N und die geographische Breite beträgt 15° 17' O. ⁸⁰

Die Stadt Waidhofen an der Thaya hat 5693 Einwohner ⁸¹

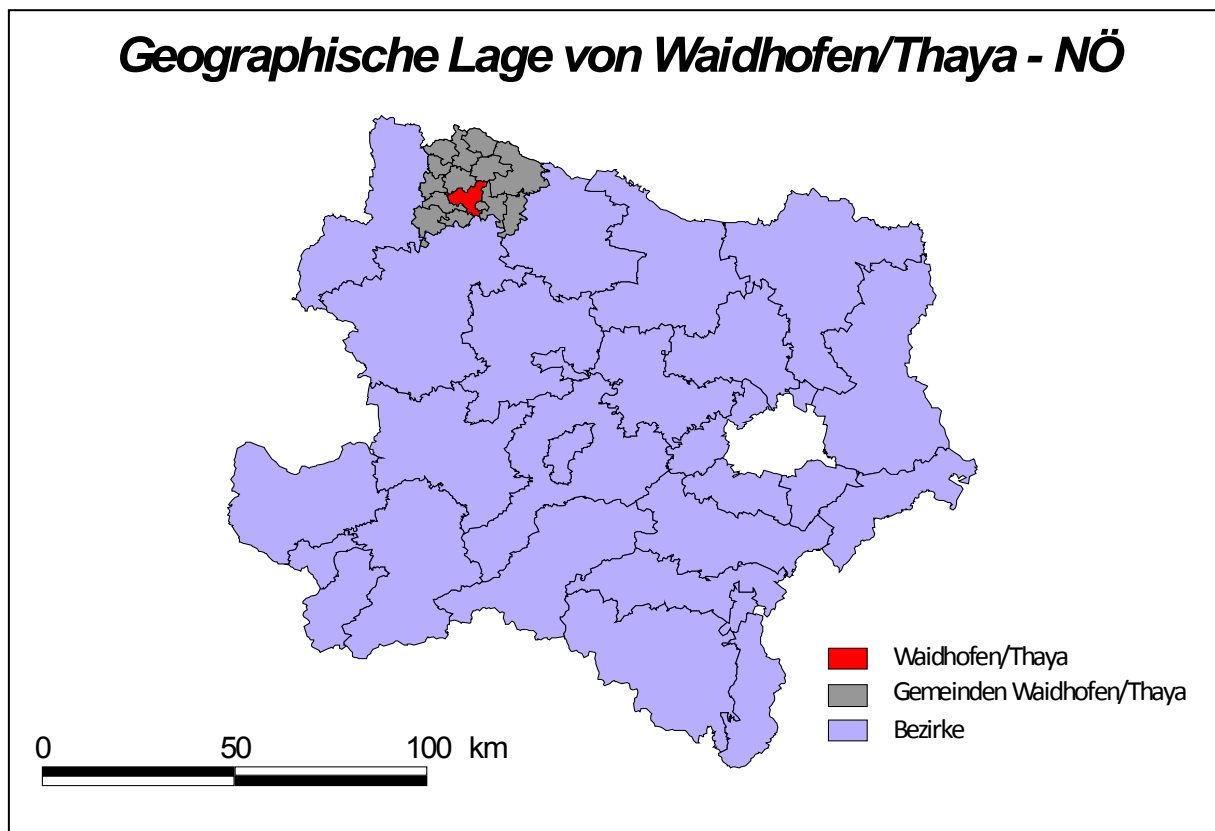


Abb. 14: Geographische Lage von Waidhofen an der Thaya – NÖ, eigener Entwurf

⁷⁸ laut Statistik Austria: Wohnbevölkerung 2011

⁷⁹ aus http://de.wikipedia.org/wiki/Waidhofen_an_der_Thaya, Zugriff am 9.5.2012

⁸⁰ aus http://de.wikipedia.org/wiki/Waidhofen_an_der_Thaya, Zugriff am 9.5.2012

⁸¹ laut Statistik Austria: Wohnbevölkerung 2011

4.4.1 Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur

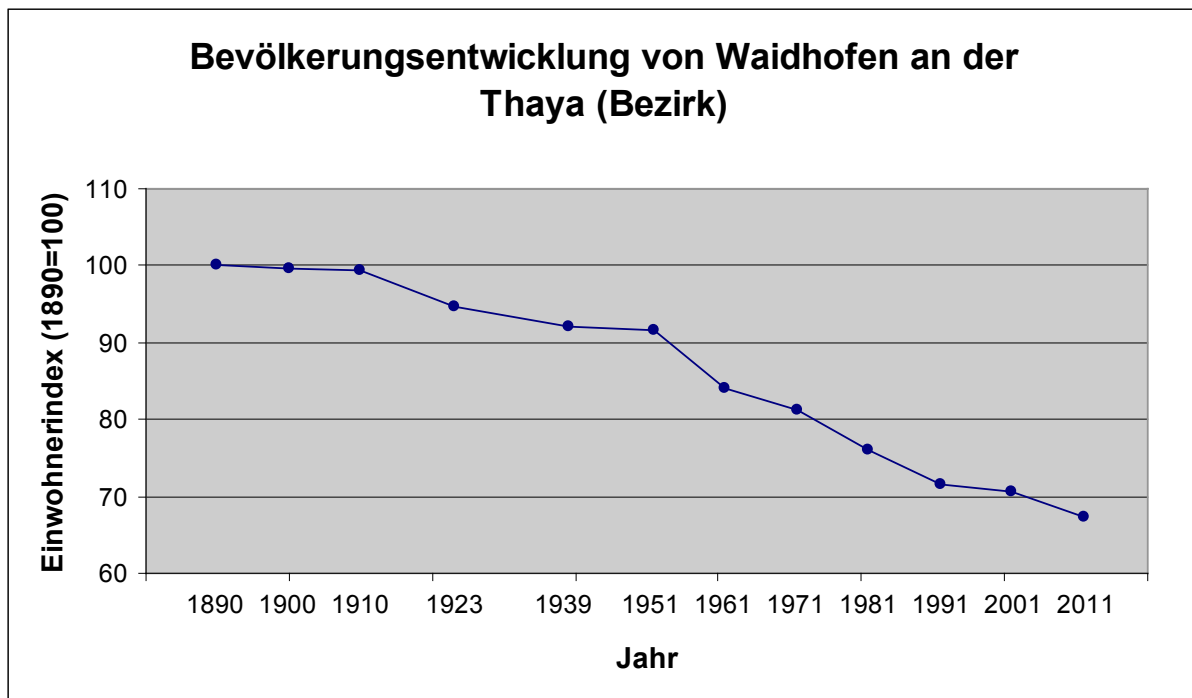


Abb. 15: Bevölkerungsentwicklung von Waidhofen an der Thaya (Bezirk)
von 1890 bis 2011, eigener Entwurf
Quelle Statistik Austria

Die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre bringt für Waidhofen an der Thaya einiges an Herausforderungen mit sich. Ähnlich wie im gesamten Waldviertel und in Gmünd ist ein stetiger Rückgang der Bevölkerung zu verzeichnen. Abbildung 12 stellt die Veränderungen von 1890 bis heute dar. 1890 lebten 39952 Einwohner im Bezirk. Diese Bevölkerungszahl war zugleich der Höhepunkt, danach ging die Einwohnerzahl stetig zurück. In der Nachkriegszeit bis 1951 stagnierte der Einwohnerindex kurz bei rund 92. Anschließend fiel dieser rapide ab und steht aktuell, gemessen am Grundwert von 1890, bei 67.

Alterstruktur der Gemeinden des Bezirkes Waidhofen an der Thaya 2011 in Prozent

Gemeinden	Jahre		
	0 bis 14	15 bis 64	65+
Dietmanns	9,7	66,4	23,9
Dobersberg	14,8	65,5	19,8
Gastern	13,9	66,2	19,9
Groß-Siegharts	13,0	66,5	20,5
Karlstein an der Thaya	15,1	63,5	21,4
Kautzen	12,4	63,5	24,1
Ludweis-Aigen	13,9	60,4	25,7
Pfaffenschlag bei Waidhofen an der Thaya	15,5	65,3	19,2
Raabs an der Thaya	9,8	61,5	28,7
Thaya	13,2	66,3	20,5
Vitis	15,2	66,2	18,6
Waidhofen an der Thaya	13,5	65,5	21,0
Waidhofen an der Thaya-Land	15,3	69,4	15,3
Waldkirchen an der Thaya	9,1	61,7	29,2
Windigsteig	12,8	65,6	21,7

Tab. 8: Altersstruktur der Gemeinden des Bezirkes Waidhofen an der Thaya 2011 in Prozent, eigene Berechnung
Quelle: Statistik Austria

Tabelle 8 stellt die Altersstruktur in den Gemeinden des Bezirkes Waidhofen an der Thaya dar. Generell ist zu sehen, dass die Werte der erwerbsfähigen Einwohner zwischen 15 und 65 Jahren, wie in Gmünd, einen Anteil zwischen 60 und 70 Prozent einnehmen.

Der Anteil der betagten Menschen über 65 Jahre wird in den nächsten Jahrzehnten über 30 Prozent ausmachen. Gemeinsam mit dem Anteil der unter 15 Jährigen ist auch im Bezirk Waidhofen an der Thaya der Indexwert der Abhängigkeitsquote bei fast 50. Die Gemeinde Waldkirchen an der Thaya ist mit 29,4 Prozent bereits nahe an die prognostizierten 30 Prozent der über 65 Jährigen herangekommen.

In einigen Gemeinden ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 10 Prozent, da die Fertilitätsrate in den letzten Jahren stetig zurückgegangen ist.

Räumlich betrachtet ist keine Tendenz zu erkennen, da sich im Bezirk Waidhofen an der Thaya die Anteile der Altersgruppen weder in den Städten, noch in den Kleingemeinden deutlich vom Durchschnitt abheben. Es sind regionale Unterschiede beim Vergleich mit den Zahlen der Ballungsräume zu erkennen, da dort die Überalterung zumeist nicht so fortgeschritten ist. Dies bestätigt die Assimilation in den nordöstlichen Bezirken des Waldviertels (Fallbeispiele).

4.4.2 Ansiedlung von wirtschaftlichen Betrieben

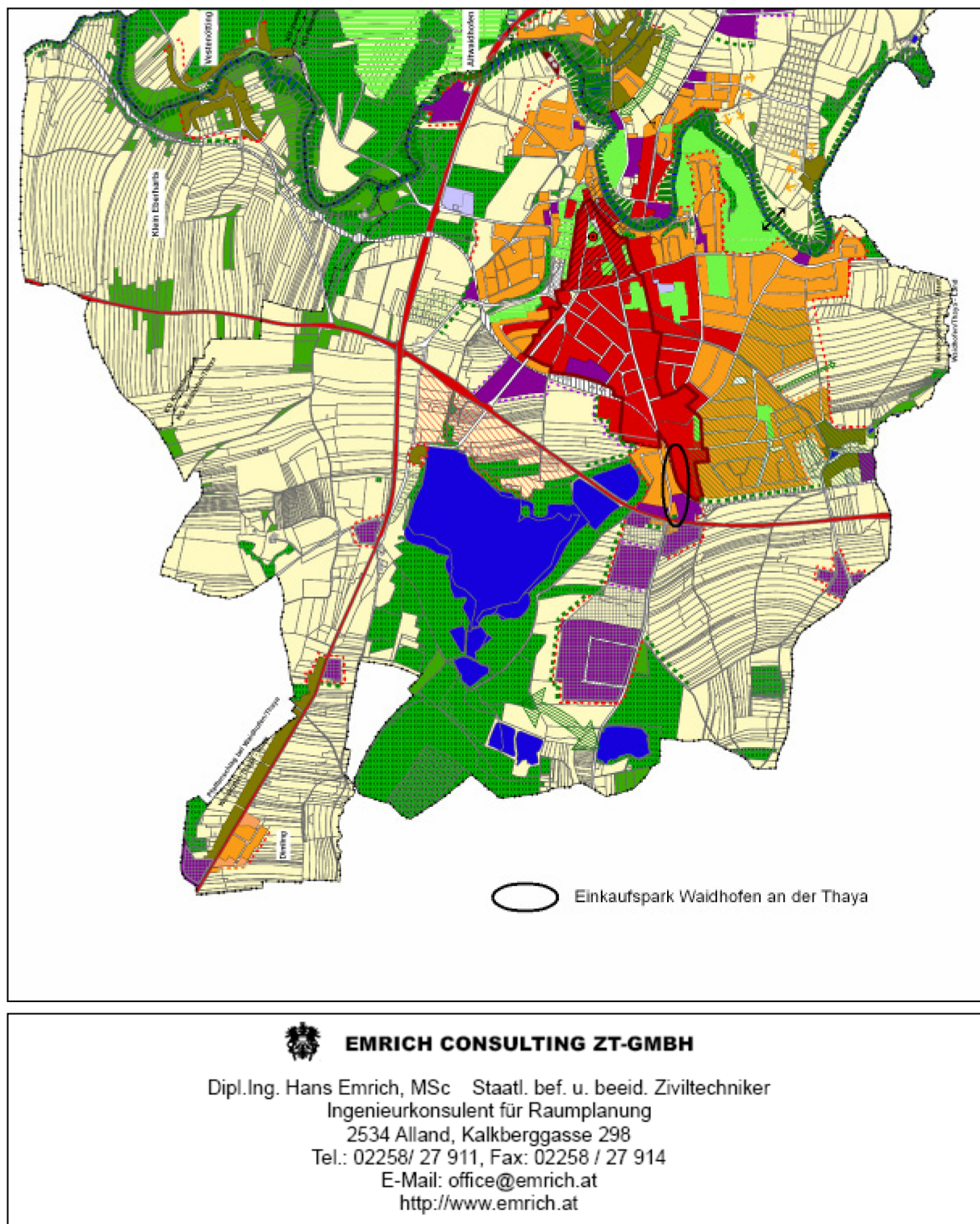


Abb. 16: Entwicklungskonzept der Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya 2011
Quelle: Emrich Consulting ZT GmbH, 2012



Abb. 17: Legende des Entwicklungskonzepts der Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya 2011
Quelle: Emrich Consulting ZT GmbH 2012

Jugendliche werden in den Schulen und Betriebsstellen in Waidhofen an der Thaya sehr gut ausgebildet, finden aber durch den Mangel an Arbeitsplätzen keine Stellen und wandern daher in die Ballungszentren aus.

Daher muss in Zukunft das Ansiedeln von wirtschaftlichen Betrieben als Maßnahme ergriffen werden, damit ein Abwanderungsstopp erreicht wird. Bürgermeister Strohmayer-Dangl nannte als Lösungsansatz die Anbindung an eine Hauptverkehrsader, um diese Region für arbeitsplatzintensive Betriebe wieder attraktiv zu machen. Somit soll die in der Stadt gut ausgebildete Jugend als Arbeitskraft in der Gemeinde behalten werden.

Ein Schritt in diese Richtung ist die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch den Bau des neuen Einkaufsparks.

Bau des Einkaufsparks Waidhofen an der Thaya

Der Thayapark ist im August 2012 eröffnet worden. Diese neue Einkaufsmöglichkeit befindet sich etwas außerhalb der Zentrumszone (siehe Abbildung 16) und ist somit für die gesamten Einwohner der Stadt und der umliegenden Gemeinden gut erreichbar. Das Gesamtprojekt erstreckt sich über 11000 m² und die Baukosten betragen rund 17 Millionen Euro. Mit dem Bau des Einkaufszentrums konnten für die Region 120 neue Arbeitsplätze gewonnen werden.

Durch den Ausbau des wirtschaftlichen Angebots am Stadtrand mit dem Bau des neuen Einkaufsparks erhofft sich die Stadt, dass dadurch mehr Menschen nach Waidhofen an der Thaya kommen und diese auch den Hauptplatz besichtigen. Somit soll der Kaufkraftabfluss der letzten Jahre gestoppt werden. Ob die Besucher des Einkaufszentrums auch das Stadtzentrum besuchen und somit beleben werden bleibt dahingestellt.⁸²

⁸² vgl. <http://www.dbn.at/baureportagen/einkaufszentrum-thayapark-waidhofen-thaya.html>, Zugriff am 4.9.2012

Problematik des Ortszentrums

Die größte Herausforderung sieht Bürgermeister Strohmayer-Dangl in der Belebung der Innenstadt.

Waidhofen hat im Zentrum ein Ensemble an mittelalterlicher Baussubstanz, jedoch ist dieses denkmalgeschützt. Dadurch ist die Umwidmung oder gar ein Abriss der gegebenen Baustrukturen nicht durchführbar. Die Häuser sind in ihrer aktuellen Form jedoch als wirtschaftliche Standorte oft ungeeignet. Deswegen weichen die Betriebe an die Stadtränder aus.

Um eine Veränderung in der Innenstadt zu erreichen muss die Zusammenarbeit mit den Hauseigentümern funktionieren. Aktuell gibt es in der Innenstadt sehr viele Leerstände, die wieder aufgefüllt werden müssen, um eine Belebung des Zentrums zu erreichen. Die Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya hat dafür bereits eine Arbeitsgruppe gegründet, in der der Wirtschaftsstadtrat in enger Zusammenarbeit mit den Hauseigentümern und der örtlichen Wirtschaft versucht, die Leerstände sukzessive wieder aufzufüllen. Jedoch ist die Bereitwilligkeit einiger Hauseigentümer nicht gegeben, da für diese der Erhalt eines wirtschaftlichen Betriebes nicht rentabel ist.

Die älteren Menschen, die in der Innenstadt leben, würden aufgrund ihrer mobilen Eingeschränktheit solche Dienstleistungen im Zentrum benötigen. Durch den Bau der betreuten Wohnungen am Hauptplatz erscheint eine Lebensmittelversorgung direkt vor Ort sinnvoll.

Eine weitere Belebung würde die Innenstadt durch das Einsetzen von Nischenprodukten erlangen. Die Stadtgemeinde könnte zum Beispiel einmal pro Woche einen Markt am Hauptplatz veranstalten, um die Einwohner in das Zentrum zu locken.

Weiters könnten ein paar Leerstände mit gastronomischen Einrichtungen wie einem Kaffeehaus besetzt werden, um die Innenstadt als Kommunikationszentrum zu nützen.

4.4.3 Vorsorge der sozialen Infrastruktur

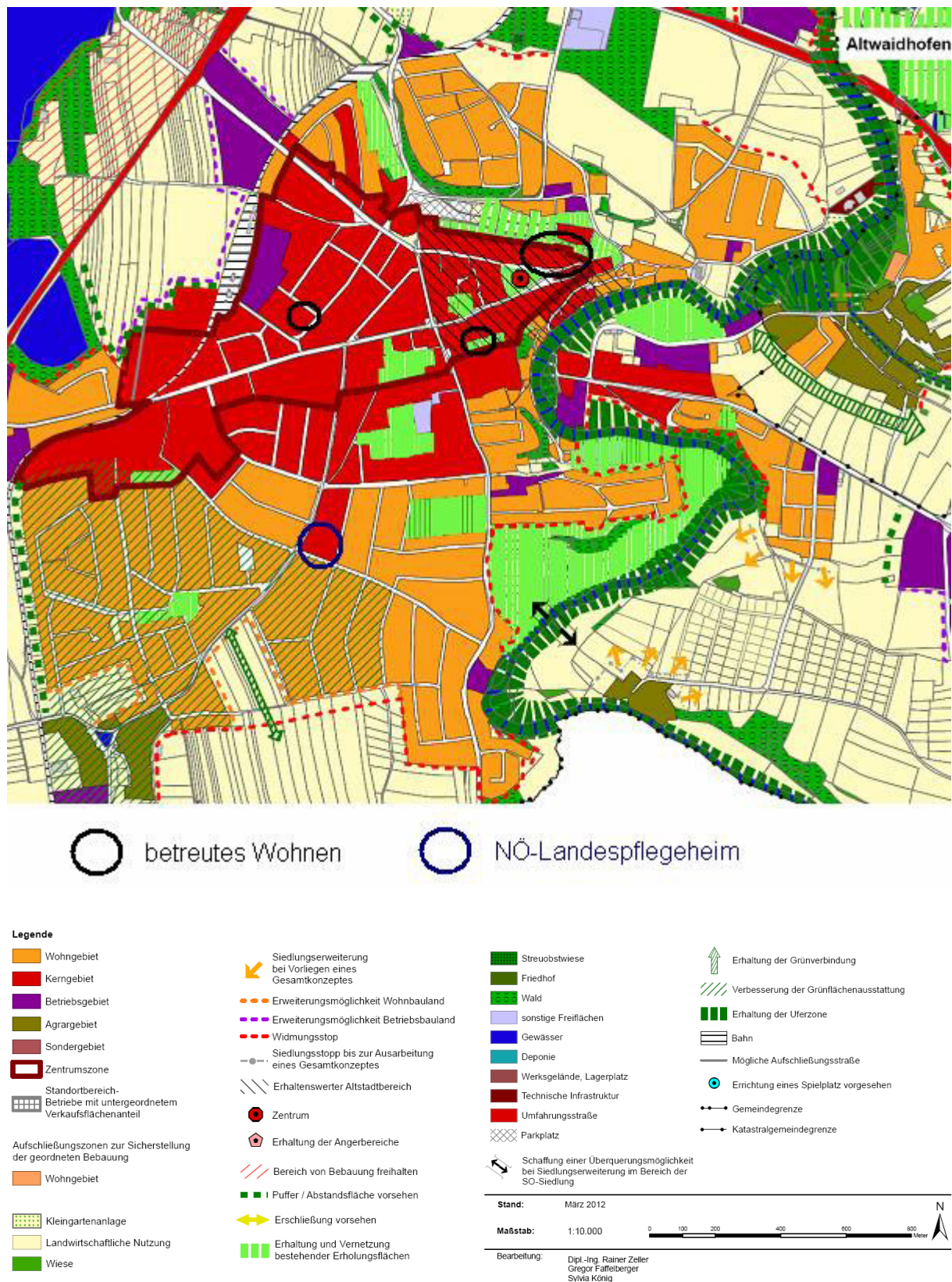


Abb. 18: Ausschnitt aus dem Entwicklungskonzept der Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya 2011, soziale Infrastruktur in Waidhofen an der Thaya
 Quelle: Emrich Consulting ZT GmbH 2012
 bearbeitet von Dominik Karas

Betreutes Wohnen am Hauptplatz von Waidhofen an der Thaya

Betreubares Wohnen ist besonders für ältere Menschen ausgelegt. Dabei wird die Wohneinheit altersgerecht ausgestattet und mit einer Betreuungsleistung verbunden. Diese Form des Wohnens ermöglicht den pflegebedürftigen Personen eine gewisse Selbständigkeit, aber auch Sicherheit. Die Mieter haben in ihrer eigenen Wohnung die Möglichkeit Verpflegung und Betreuung in Anspruch zu nehmen. Diese Projekte werden vom Land NÖ subventioniert und daher bleiben die Mieten der Einheiten für die Bewohner leistbar.

Die GEDESAG errichtete im März 2012 in Waidhofen an der Thaya ein Bauprojekt. Dieses umfasst insgesamt 32 Wohneinheiten, wovon 16 als Mietwohnungen geführt werden.

Das Besondere an diesem Projekt ist, dass die Wohnungen auf der Stiege 1 als Betreutes Wohnen geführt werden. Diese sind mit barrierefreien Sanitäreinrichtungen ausgestattet. Die Mieter können in diesen Einheiten eigenständig wohnen und bei Bedarf besteht die Möglichkeit eine Betreuung zu haben. Dabei kann zum Beispiel das Pflegeangebot einer Hilfsorganisation (Hilfswerk, Caritas,...) in Anspruch genommen werden.⁸³

Das Betreute Wohnen wird vom Land Niederösterreich nur mehr dann gefördert, wenn das Projekt eine Erreichbarkeit von Nahversorger, medizinischer Versorgung und Ortszentrum gewährleistet. Daher wählte die GEDESAG den Hauptplatz als Standort aus. (siehe Plan in Abbildung 18)

Wie in Abbildung 18 zu erkennen ist, sollen in den nächsten Jahren zwei weitere Standorte für Betreutes Wohnen zur Verfügung gestellt werden. Einer davon befindet sich ebenfalls am Hauptplatz und der andere etwas westlich des Platzes, jedoch auch in der Zentrumszone von Waidhofen an der Thaya.

⁸³ vgl. <http://www.wohnen-im-waldviertel.at/wohnbauprojekte.html>, Zugriff am 14.8.2012

Auch in den umliegenden Gemeinden des Bezirkes sollen Einheiten mit Betreutem Wohnen entstehen. Eines dieser Vorhaben sind die Seniorenwohnungen in Groß-Siegharts. Dieser Bau beinhaltet 24 Wohneinheiten für pflegebedürftigen Bewohner. Bauträger dieses Projektes ist die WAV (Waldviertel-Aktiv-Vielseitig)⁸⁴, die sich neben der Errichtung der Wohneinheiten auch um die Kooperation mit den Pflegeorganisationen kümmert.

NÖ – Landespflegeheim Waidhofen an der Thaya

In Waidhofen an der Thaya wurde bereits 2006 ein Landespflegeheim errichtet. Hier wurde auf Förderungen von Seiten des Landes Niederösterreich zurückgegriffen, welche die Finanzierung der Vorhaben in der Gemeinde erleichtert haben. Dieses Pflegeheim ist auf die Versorgung und die Pflege von schweren Fällen, die keinen familiären Rückhalt mehr haben, spezialisiert.

Das Heim bietet Platz für 124 Bewohner und umfasst ein reichhaltiges Angebot, mit Therapieräumen, einer Cafeteria, einem Frisör und einer Gartenanlage. Durch diese Einrichtungen wird für das Wohl der betagten Menschen gesorgt.

Das Pflegeleitbild des Heimes vermitteln, dass den Bewohnern ihr Zuhause zwar nicht ersetzt werden kann, jedoch darauf geachtet wird, dass ihnen ein Altwerden in Würde ermöglicht wird.⁸⁵

Das Landespflegeheim ist aktuell wegen der starken Nachfrage vollkommen belegt. Es gibt Wartelisten von ein bis zwei Monaten. Aufgrund der Pflegeoffensive des Landes Niederösterreich sollen bis zum Jahr 2016 Pflegeeinrichtungen mit 200 neuen Betten gebaut werden (z.B.: in Litschau).

Die größeren Kommunen wie Raabs haben ihre eigenen Pflegeheime. Daher ist die Versorgung der betagten Bevölkerung in diesem Bereich ebenfalls gesichert.

Eine erhebliche Bedeutung kommt den mobilen Pflegediensten zu. Sowohl die Caritas als auch die Volkshilfe und das Hilfswerk versuchen laufend, die

⁸⁴ <http://www.waldviertel-wohnen.at/>

⁸⁵ vgl. <http://www.lph-waidhofenthaya.at/>, Zugriff am 15.8.2012

Pflegebedürftigen ausreichend zu versorgen. Die mobilen Dienste sind im Bezirk weit stärker vorhanden als die 24-Stunden-Dienste. In diesem Bereich ist eine nachhaltige Versorgung für die Zukunft mit Bedacht auf die Veränderung in der Altersstruktur sichergestellt. Die Finanzierung für die Pflegedienstleistungen soll für die Gemeinden des Bezirkes ausgeglichener und leistbarer werden.⁸⁶

⁸⁶ aus Interview mit Kurt Strohmayer-Dangl, 16.2.2012

5 CONCLUSIO - LÖSUNGEN

5.1 Soziale Infrastruktur

Die Schaffung von genügend Pflegeplätzen wird in Zukunft ein wichtiges Thema sein. Neben den Pflegeheimen gibt es aktuell neue Formen wie das betreute Wohnen oder das Seniorenwohnhaus. Die Projekte der Gesundheits- und Pflegevorsorge werden zumeist vom Land Niederösterreich gefördert. Außerdem bieten Organisationen wie das Hilfswerk, die Volkshilfe oder die Caritas mobile und stationäre Dienste an. Diese arbeiten oft mit den zuvor genannten Pflegeeinrichtungen zusammen.

Weiters ist es wichtig, Schulausbildungen in allen Bereichen anzubieten, um ein Abwandern der Jugendlichen in die Ballungsräume zu verhindern. Auch die Vereinstätigkeit in den peripher gelegenen Gemeinden soll ausgebaut werden, um ein abwechslungsreiches Angebot an Freizeitaktivitäten zu haben.

5.1.1 Soziale Infrastruktur in Gmünd

In Gmünd gibt es aktuell ein Landeskrankenhaus. Direkt daneben befindet sich ein Seniorenwohnhaus, das ausschließlich Platz für die ältere Bevölkerung vorsieht. In den umliegenden Gemeinden gibt es Pflegeheime. Außerdem gibt es eine Vielzahl an mobilen Diensten. Mit all diesen Einrichtungen ist Ausmaß an sozialer Infrastruktur als positiv zu bewerten. Weiters hat die Gemeinde Gmünd auf ihrer Homepage⁸⁷ viele und gute Informationen bezüglich des Gesundheits- und Pflegewesens gestellt. Hier können sich die Einwohner die verschiedenen Möglichkeiten der Pflegevorsorge wie 24-Stunden-Betreuung, Pflegeheim, aber auch die Finanzierung der Pflege ansehen.

Als nachteilig ist die Situation im sozialen Infrastrukturnetz der Schulen anzusehen. Gmünd hat keine HTL und hat somit nicht die Möglichkeit, die Jugendlichen für technische Berufe auszubilden. Daher wandern viele in die Ballungszentren, wo

⁸⁷ <http://www.gmuend.at/system/web/lebenslage.aspx?menuonr=218875641&detailonr=222597455>,
Zugriff am 5.5.2012

diese Ausbildung vorhanden ist. Somit kommt es zu einer vermehrten Abwanderung der jungen Bevölkerung und zu einem höheren relativen Anteil an alter Bevölkerung. Ein weiterer negativer Punkt ist das Fehlen eines Landespflegeheimes in der Stadtgemeinde Gmünd. Zwar gibt es in den umliegenden Gemeinden (Schrems und Weitra) Pflegeeinrichtungen, jedoch könnte dieses zukünftig aufgrund der hohen Nachfrage auch in Gmünd von Nöten sein.

5.1.2 Soziale Infrastruktur in Waidhofen an der Thaya

Waidhofen an der Thaya ist bezüglich sozialer Infrastruktur gut ausgestattet. Es gibt ein Landeskrankenhaus und ein Pflegeheim. Die Pflegeplätze werden laufend erweitert, da die Nachfrage in den letzten Jahren gestiegen ist. Des Weiteren gibt es in der Innenstadt mit dem Betreuten Wohnen eine neue Variante der Pflegevorsorge, die positiven Anklang findet. Die Möglichkeit des selbständigen Lebens mit der Option einer Unterstützung durch die Hilfsorganisationen ist für viele ältere Menschen interessant.

Ein Nachteil in der Planung der sozialen Infrastruktur ist, dass es aktuell trotz einer ständigen Erweiterung der Pflegeheimplätze einen Engpass aufgrund einer zu hohen Nachfrage gibt. Das Ziel der Gemeinde Waidhofen an der Thaya muss in Zukunft ein weiterer Ausbau der sozialen Einrichtungen sein. Durch Förderungen des Landes Niederösterreich sollen mehr Plätze für die steigende Zahl der älteren Bevölkerung geschaffen werden.

Das soziale Infrastrukturnetz für die Kinder und Jugendlichen ist in der Bezirkshauptstadt sehr gut ausgebaut. Die „Schulstadt“ bietet mit den verschiedenen Schulen viele Ausbildungsmöglichkeiten. Die rege Vereinstätigkeit bringt für die Jugend Vorteile bezüglich der Freizeitgestaltung. Mit diesen Faktoren versucht Waidhofen an der Thaya, die junge Bevölkerung in der Stadt zu halten.

5.2 Wirtschaftliche Infrastruktur

Das Zentrale Orte Konzept bestätigt die gegebene Situation in den Fallbeispielgemeinden. In den Ballungsräumen werden Agglomerationsvorteile genossen und die Synergieeffekte genutzt. Es kommt zu einer wirtschaftlichen Stärkung der gesamten Region.

Jede größere Stadt ist darauf bedacht, wirtschaftlich stark zu sein. Jedoch ist dies aufgrund des geringen Kaufkraftpotenzials im Waldviertel nicht möglich. Aufgrund der geringen Einwohnerdichte besteht nicht für jede Stadt in der Region die Möglichkeit, ein wirtschaftliches Ballungszentrum zu werden.

5.2.1 Wirtschaftliche Infrastruktur in Gmünd

In der Stadtgemeinde Gmünd werden aktuell neue Betriebe angesiedelt. Als innovatives Projekt erweist sich hier der ACCESS Industrial Park, der grenzüberschreitend mit Tschechien errichtet wurde. Der Gemeinde bringt die Errichtung des Betriebsgeländes eine Vielzahl an Arbeitsplätzen. Neben dem Park siedeln sich weitere Betriebe am Stadtrand an. Mit den neuen Firmen erhofft sich die Stadt, dass der Bevölkerungsrückgang mit der Ansiedelung dieser Erwerbstätigen gestoppt werden kann.

Weiters verbessert die Stadtgemeinde Gmünd ihr touristisches Angebot. In den letzten Jahren wurde das Solefelsenbad errichtet, das mehr Menschen in die Region lockt. Dazu wurde mit dem Leonardo ein Vier-Stern-Hotel errichtet, um den Touristen die Möglichkeit der Nächtigung zu bieten.

Positiv zu bewerten ist außerdem die Belebung der Innenstadt. Im Zentrum von Gmünd gibt es aktuell keine Leerstände.

Eine negative Tatsache für die Stadtgemeinde ist das Fehlen einer technischen Schule. Es können keine jungen qualifizierten Facharbeiter ausgebildet und somit meist nicht in der Region gehalten werden. Auch für die bereits Ausgebildeten gibt es noch zu wenige Arbeitsplätze, wobei mit dem ACCESS Industrial Park neue Möglichkeiten entstehen und man die Entwicklung noch abwarten muss. Ziel ist die langfristige Bindung der Einwohner an die Gemeinde.

Eine Lösung für die vermehrte Betriebsansiedelung und eine daraus resultierende Schaffung von Arbeitsplätzen ist der Ausbau der Bahn. Mit dem Bereitstellen einer Hauptverkehrsachse könnten neue Konzerne für die Region gewonnen werden.

5.2.2 Wirtschaftliche Infrastruktur in Waidhofen an der Thaya

Die Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya baut aktuell ein Einkaufszentrum. Damit werden viele Arbeitsplätze geschaffen. Es werden auch neue Wohnungen errichtet und Bauplätze angeboten, um die Erwerbstätigen in der Region zu halten. Somit kann wie in Gmünd der Bevölkerungsrückgang gestoppt werden.

Negativ ist in der Stadt die Situation in der Innenstadt zu betrachten. Am Hauptplatz findet man viele Leerstände vor und die Belebung des Zentrums gelingt nicht. Durch die Konflikte mit den Eigentümern der leer stehenden Gebäude und die raumplanerischen Einschränkung durch den Denkmalschutz fällt es der Stadtgemeinde und dem Bürgermeister sehr schwer, eine positive Veränderung zu erreichen.

Eine Lösung zur Belebung der Innenstadt ist das Finden einer Nische (z.B. ein Wochenmarkt), damit mehr Menschen ins Zentrum kommen. Auch wenn die Einschränkungen durch den Denkmalschutz bestehen, sollte die Gemeinde die Reserven im Stadttinneren ausnützen.

Um die Jugend in der Region zu halten müssen noch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Weiters kann die Stadt das Angebot (Sportvereine, Kultur, Freizeit,...) für die jungen Menschen verbessern.

6 QUELLENVERZEICHNIS

6.1 Literatur

- Amt der niederösterreichischen Landesregierung, Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr – Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (2005): Strategieplan für Niederösterreich; Perspektiven für die Hauptregionen. – St. Pölten
- Amt der niederösterreichischen Landesregierung, Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr – Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (2005): Strategieplan für Niederösterreich; Landesentwicklungskonzept. – St. Pölten
- BIFFL, Gudrun (2002): Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. WIFO Monatsberichte 8/2002. – Wien
- Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (Hrsg.) 2005: Das Gesundheitswesen in Österreich. – Wien
- DANGSCHAT, Jens (2007): Mobilität und Verkehr im demographischen Wandel. Mobilität mit Zukunft. – Wien
- EMRICH, Hans (2001): Örtliches Raumordnungsprogramm der Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya. – Alland
- GUGER, Alois et al (2006): Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens. – Wien
- GUGGEMOS, Peter (2004): Demographischer Wandel und seine Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur in Kommunen. In: Frevel, Bernhard (Hrsg.): Herausforderungen demographischer Wandel. – Wiesbaden. S. 257-274

- HANIKA, Alexander (2004): Bevölkerung und Arbeitskräfte nach Regionen und Bezirken Österreichs. ÖROK - Prognosen 2001-2031. Schriftreihe Österreichische Raumordnungskonferenz. – Wien.
- HANIKA, Alexander, Eva Bauer, Heinz Fassmann, Gustav Lebhart, Stephan Marik und Rainer Münz (2005): ÖROK – Prognosen. Teil 2: Haushalte und Wohnungsbedarf nach Regionen und Bezirken Österreichs. – Wien
- HOFMARCHER, Maria M. und Herta M. Rack (2006): Gesundheitssysteme im Wandel. – Österreich, Kopenhagen
- HOFMARCHER, Maria M. und Herta M. Rack (2005): in Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (Hrsg.): Das Gesundheitswesen in Österreich. – Wien
- KANONIER, Arthur (2009): Raumordnungs-, Boden- und Baurecht. – Wien
- LEBHART, Gustav (2003): Demographische Alterung in den Regionen Österreichs. In: Statistische Nachrichten 9/2003, S. 674-685
- MAI, Ralf u. Frank Swiaczny (2008): Demographische Entwicklung. Potenziale für Bürgerschaftliches Engagement. – Wiesbaden: Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung
- MAYERHOFER, Peter (2010): Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Räumliche Charakteristika des demographischen Wandels – Bevölkerung und Erwerbspotenzial. Teilbericht 1. – Wien
- MAYERHOFER, Peter (2010): Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt. Teilbericht 2. – Wien

- MAYERHOFER, Peter (2010): Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Alterung und regionale Wettbewerbsfähigkeit. Teilbericht 3. – Wien
- MITTERER, Karoline (2006): Demographischer Wandel in Österreich – Ein Überblick. Österreichischer Städtetag 2006. – Wien: KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung)
- ORTNER, Simon (2009): Demographischer Wandel in Niederösterreich. – St.Pölten: Vortrag
- PORSCH, Karl Heinz (1999): örtliches Raumordnungsprogramm der Stadtgemeinde Gmünd; Erläuterungsbericht. – Gmünd
- SCHMÄHL, Winfried (2001): Soziale Sicherungssysteme und demographische Herausforderungen. – Tübingen: Verlag Mohr Siebeck
- SCHMID, Kurt (2007): Demografischer Wandel als Herausforderung für das österreichische Qualifizierungssystem. In: Wirtschaftspolitische Blätter 4. – Wien
- STATISTIK AUSTRIA (2011): Österreich – Zahlen-Daten-Fakten. – Wien
- STATISTIK AUSTRIA (2012): Statistisches Jahrbuch 2012. – Wien
- STAUD, Peter (2007): Demographische Veränderungen. Herausforderungen für das österreichische Gesundheitssystem. – Wien: VCÖ Verkehrsclub Österreich
- TAZI PREVE Irene M., Josef Kytir, Gustav Lebhart und Rainer Münz (1999): Bevölkerung in Österreich – Demographische Trends, politische Rahmenbedingungen, entwicklungspolitische Aspekte. – Wien: Institut für Demographie, Österreichische Akademie der Wissenschaften

- Verein Interkomm Waldviertel, unterstützt durch Wallenberg und Linhard Regionalberatung (2011): Waldviertel Reloaded – Revitalisierungskonzept Waldviertel. – Horn
- Waidhofner Stadtnachrichten (2011): Tätigkeitsbericht 2010. – Waidhofen an der Thaya
- Waidhofner Stadtnachrichten (2012): Tätigkeitsbericht 2011. – Waidhofen an der Thaya
- Wirtschaftspolitische Blätter (2007): Demographischer Wandel. Abstracts Heft 4. – Wien: WKO
- WOLLANSKY, Ilse (2004): Der demographische Wandel im Land Niederösterreich, in Stadt-Umland-Management: Demographischer Wandel am Beispiel Südost-Oberbayern. Dokumentation der 3. Rosenheimer Stadt-Umland-Gespräche. Hrsg: Bayrisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. – Rosenheim, S. 24 f.

6.2 Internetverzeichnis

- http://pw.uit.at/upload/vortrag_them_24_10_20081.pdf
- http://www.oif.ac.at/fileadmin/OEIF/Working_Paper/wp_51_demographischer_wandel.pdf
- http://www.gudrun-biffel.priv.at/fileadmin/files/MB_2002_08_08_AUSLAENDERBESCHAETIGUNG.PDF
- http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=369309&dstid=0&titel=2007%2F4%2CDemografischer%2CWandel
- <http://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/staedtetage/2006/ergebnis/basismodul.pdf>
- http://olga.pixelpoint.at/media/PPM_3DAK_bl2010/~M0/150.3dak.pdf
- [http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2010_DEMOGRAPHISCHER_WANDEL_TEILBERICHT1_41126\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2010_DEMOGRAPHISCHER_WANDEL_TEILBERICHT1_41126$.PDF)
- [http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2010_DEMOGRAPHISCHER_WANDEL_TEILBERICHT2_41127\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2010_DEMOGRAPHISCHER_WANDEL_TEILBERICHT2_41127$.PDF)
- [http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2010_DEMOGRAPHISCHER_WANDEL_TEILBERICHT3_41128\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=S_2010_DEMOGRAPHISCHER_WANDEL_TEILBERICHT3_41128$.PDF)
- http://www.rkw-kompetenzzentrum.de/fileadmin/media/Dokumente/Publikationen/2011_FB_Wifa-Oesterreich.pdf
- <http://www.kibis.at/pdf/demo/1008-MegatrendDemoWand.pdf>
- http://www.bib-demographie.de/cIn_099/nn_750440/SharedDocs/Publikationen/DE/Download/Materialienbaende/126,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/126.pdf
- <http://www.energieausweis-siedlungen.at/wp-content/uploads/2009/04/praesentation-demographischer-wandel-in-noe.pdf>
- Demographischer Wandel in Niederösterreich in:
http://www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/Web-Dateien/Dokumente/landesentwicklung/Rosenheimer_Gespraechе_03.pdf
- <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step/step05/download/pdf/step-kapitel3-2.pdf>
- http://www.oeaw.ac.at/vid/download/sr_vol12_bevoest.pdf

- <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/demografische-alterung.html>
- <http://www.nachhaltigkeit.at/article/articleview/75867/1/25665/>
- <http://www.noegus.at/content/fachbereiche/eu/projekte.php>
- <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/empowerment.html>
- aus http://de.wikipedia.org/wiki/Waidhofen_an_der_Thaya
- aus http://de.wikipedia.org/wiki/Bezirk_Gmünd
- <http://www.wohnen-im-waldviertel.at/>
- <http://qualist.eu/en/>
- <http://www.noe.gv.at/>
- <http://www.raumordnung-noe.at/>
- <http://www.gmuend.at/>
- <http://www.waidhofen-thaya.at/>
- <http://www.standort-aktiv.at/>
- <http://www.lph-waidhofenthaya.at/>
- <http://www.dbn.at/baureportagen/einkaufszentrum-thayapark-waidhofen-thaya.html>
- <http://www.access.co.at/>
- <http://noeg.grenzland.at/>
- <http://www.lph-schrems.at/>
- <http://www.rm-waldviertel.at/>
- <http://www.lph-weitra.at/>
- <http://gmueend.riskommunal.net>
- <http://www.waldviertel-wohnen.at/>

6.3 Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Bevölkerungspyramide - Prognose, Quelle: Statistik Austria
- Abbildung 2: Wanderungssaldo 1961-2011 nach Staatsangehörigkeit
Quelle: Statistik Austria, 1961-1995:
Bevölkerungsfortschreibung; ab 1996: Wanderungsstatistik.
Erstellt am: 14.5.2012.
- Abbildung 3: Wanderungen 2011 nach Politischen Bezirken
Quelle: Statistik Austria
- Abbildung 4: Regionale Bevölkerungsentwicklung 2001-2031; aus Mitterer, Karoline (2006): Demographischer Wandel in Österreich, S.6
- Abbildung 5: Bevölkerung nach Altersgruppen 2011 bis 2075 –
Niederösterreich, eigener Entwurf
Quelle: Statistik Austria - Bevölkerungsprognose 2011. Erstellt
am 23. August 2011.
- Abbildung 6: Zahl der Erwerbspersonen nach Regionstypen und
Prognosejahren
Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO –
Berechnungen; aus Mayerhofer, Peter (2010): Teilbericht 2,
S.11
- Abbildung 7: Zahl der Erwerbsquote nach Regionstypen und Prognosejahren
Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, WIFO –
Berechnungen; aus Mayerhofer, Peter (2010): Teilbericht 2,
S.12
- Abbildung 8: Finanzierung des Gesundheits- und Pflegewesens, eigener
Entwurf; Quelle: Hofmarcher/Rack (2006): S.76
- Abbildung 9: Straßenbauvorhaben Waldviertel; Quelle: Amt der
Landesregierung NÖ
- Abbildung 10: Geographische Lage von Gmünd – NÖ, eigener Entwurf
- Abbildung 11: Bevölkerungsentwicklung von Gmünd (Bezirk) von 1890 bis
2011, eigener Entwurf; Quelle Statistik Austria
- Abbildung 12: Ausschnitt aus dem örtlichen Entwicklungskonzept der
Stadtgemeinde Gmünd und Legende, wirtschaftliche
Betriebsansiedelung und soziale Infrastruktur
Quelle: Dipl. Ing. Porsch ZT GmbH;
bearbeitet von Dominik Karas

- Abbildung 13: Plan der Betriebsansiedlung im ACCESS INDUSTRIAL PARK Gmünd
Quelle: <http://www.access.co.at/businesspark.php>, Zugriff am 3.9.2012
- Abbildung 14: Geographische Lage von Waidhofen an der Thaya - NÖ, eigener Entwurf
- Abbildung 15: Bevölkerungsentwicklung von Waidhofen an der Thaya (Bezirk) von 1890 bis 2011, eigener Entwurf, Quelle Statistik Austria
- Abbildung 16: Entwicklungskonzept der Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya 2011
Quelle: Emrich Consulting ZT GmbH
- Abbildung 17: Ausschnitt aus dem Entwicklungskonzept der Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya 2011, soziale Infrastruktur in Waidhofen an der Thaya
Quelle: Emrich Consulting ZT GmbH
bearbeitet von Dominik Karas

6.4 Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Bevölkerungsprognose von Österreich 2005 bis 2050, eigener Entwurf; Quelle: Statistik Austria Bevölkerungsprognosen 2011
- Tabelle 2: Gesamtfertilitätsrate 1961 bis 2030 nach Bundesländern, eigener Entwurf; Quelle: Statistik Austria: Bevölkerungsprognosen 2009
- Tabelle 3: Lebenserwartung, Bevölkerungsprognose bis 2030; eigener Entwurf; Quelle: UN, Statistik Austria, WIFO - Berechnungen. – Bevölkerungsprognosen 2009, aus Mayerhofer, Peter (2010); Teilbericht 1: S.9
- Tabelle 4: Binnenwanderungen zwischen und innerhalb der Bundesländer 1996, 2001 und 2011, eigener Entwurf
Quelle: Statistik Austria, Wanderungsstatistik 2010
*Geschätzte und am 01.10.2010 revidierte Ergebnisse für 2001
- Tabelle 5: Internationale Zu- und Wegzüge der Bundesländer 1996, 2001 und 2011, eigener Entwurf
Quelle: Statistik Austria, Wanderungsstatistik 2010
*Geschätzte und am 01.10.2010 revidierte Ergebnisse für 2001
- Tabelle 6: Bevölkerungsanteil in Prozent nach Altersgruppen 2011 bis 2075 – Niederösterreich, eigener Entwurf
Quelle: STATISTIK AUSTRIA - Bevölkerungsprognose 2011.
Erstellt am 23. August 2011.
- Tabelle 7: Altersstruktur der Gemeinden des Bezirkes Gmünd 2011 in Prozent, eigener Berechnung; Quelle: Statistik Austria
- Tabelle 8: Altersstruktur der Gemeinden des Bezirkes Waidhofen an der Thaya 2011 in Prozent, eigene Berechnung
Quelle: Statistik Austria

ANHANG:

Zusammenfassung:

Der demographische Wandel bedeutet eine demographische Alterung der Bevölkerung. Diese Tatsache ist in Österreich aktuell gegeben. Die beiden Fallbeispiele Gmünd und Waidhofen an der Thaya im Waldviertel sind gute Beispiele für die demographische Entwicklung. In beide Gemeinden bestehen ein Bevölkerungsrückgang und eine Überalterung der Einwohner. Dies bedeutet hauptsächlich ein Problem für die Pensionssicherung, das Gesundheitswesen und die Altenbetreuung.

In einer detaillierten Analyse der beiden Fallbeispielgemeinden werden die Probleme durch den demographischen Wandel in der Planung der sozialen Infrastruktur aufgezeigt. Indirekt greifen die Bereiche Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur in die aktuelle Bevölkerungsentwicklung ein. Durch die geringe Ansiedelung von neuen Betrieben gibt es in den Regionen Gmünd und Waidhofen an der Thaya zu wenige Arbeitsplätze. Dadurch kommt es zu einer Abwanderung der (vor allem jungen) erwerbstätigen Personen und zu einer demographischen Alterung. Durch eine unzureichende Verkehrsanbindung entscheiden sich viele Betriebe für eine Ansiedelung in den Ballungszentren und nicht im peripher gelegenen Raum im Waldviertel.

Im Rahmen dieser Diplomarbeit wurde versucht, Lösungen für die Problematik in den beiden Fallbeispielen zu finden. Dazu wurden unterstützend Interviews durchgeführt.

Interviewfragebogen für Otto Opelka, Bürgermeister von Gmünd und Kurt Strohmayer-Dangl, Bürgermeister von Waidhofen/Thaya

Der demographische Wandel bedeutet eine nachhaltige Änderung der Altersstruktur. Der Anstieg der Bevölkerungszahl bei den älteren Menschen steht einem Rückgang des Anteils jüngerer Bevölkerung gegenüber.

Dies bedeutet somit hauptsächlich ein Problem für die Pensionssicherung, das Gesundheitssystem und die Altersbetreuung. Weitere Veränderungen sind die Überalterung der Bevölkerung, ein Anstieg des Migrantenanteils in allen Altersgruppen, mehr Menschen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung, weniger Menschen mit Kinder und die Altersgruppe der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren (bei einem stetigen Anstieg des Altersdurchschnitts) nimmt langfristig gesehen ab.

Demographischer Wandel

- Wie macht sich Ihrer Meinung nach der demographische Wandel bemerkbar?
- In welchen Bereichen ist mit einer Veränderung zu rechnen?

Gemeinde

- Wie geht die Gemeinde mit der zukünftigen rückgängigen Bevölkerungszahl und der sich parallel entwickelnden Überalterung um?
- Welche nachhaltige Planung wurde für die Zukunft bereits getroffen?
- Wie kann die Situation am Arbeitsmarkt beurteilt werden?
 - Sind die Betriebe auf die Überalterung der Erwerbstätigen gefasst?
- Welche Organisationen und Institutionen gibt es für die zukünftige Planung und Absicherung, um dem demographischen Wandel positiv entgegenzutreten zu können?
 - Inwiefern können Organisationen wie NAFES oder DOERN (bzw. STERN) positiv in die Planung von sozialer Infrastruktur eingreifen?
 - Welche Instrumente und Maßnahmen werden dazu verwendet?
- Gibt es Bürgerinitiativen, die für die Auswirkungen des demographischen Wandels Lösungen zu erreichen versuchen?

- Inwieweit wissen die Bürger über die schleichende Veränderung durch den demographischen Wandel Bescheid?
- Wie sieht die Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung aus?
 - Bewusstsein der Bevölkerung?

Bezug zur sozialen Infrastruktur

- **Wie wirkt der demographische Wandel auf die Planung der sozialen Infrastrukturausstattung?**
- Wie hoch ist die Zahl der (potenziellen) Nutzer einer sozialen Einrichtung und wie hoch wird sie in Zukunft sein?
- Welche Bedeutung kommt den mobilen Diensten zu?
- Bei Bedenken der eingeschränkten Mobilität der Bevölkerung (wegen Überalterung): Wie kann die Nahversorgung verbessert werden, um diese für diese Bevölkerungsgruppe optimal zu ermöglichen? -> ORTSZENTREN
 - Welche Planungsmaßnahmen bestehen?
 - Nahversorgung in kleineren Gemeinden?

Konnex zur Raumplanung

- Welche Rolle spielt die Raumordnung in der Planung der sozialen Infrastruktur?
 - Wird die Widmung bzw. Umwidmung von Flächen sozialer Einrichtungen für die Zukunft vermehrt angedacht?
 - Welche Möglichkeiten bestehen im Wirkungsbereich der Gemeinden?
 - Werden eventuell bereits Gunstflächen für die Planung der sozialen Infrastruktur für die Zukunft bereitgestellt?
- Innerstädtische Handelsstandorte könnten für die Bevölkerung mit eingeschränkter Mobilität in Zukunft wieder stark von Interesse sein:
 - Wie können die Ortszentren wiederbelebt werden?
 - optimale Erreichbarkeit?
 - eventueller Erhalt von kleinen Lebensmittelgeschäften (wie Greißler,...) wegen Stammkundenpotenzial?

- Leerstände:
 - Werden diese wiederbelebt?
 - Oder umgewidmet, sogar für eventuelle soziale Infrastruktur oder soziale Einrichtungen oder Wohnungen?
- Wie stark ist der Einfluss durch das Land Niederösterreich (Raumordnungsrechte,...)?
- Wie ist die Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich?

Finanzierung

- Wie sieht es mit der Finanzierung der sozialen Infrastruktur aus?
- Welche Förderungen werden für die Veränderungen in Anspruch genommen?
- Welche Fördergelder gibt es von Seiten des Landes Niederösterreich?
- Werden genug finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt, damit eine nachhaltige Entwicklung gewährleistet werden kann?

- **Welche Lösungen bestehen, um dem demographischen Wandel entgegenzuwirken oder gibt es überhaupt „Lösungen“?**

Vielen Dank für das Gespräch!

Interviewfragebogen für NAFES:

Der demographische Wandel bedeutet eine nachhaltige Änderung der Altersstruktur. Der Anstieg der Bevölkerungszahl bei den älteren Menschen steht einem Rückgang des Anteils jüngerer Bevölkerung gegenüber.

Dies bedeutet somit hauptsächlich ein Problem für die Pensionssicherung, das Gesundheitssystem und die Altersbetreuung. Weitere Veränderungen sind die Überalterung der Bevölkerung, ein Anstieg des Migrantenanteils in allen Altersgruppen, mehr Menschen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung, weniger Menschen mit Kinder (parallel dazu viele Singlehaushalte) und die Altersgruppe der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren (bei einem stetigen Anstieg des Altersdurchschnitts) nimmt langfristig gesehen ab.

Daher wird sich aufgrund einer neuen Altersstruktur und mehr Singlehaushalten (vor allem ältere Menschen) auch das Konsumverhalten verändern.

Allgemeine Fragestellungen:

- Welche Rolle spielt der demographische Wandel in den Projekten der NAFES?
- Inwiefern kann NAFES positiv auf die Auswirkungen durch den demographischen Wandel in der Planung von sozialer Infrastruktur eingreifen?
- Wie wird NAFES finanziert?
- Wie ist die Zusammenarbeit mit den Gemeinden?
- Wie sieht die Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung aus?
 - Bewusstsein der Bevölkerung?

Fragen an DI Schlichting:

- Welche Ziele werden in der Planung der peripher gelegenen Gemeinden versucht zu erreichen?
- Wie sieht die Planung in den kleineren Gemeinden aus?
 - Welche Schwerpunkte?
- Bei Bedenken der eingeschränkten Mobilität der Bevölkerung (wegen Überalterung): Wie kann die Nahversorgung in den peripheren Gemeinden

verbessert werden, um diese für diese Bevölkerungsgruppe optimal zu ermöglichen?

- Welche Planungsmaßnahmen bestehen?
- Nahversorgung in kleineren Gemeinden?
- Innerstädtische Handelsstandorte könnten für die Bevölkerung mit eingeschränkter Mobilität in Zukunft wieder stark von Interesse sein:
 - Wie können die Ortszentren wiederbelebt werden?
 - optimale Erreichbarkeit?
 - eventueller Erhalt von kleinen Lebensmittelgeschäften (wie Greißler,...) wegen Stammkundenpotenzial?
- Problematik der Flächenwidmung in Ortszentren?
 - Entwicklungsspielräume für großflächige Projekte, die aber für ältere Menschen im Ortszentrum wieder von Vorteil wären, weil besser erreichbar
- Eventuell Planung einer Kombination Einkauf-Wohnungen im Ortszentrum (wie z.B.: Loosdorf) in peripheren Gemeinden, um eine optimale Erreichbarkeit zu gewährleisten
- Leerstände:
 - Werden diese wiederbelebt?
 - Oder umgewidmet, sogar für eventuelle soziale Infrastruktur oder soziale Einrichtungen?
- Planung in Gmünd und Waidhofen (Fallbeispiele der Diplomarbeit)

Fragen an Mag. Fuchs:

- Ist beim Konsumverhalten der Bevölkerung in Zukunft aufgrund des demographischen Wandels eine Veränderung zu erwarten?
 - Gibt es eine Veränderung bei den Nachfragern?
 - Welche Branchen könnten in Zukunft fehlen?
- Werden die attraktiven Angebote für die Konsumenten auf die Entwicklung der Altersstruktur angepasst?
- Inwiefern können Geschäfte für mehr ältere Menschen umgestaltet werden?
 - Welche Investitionen werden in der Geschäftsausstattung vorgenommen?

Abschlussfrage an beide Experten:

- **Welche Lösungen bestehen, um dem demographischen Wandel entgegenzuwirken oder gibt es überhaupt „Lösungen“?**

Vielen Dank für das Gespräch!

LEBENS LAUF

Persönliche Daten

Name	Dominik Karas
Adresse:	Ungargasse 28/2/16, 1030 Wien
Telefon:	0676/3417074
e-mail-Adresse:	dominik.karas@gmx.at
Familienstand	ledig
Staatsangehörigkeit	Österreich
Geburtsdaten:	4. August 1987 in Melk

Schulische Ausbildung/Studium

1993 – 1997	Volksschule Loosdorf
1997 – 2005	Stiftsgymnasium Melk, humanistischer Zweig
2006 – 2012	Studium der Geographie und Regionalforschung an der Universität Wien, Studienzweig Raumordnung und Raumforschung
2010	Exkursion nach Indien
2011	Exkursion: Vier-Länder-Vergleich: Raumordnung in Deutschland, Österreich, Slowakai und Ungarn

Berufliche Erfahrungen

02.01.2006 – 30.06.2006	Ableisten des Grundwehrdienstes, Kraftfahrer bei technischer Kompanie, Pionierbataillon 3 in Melk
01.08.2010 – 30.08.2010	Praktikant bei Schedlmayer Raumplanung ZT GmbH, staatlich befugter und beeidigter Ziviltechniker Dr. Herbert Schedlmayer, Loosdorf

Sprachkenntnisse	Englisch in Wort und Schrift Italienisch Grundkenntnisse
EDV-Kenntnisse	Word, Excel, PowerPoint Photoshop, Arc View, SPSS
Sonstige Ausbildungen	Projektmanagement Basic